



DISKUS

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

7. Jahrgang — Heft 4 — Preis 10 Pfg.

Mai 1957

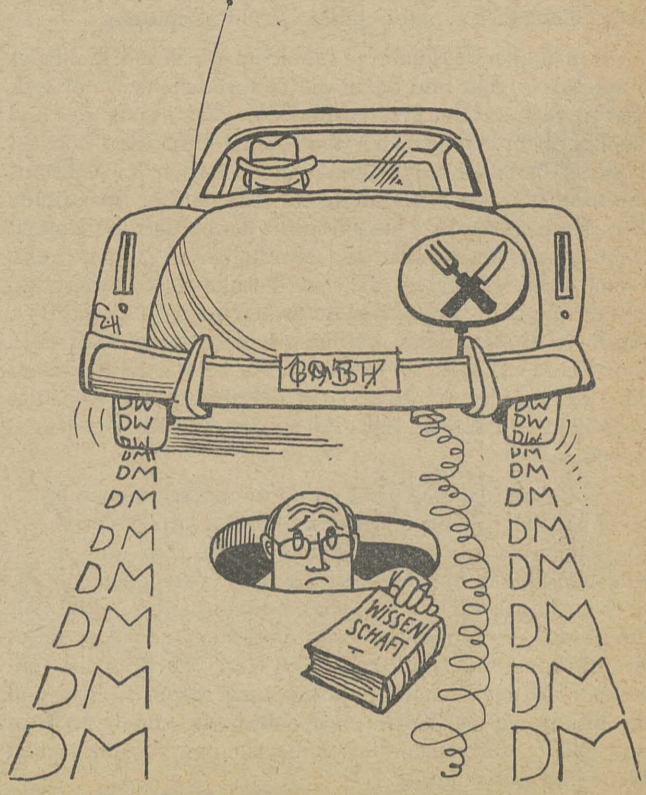
Verlagsort Frankfurt a. M.

Kompaß der Gesellschaft

Vielleicht verdient der 17. Mai 1957 in den Annalen der deutschen Universitätsgeschichte ein fettes, rotes Kreuz. Nicht etwa als Hinweis auf die Weltanschauung des Henry Dunant oder gar des Außenministers der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Heinrich von Brentano, von dem wir hier handeln wollen; vielmehr nur als Hinweis für jenen denkwürdigen Tag, an dem die Politik ehrlich, eindeutig und, wie wir hoffen wollen, für immer den ihr gebührenden Platz im deutschen Hochschulleben einnahm. Wie wenig der außenpolitische Vortrag eines der exponiertesten Politiker Deutschlands im Wahljahr an der Universität als Sensation empfunden wurde, zeigt, wie sehr sich das Klima zum Guten gewendet hat. Noch vor kurzer Zeit hätte man ein derartiges „Eindringen“ der Politik in den „objektiven“, politisch keimfreien Raum der Universität als scandalum empfunden. Zu den wenigen positiven Ereignissen dieses Jahres gehört, daß die Universität unpathetisch, businesslike und selbstbewußt auf dem Felde der Politik agiert und umgekehrt die Politik bereitwillig in ihre Mauern aufgenommen hat. Nichts von dem ist eingetreten, was Pessimisten und Gegner dieser Entwicklung stets als Schreckgespenst an die Wand gemalt hatten: Das falsche Pathos, das Demagogentum, kurzum Banalität und Ausschreitungen — all dies ist uns erspart geblieben. Das Wort Streik wirkt nicht mehr anstößig und man beginnt sich zu entsinnen, daß es keineswegs immer „die Straße“ sein muß, die eben jenen genannten Verkehrsweg für die Ausübung ihres verfassungsmäßigen Rechtes der Rede- und Versammlungsfreiheit für sich in Anspruch nimmt. Wenn in diesem Semester die Anfangsförderung deutscher Studenten nach dem Honneffer Modell beginnt, dann ist dies nicht zuletzt die Folge davon, daß der oben beschriebene Wandel sich langsam aber unaufhaltsam vollzieht und

zwar in einer Weise, die von der studentischen Selbstverwaltung und der Studentenpresse in Deutschland wieder und wieder, zuweilen fast verzagend, gefordert worden war. Seit der Affaire Schlüter lassen sich die Meilensteine der „Politisierung“ der Universität klar verfolgen. Hatte hier die universitas literarum noch in Abwehrstellung gestanden, so zeigte sie in den jüngsten Monaten eine Aktivität, die nur als deutliches Vorwärtsdrängen verstanden werden kann. Schon der Göttinger Appell der 18 Atomwissenschaftler enthielt neben der Verneinung eine konstruktive Alternative: die friedliche Verwendung der Atomenergie. Die Bemühungen der Rektorenkonferenz sowie anderer Selbstverwaltungs- und Interessenvertretungen im Laufe der letzten Zeit, waren schon positives Programm. Man hatte erkannt, daß die Probleme der Universität nur von der Gesamtheit der Gesellschaft überwunden werden konnten und war deshalb gewillt, die lang anhaltende Isolation zu dieser Gesellschaft in der Mannigfaltigkeit ihrer politischen und quasi-politischen Gebilde aufzugeben. Erstaunlicherweise erstreckt sich diese Entwicklung hinein bis in eine Studentenschaft, die man bereits als hoffnungslos unpolitisch abzuschreiben gelernt hatte. Erstaunlich deshalb, weil es einen Augenblick lang so schien, als sollte die Studentenschaft zum konservativsten Teil der Hochschule werden. Aber selbst hier bildet sich langsam so etwas wie ein politisches Bewußtsein, das nach Ausdruck verlangt. Die oft verschriene Erklärung des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Wehrpflicht war ein zaghafter Versuch am nicht allzu geeigneten Objekt, mit schlecht überlegten Mitteln. Besser gezielt war die Streikdrohung, die die Übernahme des Honneffer Modells als Grundlage für eine

(Fortsetzung auf Seite 4)



300 DM spendete der gesamte bundesdeutsche Großhandel im abgelaufenen Geschäftsjahr für die Förderung der Wissenschaften.

Absage an Moskau

Einer der wenigen politisch wertbaren Beschlüsse des 3. Seminars der westdeutschen Studentenpresse, das vom 8. bis 11. Mai in Frankfurt tagte, ist die Empfehlung an die Redaktionen der deutschen Studentenzeitungen, die Einladungen zu den diesjährigen Weltjugendfestspielen abzulehnen. Diese Einladungen hat der Würzburger Professor Franz Paul Schneider, der Mitglied des Internationalen Festivalkomitees ist, verschickt. Grundsätzlich könnte man die Frankfurter Empfehlung begrüßen, denn es ist kein Geheimnis, daß die kommunistische Jugendführung bei dieser Gelegenheit alles versuchen wird, gerade die Anwesenheit westdeutscher Besucher propagandistisch auszuwerten. Die Weltjugendfestspiele haben, das sei nicht bestritten, durch ihre künstlerischen und sportlichen Darbietungen eine große Anziehungskraft. So konnte man bei früheren Festspielen feststellen, daß die meisten Jugendlichen aus den nicht-kommunistischen Ländern, nur gekommen waren, weil sie glaubten, einmal ganz unter sich sein zu können. Das wird solange so bleiben bis ein westlicher Staat sich entschließt, ohne politisches Rankenwerk, ein derartiges Jugendtreffen zu veranstalten. Auch diesen Sommer werden viele tausend junge Menschen aus allen Staaten des freien Europa, meistens illegal und finanziell aus fragwürdigen Fonds unterstützt, die Reise nach Moskau antreten. Das Bolschoi Theater wird Sondervorstellungen geben, Kosakenchöre und andere Volkskunstgruppen werden debütieren. Diese Beispiele ließen sich noch durch viele andere ergänzen. Geschickte Funktionäre werden die Besucher mit der Frage zu verwirren versuchen: Was bietet Euch der Westen? Man kann niemals den Möglichkeiten, die die Festspiele besonders der Jugend der Völker im sowjetischen Machtbereich bieten, gerecht werden, wenn man in ihnen nur die kommunistische Propagandaveranstaltung sieht. Polnische Studenten, die in den vergangenen Monaten in die Bundes-

republik zu Besuch kamen, gaben freimütig zu, daß die Warschauer Weltjugendfestspiele 1955 den oppositionellen Studenten der Zeitung PO PROSTU letztlich den Mut gegeben haben, für Gomulkas liberalen Kurs einzutreten. Seit dem XX. Parteitag der KPdSU gärt es in der Jugend aller Staaten des Ostblocks. Es gibt zuverlässige Mitteilungen, die bestätigen, daß diese Entwicklung weitergeht. Wir glauben nicht, daß die Weltjugendfestspiele bereits Ansatz für sichtbare Veränderungen sein werden, denn derzeit gibt es keine „polnische Chance“ für irgendeinen Staat des Ostens. Wir wissen aber auch, daß dieses Jugendtreffen vermöge seiner eigenen, jeder Manipulation sich entziehenden Gesetze, einen Einfluß auf die liberale Entwicklung in den Oststaaten haben wird. Das Frankfurter Presseseminar hat diese Gedanken nicht diskutiert. Dagegen haben die Angst vor einem propagandistischen Mißbrauch des Besuches westdeutscher Studentenredakteure in Moskau und das stille Eingeständnis der mangelnden eigenen Fähigkeit, mit Marxisten erfolgreich zu diskutieren, bei der Abstimmung den Ausschlag gegeben. So hat sich mehr als die Hälfte der Vertreter der westdeutschen Studentenzeitungen freiwillig des Anspruchs begeben, zur Elite in der geistigen Auseinandersetzung der Gegenwart zu gehören. Sie hat sich aus provinziellerischer Engstirnigkeit praktisch selbst zur politischen Null erklärt. Ohne Zweifel gibt es für einen Bürger der Bundesrepublik genug gute Gründe, eine Reise nach Moskau besonders kritisch zu überlegen. Diese Gründe sind zum einen die sowjetische Weigerung, den Ausreisewünschen tausender zwangsweise in der Sowjetunion lebender deutscher Staatsbürger nachzukommen, zum anderen die Versuche Moskaus, sich mit Drohnoten in die deutsche Innenpolitik einzumischen. Würde das Frankfurter Presseseminar diese oder ähnliche Argumente auch nur in einem Satz gewürdigt haben, hätte seine Absage an Moskau positiven politischen Sinn bekommen. Oscar Strobel

Bildungsquarantäne

Man hat es sich angewöhnt, die Allgemeinbildung derart zu mißachten, daß man sie gegen das Spezialistentum ausspielt, für das man nolens volens schon Partei ergriffen hat. Wirtschaft und Industrie beteuern, unter dem Bildungsdesaster zu leiden; ihre treuherzige Versicherung entzieht sie dem Verdacht der Mittäterschaft, das schlechte Gewissen verflüchtigt sich im Lamento. Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft erörterte Möglichkeiten, wie der Bildungsarmut der Studenten abzuhelpfen sei. Dem Vernehmen nach (FAZ 27. 4. 57) und wie man es bei diesem Gremium voraussetzen darf, zeigten die Vorträge und Gespräche echte Besorgnis. „Da meldete sich zum Schluß des denkwürdigen Gesprächs zwischen Wirtschaft und Wissenschaft der Weinheimer Industrielle H. Freudenberg, der vorschlug, zunächst einmal dreißig Studenten auf zwei Jahre mit jeweils tausend Mark monatlich auszustatten, damit sie sich nach dem Abschluß ihres Fachstudiums um ihre allgemeine Bildung kümmern könnten: Die Tatsache, daß dieser Vorschlag vom Stifterverband ernsthaft geprüft und möglicherweise realisiert wird, könnte als eines der greifbaren Ergebnisse der Wiesbadener Tagung notiert werden.“ Ob die hübschen monatlichen 1000 DM Bildungsreisen ermöglichen sollen oder als Schadenersatz gedacht sind, ist nicht auszumachen. Herrn Freudenbergs Vorschlag ist so rührend wie verständnislos. Mit einer runden Dreiviertelmillion sollen 30 Studenten (hochqualifizierte Spezialisten vermutlich) für zwei Jahre vom Unglück ihres Berufs und den Folgen ihres Studiums dispensiert werden. Hier sind keine Rechnungen aufzustellen. Hier ist auch nicht hämisch von nachträglicher Rechtfertigung der durchbrochenen Bildungsprivilegien zu faheln, hier ist zu bemerken, daß der Sinn für Bildung tatsächlich verlorengegangen sein muß, wenn man allen Ernstes glaubt, Bildung sei der Ertrag eines Ausnahmezustandes. Man macht sich zum Handlanger des Spezialistentums, wenn man das gegen Arbeit und Beruf schon genugsam isolierte Bemühen um Bildung endgültig in Quarantäne verweist. Noch ist die sanftmütige Schlawheit des Spezialisten durch leises Unbehagen gestört, der Protest gegen die Einengung noch nicht ganz zum Erliegen gebracht. Wie lange noch? Nicht mehr lange, wenn diejenigen, die den Notstand der Bildung ausrufen, durch ihre Maßnahmen glauben machen, Bildung sei ein vom Fachstudium ablösbares Geschäft, ein nachträglicher oder auch nebenherlaufender Erwerb von sogenannten Kultur- und Bildungsgütern. Dem Spezialistenwesen ist nur dann Widerstand zu leisten, wenn man gerade die im Fachstudium verborgenen Antriebe zu einer allgemeinen Bildung aufdeckt. Der Student würde dann allerdings mehr über die Bedingtheit seiner Erkenntnis und ihre prinzipielle Bezogenheit auf andersartige Äußerungen des Geistes erfahren als über die Anwendbarkeit seines Wissens. Die Universität hätte da eine eigene Aufgabe. Eine Utopie? Wir glauben nicht. Und wenn — sie ist besser als die Einrichtung einer Bildungsquarantäne, die dem Spezialisten endgültig das Feld räumt. H. E.

Unterwinkler
104 Bibliothek
Stadt u. Univ.-Bibl.

Man sagt in Bonn...

Der politische Beobachter abseits des parlamentarischen Getriebes wird das Gefühl nicht los, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nach jeder neuen Wegbiegung in noch hoffnungslosere, noch weitere Ferne rückt. Er kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die deutschen Politiker hoffnungslos schwimmen.

Die große Atomdebatte, die gerade erst vor wenigen Tagen über die Bühne des Bundestages gegangen ist, hat solche düster-beklemmenden Gefühle nur noch verstärken können. Gewiß, die deutschen Tageszeitungen lobten zu Recht den sachlich-fairen Ton der Debatte. Aber bei keinem der großen Redner der Debatte, die ja alle das Problem der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr mit der Wiedervereinigung in Verbindung brachten, hatte man auch nur für Sekunden das Gefühl, der Vortragende selbst glaubt daran, daß der von ihm empfohlene und vertretene politische Weg in absehbarer Zeit zur Wiedervereinigung führen könnte. Weder Carlo Schmid noch Gerstenmaier, weder Josef Strauß noch Ollenhauer konnten dieses Gefühl vermitteln.

Ob man über das knallrote Linoleum der Wandelhalle des Bundestages geht und dabei die Gesprächsfetzen auffängt, oder ob man auf der Presstribüne des Plenarsaals sitzt und die Randbemerkungen der deutschen Journalisten hört (es heißt, in Bonn sei die „Sahne“ des deutschen Journalismus versammelt!), der Eindruck bleibt der gleiche: Im Grunde ihres Herzens glauben sie alle nicht daran, daß die Einheit Deutschlands im Schoße der unmittelbaren Zukunft ruht. Wenn sie ehrlich wären, alle diese Fachleute von Presse und Politik, die täglich aus dem Borne der regierungsamtlichen Weisheit trinken, dann müßten sie eingestehen, daß eben „auf Verdacht“ weitergewurstelt wird, bei der Koalition auf die eine, bei der Opposition auf die andere Art. Aber das kann man den Leuten natürlich weder deutlich sagen noch schreiben.

Wehe dem, der sich nicht an diese ungeschriebene Spielregel hält! Der Außenminister mußte das kürzlich erfahren. Er hatte unvorsichtigerweise gesagt, wie ihm und seinen Kollegen ehrlich ums Herz ist. Er hatte zugegeben, sie alle seien in bezug auf die Wiedervereinigung etwas ratlos. Als ihn darauf die Opposition, die mindestens genau so ratlos ist, mit Spott überschüttete, stellte Herr von Brentano umgehend richtig: Er habe natürlich nicht sagen wollen, daß die Bundesregierung etwa nicht wisse, was sie als nächstes tun solle. Selbstverständlich habe sie ihre festumrissenen Pläne und Absichten.

Aber wer hatte das, von der Opposition abgesehen, bezweifelt? Der Außenminister war allgemein vollkommen richtig verstanden worden: Was sie als nächstes tun wollen, das wissen sie alle, im Regierungs- wie im Oppositionslager. Nur, ob und wann dabei die Wiedervereinigung herauskommt, das eben weiß keiner von ihnen zu sagen. Und doch versuchen sie alle, den Eindruck zu erwecken, als wüßten sie es, als sei ihr politisches Konzept der Garantieschein für die Einheit Deutschlands.

Nach der großen Rede des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier, dem eigentlichen Höhepunkt der Atomdebatte, gingen zwei Journalisten dem Ausgang der Presstribüne zu. Beide waren sich darin einig, daß die Rede des schwäbischen Oberkonsistorialrates gut durchdacht und beinahe lückenlos schlüssig war. Aber eben nur beinahe. Denn der eine meinte, warum die Bundeswehr nun unbedingt Atomwaffen haben müsse, sei ihm auch jetzt noch nicht klar. Letzten Endes sei doch der Einwand nicht zu entkräften, daß das Vorhandensein von Atomwaffen in -zig mittleren und kleineren Einzelstaaten für die Menschheit bedeutend riskanter sei, als die exklusive Beschränkung dieser Waffen auf die beiden Großmächte.

Der andere der beiden konnte dabei jedoch nichts finden. Er meinte, es sei doch völlig selbstverständlich, daß der Westen seine Chance, den Ostblock in die Enge treiben zu können, wahrnehmen müsse. Denn dadurch, daß sich Moskau auf dem Gebiete der atomaren Bewaffnung seiner Bündnispartner nicht revanchieren könne, weil eine solche Maßnahme zu einem Rohrkrepierer werden könnte, sei doch die Möglichkeit gegeben, den Kreml zur Hinnahme eines Abrüstungs-Kontrollsystems zu zwingen. Da außerdem für England und Frankreich die Atom-Umrüstung feststehe, würde eine westdeutsche Weigerung, sich atomar zu bewaffnen, den Zerfall der westlichen Front, der NATO, bedeuten. Dann aber hätte Moskau sein Ziel erreicht, ohne den geringsten Preis dafür gezahlt zu haben.

Aus dem gleichen Grunde auch seien die Gedankengänge Carlo Schmid's letzten Endes falsch und nicht zu Ende gedacht, denn seine ganze Rede sei doch nur geeignet gewesen, die Panikstimmung im Westen zu vergrößern, die Hemmungen vor einer atomaren Bewaffnung zu verstärken und damit den Zerfall der westlichen Front zu beschleunigen. Genau das seien auch die Ziele Moskaus, weshalb jeder, der von einer atomaren Bewaffnung abhalten wolle, in Wirklichkeit den Russen helfe. Im Endeffekt vergrößere also die von Carlo Schmid verfochtene Politik der SPD die Gefahr nur noch.

Dem ersten wollte das nach wie vor nicht einleuchten. Er meinte, die Russen könnten sich sehr wohl revanchieren.

Sie hätten es ja gar nicht notwendig, die Satelliten atomar zu bewaffnen. Es würde für sie genügen, auf dem Territorium der Satellitenstaaten Atom-Abschußrampen zu errichten, die von sowjetischen Truppen bedient und bewacht werden. Dann sei alles wieder beim alten, nur mit dem Unterschied, daß wir die Atombombe im Lande hätten und damit Entspannung und Wiedervereinigung noch aussichtsloser geworden seien. In Wirklichkeit gehe es doch ausschließlich darum, daß der Verteidigungsminister Strauß es sich nun einmal in den Kopf gesetzt habe, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten. Der Preis dafür sei das völlige Dahinschwinden der Wiedervereinigungschancen.

Wer hat nun recht? Wer könnte sich anmaßen, das zu entscheiden? Der Knäuel scheint ausweglos verwirrt. Wer erinnert sich noch der Tatsache, daß die Einheit Deutschlands vor 10 Jahren an einer Lächerlichkeit scheiterte. Molotow drang damals auf zentrale deutsche Verwaltungsstellen in Berlin. Engländer, Russen und Amerikaner waren sich darin weitgehend einig, schon seit Potsdam. Es scheiterte daran, daß sich die Franzosen weigerten, ihre Zone anzuschließen.

Vermutlich die wenigsten haben irgendwann einmal eine sowjetzonale Zeitung in der Hand und vor den ungläubigen Augen gehabt. Aber diese Zeitungen sind ein Teil jener bedrängten Wirklichkeit, mit der sich die Menschen in Mitteldeutschland seit zwölf Jahren täglich auseinandersetzen haben. Vor mir liegt eine Ausgabe des „Neuen Deutschland“, irgendeine aus zwölf Jahren (es tut wirklich nichts oder kaum etwas zur Sache, daß es die Ausgabe vom Samstag, dem 4. Mai 1957 ist, denn die beliebige eine unterscheidet sich nur wenig von der beliebigen anderen). In der gebotenen Kürze soll versucht werden, einen Eindruck davon zu vermitteln.

Die Schlagzeile unter der Kopfleiste lautet: „Den Atomkanzler abkanzeln!“ und beschäftigt sich mit einer Wahlkundgebung, die Otto Grotewohl im Kunstseidenwerk „Friedrich Engels“ in Premnitz abgehalten hat. Nach dem Bericht der Zeitung wandte Grotewohl sich zunächst gegen die IG-Monopolherren und die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, sprach sich dann für die sowjetischen Abrüstungsvorschläge aus und forderte schließlich die Beseitigung Adenauers bei den kommenden Wahlen durch die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiter.

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE SCHUMANN U. COBET

Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 91494

Auf der linken Seite befindet sich der zweispaltige Leitartikel unter dem Titel: „Der Anfang ist gemacht“. Sein Inhalt: der Bericht über die Erfüllung des 1. Planquartals 1957. Natürlich wurde der Plan übererfüllt, wenn auch nur mit 0,5%. Zu diesem „eindrucksvollen Ergebnis unserer sozialistischen Planwirtschaft“ haben viele Umstände beigetragen. Es findet sich der Satz: „Begünstigt vom milden Wetter wurde das Wort unserer Partei, welches die Braunkohlenskumpel in den letzten Monaten an ihre große Verantwortung für den Fortschritt des sozialistischen Aufbaus gemahnte, zur Tat.“ Nach längeren Ausführungen, in denen allerdings ähnliche humorvolle Äußerungen nicht mehr zu finden sind, fordert der Bericht, man müsse in „jedem Arbeiter das Gefühl erwecken, daß es seine persönliche Ehre verlangt, am 23. Juni mit einer besonderen Produktionsleistung, am besten mit vorfristig erfülltem Plan, an die Wahlurne zu treten“.

Zwei weitere Leitartikel gegen NATO und Wiederaufrüstung der Bundesrepublik stehen auf Seite 2 des Blattes. Unter der Überschrift „Vereint gegen Atomkriegsgefahr“ wird über „Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenzen in Magdeburg und Karl-Marx-Stadt“ (Chemnitz) berichtet. Daneben hört man, daß die Atomrüstung den Weltfrieden gefährde, daß die „Streikenden Vollmer-Arbeiter ungebrochen“ weiterstreikten, daß im Ruhrgebiet drei Arbeiter tödlich verunglückt seien und schließlich, daß die DDR im innerdeutschen Handel einen erheblichen Lieferüberschuß aufzuweisen habe. Ferner wird das sog. Maulkorb-Gesetz behandelt und auch die vom „SPIEGEL“ unlängst aufgedeckte Affaire um den hessischen BHE in frei abgehandelter Form wiedergegeben. Die Sparte „Unter dem Strich“ — in unseren Blättern meist Nachrichten und Kommentaren aus dem kulturellen Bereich vorbehalten — bringt hier mal was anderes: wir erfahren, daß sich die „Einheit der Arbeiter festigt“, wie die Betriebsratswahlen überall in Westdeutschland hinreichend zeigen.

Damit wären wir bei Seite 3. Sie beginnt mit einem Artikel über die „Wünsche an die Abgeordneten im MTS-

Der nächste Schritt war damals die Zusammenlegung der britischen und amerikanischen Zone zur Bizone.

Sicher, Molotow verband mit seiner Forderung ganz bestimmt Hintergedanken. Aber vielleicht hätten wir Glück gehabt, vielleicht wäre uns auf diese Weise wenigstens die staatliche Einheit erhalten geblieben.

Ein Bonner Parlamentarier, Mitglied der größten Regierungsfraktion, stellte seine Meinung kürzlich so dar: „Schauen's, unter uns gesagt, für die Wiedervereinigung gibt es doch nur zwei Möglichkeiten: Entweder wir bleiben beim jetzigen Weg, dann können wir nur hoffen, daß die Russen das Rüstungstempo nicht mehr durchhalten können, schlappmachen und ihr Regime zum Teufel jagen. Das könnte für uns die Wiedervereinigung bedeuten. Oder: Wir verlassen den Westen und die NATO und gehen auf die Rapallo-Angebote der Russen ein. Um diesen Preis würden sie vielleicht mit sich reden lassen. Aber wie lange würde es dann dauern, bis die Kompetenzen Pankows bis nach Saarbrücken reichen? Das Schlimmste aber, was uns passieren kann, ist eine Einigung zwischen Amerikanern und Russen über die Neutralisierung Mitteleuropas. Dann würde die Zonengrenze endgültig zur Grenze zwischen zwei Welten und die Einheit könnten wir einstweilen zu den Akten legen.“ Bgt.

... und in Deutschlands Hauptstadt

Bereich Murchin“. Darin erfährt man, daß die LPG „Friedrich Engels“ in Menzlin einen „großen Beitrag“ für die Steigerung der Marktproduktion leisten wird, da sie zusätzlich 15 Rindermastverträge abgeschlossen hat. Auch wird berichtet, daß „Meisterbauer Schuldts sich stets bemüht, seine Verpflichtungen gegenüber dem Staat vorbildlich zu erfüllen“, denn „für seinen Bestand von 11 Stück Großvieh, 37 Schweinen (10 Schweine, die er vor einer Woche ablieferte, sind nicht mitgerechnet, Ausrufungszeichen), 8 Schafen und Kleinvieh schafft er vor allem durch Zwischenfruchtanbau eine gute Futtergrundlage“. Ein weiterer Artikel auf Seite 3 befaßt sich mit der „Rechnung der Laubuscher Kumpel“. In Laubusch hat man nämlich errechnet, daß Übersollerefüllungen im eigenen Interesse liegen. Wörtlich heißt es: „Darum, weil bei uns die Arbeiterklasse in Verbindung mit der Bauernschaft die Macht ausübt, gibt es bei uns wirklich Demokratie, lohnen sich solche Produktionstaten.“ In dem gleichen Bericht findet sich auch eine indirekte Begründung dafür, warum das „Neue Deutschland“ so ausschließlich mit Politik sich beschäftigt: es ist der Wunsch der mitteldeutschen Arbeiterschaft, finden doch selbst in den Betriebspausen regelmäßige politische Gespräche zu aktuellen politischen Fragen statt. Neben einem Artikel zur Wahl am 23. Juni erfahren wir noch, daß auch der Sektor „Kühlschränke, Möbel, Spielzeug“ wertvolle Neuentwicklungen aufzuweisen und „Maßnahmen zur Erhöhung und Verbesserung der Produktion“ eingeleitet habe.

Seite 4 beginnt mit einem Artikel von Wilhelm Girus über „Die Verantwortung sozialistischer Studenten“, in dem das neuerlich eingeführte Arbeitsjahr für Studentenbewerber begründet und beispielsweise geäußert wird, daß es „einem werdenden Germanisten gar nicht schaden (kann), wenn er auf einem volkseigenen Gut auch Mist streuen lernt. Er wird dann später in seinem Fachstudium ein viel tieferes Verständnis für die Bedeutung des Landarbeiters in der Literatur gewinnen.“ Studenten jedenfalls, „die nicht bedingungslos der Sache des sozialistischen Aufbaus in der DDR ergeben sind, (haben) keine Existenzberechtigung mehr auf unseren Universitäten und Hochschulen“.

Seite 5 nun ist internationalen politischen Nachrichten vorbehalten. (Die Titel lauten: „Welt für Abrüstungsplan der UdSSR“, „Rekordleistung der Kumpel Ungarns“, „Stopp den H-Bomben-Experimenten“, „Neo-Nazis werden nicht durchkommen!“, „USA-Ölkrieg in Mittelamerika“, „Ein lohnender Krieg für Rockefeller“, „UKW-Anlage als Märgeschenk“, „Wer wird Österreichs Präsident“, „Hussein wählt sich schlimme Vorbilder“ und schließlich „300 Konkurse wöchentlich in den USA“.) Kurznachrichten informieren darüber, daß „Hetzer MacCarthy verstorben“ ist, daß „Israelis provozieren“ etc.

Endlich etwas anderes bringen nun die Seiten 6 und 7. Nämlich Annoncen.

Die Schlußseite ist dem politischen Leben Berlins gewidmet, sie bringt „Mitteilungen der Berliner Parteiorganisation“ und schließlich — im Sportteil — einen großen Bericht über die „Jubiläumssfahrt für den Frieden“. Ganz unten auf der letzten Seite wird noch in kleinen Zeilen erwähnt, daß die Spitzenzeiten für den Energieverbrauch in der Woche vom 6. bis 11. Mai 1957 von 20 bis 21 Uhr liegen. Dann Impressum (ohne Namensnennung) und Schluß.

Das ist eine Nummer des „Neuen Deutschland“. Wir haben uns auch alle redlich Mühe um Objektivität gegeben, um allein dem Leser das Urteil zu überlassen. Fanden Sie es langweilig? Dann bitten wir gehörig um Nachsicht, aber man kann aus einem Leierkasten nichts anderes als Leierkastenmusik herausholen. Fanden Sie es uninteressant? Nun, das alles ist dicht neben uns Wirklichkeit. Vielleicht denken Sie einmal daran. Und an diejenigen bitte auch, die ihr ausgesetzt sind. —cf.

DISKUS

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

Herausgeber: Alexander Böhm, Klaus M. Ellrodt, Sebastian Herkommer, Norbert Piltzing, Hanns Schreiner.
Chefredakteur: Werner Schaffernicht.
Redaktion: Horst Enders, Udo Kollatz, Hanns Schreiner, Oscar Strobel.
Korrespondent in Bonn: Gert Baumgarten.
Korrespondent in Berlin: Joachim Fest.
Geschäftsführung: Günter Schwank, Königstein/Ts., Adelheidstr. 24, Tel. 883.
Anzeigenverwaltung: Etelca Götz, Frankfurt am Main, Leerbachstraße 92, Telefon: 55 62 61.
Konten der Zeitung: Rhein-Main Bank Nr. 121 210, Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 30158. Manuskripte sind zu richten an „DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung“, Universität Frankfurt a. M., Mertonstr. 26, Tel. 77 07 41, App. 213. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.
Der DISKUS ist das Nachrichtenblatt der „Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. e. V.“; auf die redaktionelle Gestaltung der Zeitung hat die Vereinigung keinen Einfluß.
Druck: Druckerei Dr. Günter Zühlsdorf, Frankfurt am Main, Oederweg 39 a, Tel. 55 11 78.
Abonnements zum Preise von 1,50 DM für zwei Semester sind unter Einzahlung des Geldes bei der Geschäftsführung zu bestellen.

Morgenstern — ein Abendstern

Die Galgenlieder von Christian Morgenstern (6. Mai 1871 bis 31. März 1914) stehen im Mittelpunkt der kleinen Anthologie, die als Band 152 von der Fischerbücherei im Februar 1957 herausgegeben wurde. Aber nicht für diese — paradoxerweise! — müssen wir dem Dichter einen Strick drehen. Sondern für einen Aphorismus auf Seite 128, der so lautet:

„Ich habe eine schreckliche Vision: Wenn die Sozialisten zur Herrschaft gekommen sein werden, dann fängt das Blut überhaupt erst an zu fließen.“

Der Dichter bezeichnet diesen immerhin beachtenswerten Satz als „Vision“, daß mit den Sozialisten das Blutfließen überhaupt erst beginnen würde. Er tat recht daran. Visionen stehen nicht hoch im Kurs. Jedenfalls, soweit es die Erkenntnis angeht. Nur soviel an ihr ist richtig, daß ein Sozialutopist davor gewarnt wird, die Welt von morgen allzusehr in rosa-rot zu malen. Wie die Vision hier zu lesen ist, kann sich jedoch der Herr Bundeskanzler nur ins Fäustchen lachen und Herrn Morgenstern für die Gratishilfe zur Bundestagswahl im September danken.

Wie gefährlich Visionen sind, wenn sie ins politische Leben dringen, liegt aber auf der Hand. Ein einziger Blick zurück in die menschliche Geschichte zeigt, daß das Blut nicht überhaupt erst anfangen muß zu fließen. Dafür hat schon das Prinzip der Herrschaft gesorgt — gleich, ob sie von weltlichen oder geistlichen Kräften getragen wurde —, das tatsächlich mit der Notwendigkeit des Blutvergießens unauflöslich verbunden zu sein scheint. Und es gibt wohl kaum eine Idee, die nicht zur Rechtfertigung von Gewalt verdreht werden kann. Auch dafür gibt die Geschichte des Abendlands lehrreiche Beispiele. Wenn also Christian Morgenstern zur Abendzeit — 1914 brach die Nacht an! — Ideen von einer besseren Welt sich in ihr Gegenteil verkehren sieht, dann gilt dies doch wohl nicht nur für den Sozialismus.

Eine Vision, die also derartig weit gespannt ist, sagt schließlich gar nichts und bleibt eine leere Abstraktion, wenn wir sie nicht dahin abwandeln, daß mit der Verwirklichung des Sozialismus der Begriff der Herrschaft selbst widersinnig geworden ist. So sind wir uns durchaus mit Herrn Morgenstern einig, daß die Sozialisten nicht zur Herrschaft kommen dürfen. Dies aber setzt voraus, daß der Sozialismus verwirklicht wird, damit der Herrschaft ein Ende sei. Sic!

Caesar

Atomfußballer

Wie in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 1. Mai 1957 zu lesen ist, „hat der bekannte Physiker Pascual Jordan erklärt, in der Göttinger Erklärung habe eine Gruppe prominenter Physiker eine bestimmte, extrem einseitige Beurteilung dieses Problems in sensationeller Form an die Öffentlichkeit gebracht, statt zunächst eine Meinungsforschung unter den Physikern selbst durchzuführen. Der Kernsatz des Manifestes, daß ein Verzicht der Bundeswehr auf atomare Waffen der beste Weg zur Milderung der uns drohenden Gefahren sei, besitze keinen zwingenden logischen Zusammenhang mit dem übrigen Inhalt des Manifestes.“ Weiter heißt es dann: „Aber es gäbe auch die andere Meinung, daß die Gefahr eines Atomkrieges uns um so näher rücke, je größer die Kampfkraft der Sowjets im Vergleich zu der des Westens sei, und wenn das zutrefte, sei der Ratschlag, eine Aufrüstung der Bundeswehr mit modernen Waffen zu vermeiden, eine Aufforderung zum Selbstmord. Die Entscheidung aber darüber, welche Ansicht rich-

tig sei, habe mit Atomphysik nichts zu tun. Ein Pianist oder ein prominenter Fußballspieler habe für die Beurteilung dieser Frage genau so viel fachmännische Zuständigkeit wie ein Atomphysiker, nämlich gar keine.“

Es kommt uns nun nicht darauf an, pro oder contra zu der inhaltlichen Ansicht von Professor Jordan zum Atomwaffenproblem Stellung zu nehmen. Aber wie sollen wir es verstehen, wenn er eine Meinungsforschung unter den Physikern vorschlägt? Ganz sicher doch zu dem Zweck, das Ergebnis dieser Meinungsforschung für sich verbindlich zu erklären. Nun haben immerhin 18 Physiker eine politische Empfehlung ausgearbeitet. Wir fragen uns, wie das Ergebnis der Meinungsforschung in der Berufsgruppe „Atomphysik“ ausgelaufen wäre, wenn alle führenden Atomphysiker der Bundesrepublik befragt worden wären? Wir sind der Ansicht, wohl nicht viel anders, als in der Göttinger Erklärung geschrieben steht. Denn so dicht sind wir ja nicht mit Vertretern dieser Berufsgruppe besät, daß nicht die Stimme von 18 Atomphysikern schon das Zeichen einer seltenen Einmütigkeit ist. Wir wären Herrn Professor Jordan darum sehr verbunden, wenn er nun seinerseits 18 Atomphysiker in die Waagschale der Meinungsforschung werfen könnte, die nicht die Göttinger Erklärung vertreten. Dann hätte das Ergebnis zu seinen Gunsten entschieden. So aber bleibt die Empfehlung der Meinungsforschung ein hohler Schall. Und ob er viele Anhänger unter seinen Berufskollegen zu der Ansicht gefunden hätte, daß Fußballer und Pianisten auf einer Stufe mit Atomphysikern stehen, soweit es die Auswirkungen ihrer Arbeit angeht, erscheint uns mehr als fraglich. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: wir sind durchaus nicht dagegen, wenn Herr Pascual Jordan eine Entscheidung von Berufskollegen kritisiert, über die freilich die Geschichte zu entscheiden hat. Nur die Mittel, mit denen er es tut, sind so dürftig, daß sich die Frage erhebt, ob man nicht lieber ihn auf den Fußballplatz oder ans Piano schickt.

Horst Helmut Kaiser

Schönheitskönigin

Sie ist offensichtlich ein Import. Denn betrachten wir die buntscheckigen Epochen Europas, so suchen wir sie vergebens. Nicht als ob diese Zeiten nicht die Schönheit auch dort zu feiern gewußt hätten, wo selbst ihr Blick mehr ins Ewige gerichtet blieb! Schönheit bewegte stets. Walther von der Vogelweide sang ihr Lied, als er die holden Frauen rühmte. Aber wie er, so meinten auch diese Jahrhunderte vor allem und dauerhaft nur die Schönheit, die aufleuchtet, wenn Reife, Anmut, Klugheit und sogar Leid den Bund zwingender Harmonie miteinander eingegangen sind.

Sie, unsere Schönheitskönigin, hat diese Prägung nicht. Ja, jene, die sie aufgewühlt erkühen, wollen nicht einmal, daß ihre Wahl sie habe. Ihnen genügt die glatte Haut, die den dosierten Duft raffinierter Parfüms verströmt. Sie wollen allein das Wohlproportionierte, unendlich Gepflegte, das vom Leben ganz und gar Unberührte. Und sie, unsere Miß, bietet es an: sitzend, tänzelnd, gehend. Sie ist strahlend, von beängstigend stetem Lächeln und vor allem von einer Sauberkeit, daß an Unreinem nur die Staubpartikelchen in den Lichtkegeln der Scheinwerfer schweben, die grell ihre Niedlichkeit beleuchten. Das gilt für das große Kleid, für die Tracht und schließlich für den knappen Badedreß, der durch seine Entblößung sinnig die Vorführung dem Höhepunkt zutreibt. Wahrlich, ihre Physis ist einmalig! So wird sie auch nur gemessen, befühlt und gewogen. Denn wo sollte sich die Schönheit finden, wenn nicht im Greifbaren, das unsere Zeit anbetet, nachdem sie für alles andere blind geworden ist? In der Tat: dieser Königin Seele ist ja auch ein Spiegel, der keine Reflexe wirft. Die Miß kann einem aufgekratzten Publikum, das in einem wählt, futtert oder an Gläsern nippt, fortgesetzt nur von Kußhändchen unterbrochenes „keep smiling“ zeigen.

Ist sie erkoren, so muß sie weiter streben. Die Krone eines Landes ist noch längst nicht die der Welt. Ach, man wagt sich gar nicht auszudenken, wie anstrengend ein derartiger „Beruf“ sein kann! Liegt die Frisur fehlerlos, verläuft der Augenbrauenstrich ohne Fahrigkeit, sind die langen, roten Haken für die Fingernägel auch ohne Sprung? Weiß Gott: ihr ständiges „Sich-Schön-Machen“ bleibt so verzweifelt auf das Äußere gerichtet, daß die Betrachtung oder gar Benutzung des Inneren allenfalls ihre Chancen vermindern könnte.

Ist die Schönheitskönigin ein Mensch? Kaum! Ist sie ein Idol? Auf alle Fälle! Kenne sich doch da einer noch mit dieser Welt aus!

Bodo Scheurig

Halbstarke Ware

Was immer sich heraushebt aus dem täglichen Einerlei und zugleich dazu angetan scheint, finanziellen Gewinn abzuwerfen, kann des Interesses der allgegenwärtigen Kulturindustrie gewiß sein. Sensation oder indiskrete Genauigkeit, die sich für Realismus ausgibt, sind längst sorgfältig kalkulierte Faktoren im Geschäft; Spionageaffären, königliche Liebesbeziehungen oder Halbstarke sind marktfähige Konsumgüter geworden. Nur wenige Wochen nach der Erfindung der Gattung der Halbstarke liefen die ersten Halbstarkefilme an. Einmal zum Konsumgut erhoben, gehorcht das kommerzialisierte Phänomen auch den Notwendigkeiten der Reklame und des künstlich geschaffenen Bedarfs. Der Fall der Berliner Illustrierten, die, um zu einer zünftigen Reportage zu kommen, Jugendliche aufforderte, Halbstarke zu mimen und ein Lokal zu demolieren, ist allgemein bekannt geworden. In Kopenhagen sollte für einen amerikanischen Fernsehdienst die Begeisterung der dänischen Jugend über die Rock'n'Roll-Filme fotografiert werden. Als die Begeisterung, die fernsehwürdig gewesen wäre, auszubleiben drohte, wurden auch dort die jungen Leute angehalten, für eine „echte Rock'n'Roll-Stimmung“ zu sorgen. Das Ergebnis war fernsehwürdig, und die Polizei hatte alle Hände voll zu tun.

Selbst dort, wo gegen die Sensation polemisiert wird, blüht noch das Geschäft mit ihr. Die Evangelische Akademie in Tutzing hatte jüngst Experten zu einem Gedankenaustausch über das Thema „Warum Krawalle?“ versammelt. Nach einem einleitenden Referat ging es ins Kino, um die „Saat der Gewalt“ anzusehen. Kaum war es dunkel, als ein Haufen Jugendlicher in den Raum bugsirt wurde, die sich sichtlich Mühe gaben, mit Pfiffen, Zwischenrufen und Geschrei ein Ärgernis zu sein. Mit roten Jacken und Nietenhosen angetan, johlten sie später in der Akademie herum, flegelten sich im Auditorium und führten auf Verlangen Rock'n'Roll vor. Was wunder, wenn schließlich auch das Fernsehen erschien, damit der Öffentlichkeit das makabre Schauspiel nicht vorenthalten werde. Das alles war dem Einfall und der Regie des Pfarrers Hammer in jener Akademie zu danken, der die jungen Leute eingeladen und das Schauspiel einstudiert hatte. Arme Halbstarke! Die Gesellschaft, gegen die sie rebellieren, hat auch für sie Verwendung, sei es als Filmware oder als pädagogischer Markenartikel in einer evangelischen Akademie.

Carl-Christian Kaiser

Blech aus Bayern

Im Parlament des zweitgrößten und vielleicht eigenwilligsten westdeutschen Bundeslandes sind die Beratungen über die Schöpfung eines bayerischen Verdienstordens in den Ausschüssen beendet; das Plenum wird nun in allernächster Zeit zur Abstimmung schreiten können. Ein Entwurf der Medaille ist auch schon fertig: In des Kreuzes kreisrunder Mitte befindet sich auf der Vorderseite das weißblaue Rautenmosaik des bayerischen Wappens; auf der Rückseite erhebt sich ein güldener Leu auf schwarzem Untergrund. Manch einem Bundesbürger mag dieses Bajuwaren-Kreuz ein Lächeln entlocken, das aber erstirbt, sobald er den bayerischen Ministerpräsidenten Hoegner hierzu hört: „Der Wunsch nach Orden und Auszeichnungen ist so stark, daß ich mit dem Bundesverdienstkreuz allein nicht durchkomme!“ Diese Worte sind, wenn sie die causa für die Ordensneuschöpfung darstellen, wirklich ernst zu nehmen.

Sind wir Deutschen denn tatsächlich so vernarrt auf den bunten Dekor des Rockaufschlages? Muß denn immer ein Bändchen den Mitbürgern zeigen, daß wir uns „verdienstvoll“ gemacht haben? Wer kann es sich dann einmal als biederer Bürger bei dem heute herrschenden und immer stärker werdenden gesellschaftlichen Zwang noch leisten, kein Schleifchen im Knopfloch zu haben? Muß denn immer die Anerkennung für eine „honorige“ Tat zum Halse heraushängen?

Leicht kann man das Goethe-Wort abändern und trifft dabei haarscharf ins Schwarze: „Am Orden hängt, zum Orden drängt — der Deutsche“ —, während in den Vereinigten Staaten Hunderttausende von Auszeichnungen in irgendwelchen Schatullen Patina ansetzen, weil sie nicht abgeholt werden!

Sei bloß zu hoffen, daß die „Crux Bavariae“, vorläufig nur in einer Klasse vorgesehen, dann nicht gerade am „laufenden Band“ verliehen wird.

Waldemar Kunath

STAHLROHR-GERÜSTBAU BACHMANN & CO.

Praunheimer Landstraße 80

Frankfurt am Main

Telefon 77 43 81

Erstellung von Stahlrohr-Gerüsten für Neu- und Umbauten, Tribünen und allen sonstigen Zwecken

Jeder plant für sich allein

In diesen Tagen wurde in Berlin in der Nähe des Bahnhofs Zoo eine Seilbahn eröffnet. Für 1,50 DM kann man einen der kleinen Lifts besteigen und mit vier Kilometer in der Stunde über den Zoologischen Garten und das benachbarte Hansaviertel hinwegfahren, dicht vorbei an im Bau befindlichen Wolkenkratzern, Kirchen, Ausstellungshallen und hinweg über Grünflächen und Fachbauten. Hier entsteht, im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Berlin 1957 (kurz INTERBAU BERLIN 57 genannt), ein völlig neuer Stadtteil, in dem nicht ein einziges Gebäude aus der Vorkriegszeit erhalten blieb, sondern frei und unbekümmert „die Stadt der Zukunft“ — wie man etwas hochtönend zu sagen liebt — geplant und unter Beteiligung zahlreicher berühmter Architekten des In- und Auslandes gebaut werden konnte.

Ohne Frage ist Berlin, was den Wiederaufbau betrifft, weit hinter den westdeutschen Städten zurück. Das liegt nicht nur daran, daß die Stadt — absolut betrachtet — den stärksten Verlust an „baulicher Substanz“ erlitten hat, sondern auch an den wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, die sich aus ihrer Lage ergeben. Hatte man das Augenmerk bisher vor allem auf die Instandsetzung oder den Wiederaufbau der zerstörten Randbezirke gerichtet, so stellt der Neubau des Hansaviertels den ersten umfassenden Beitrag zur Gestaltung der Berliner Innenstadt dar: in unmittelbarer Nachbarschaft des Hansaviertels liegen das Brandenburger Tor und die Linden, beginnt also das Gebiet der eigentlichen City.

Weder auf östlicher noch auf westlicher Seite kann man in ihrem Bereich von einem nennenswerten Wiederaufbau sprechen. Auf östlicher Seite wurden außer der Staatsoper, dem Zeughaus und einigen anderen Gebäuden, die in ihrer alten Form wiedererstanden, nur wenige fremd und unglücklich dastehende Renommierbauten der stalinistischen Zuckerbäckerepoche (so etwa die Russische Botschaft Unter den Linden) bzw. einige trostlos provinzielle Zweckbauten errichtet. Der Wiederaufbau auf westlicher Seite war nicht weniger zögernd.

Diese Tatsache ist indes nicht zuletzt auf eine bewußte Zurückhaltung der Architekten und Städteplaner diesseits und jenseits der Sektorengrenze zurückzuführen. Zwar war die Erwähnung offizieller Kontakte verpönt, doch spricht kein Geheimnis aus, wer erwähnt, daß solche Kontakte — zumindest bis zur Zeit der Ungarnkrise — mehr oder weniger intensiv bestanden. Die Öffentlichkeit erfuhr davon, als kürzlich der Hamburger Städteplaner Ernst May den ersten Preis beim Ostberliner Wettbewerb zum Bau eines „Wohnungsensembles“ für etwa 20 000 Menschen erhielt.

Die generelle Zurückhaltung beider Seiten bei der Planung bzw. dem Aufbau der Innenstadt hat nun allerdings ihre Vorteile. Die Chance einer großzügigen und modernen Planung, die in zahlreichen westdeutschen Städten durch einen überhasteten Wiederaufbau vertan wurde, besteht hier noch und es kommt nur darauf an, sie zu nutzen. Dem stehen jedoch massive Schwierigkeiten im Wege.

Es sind dies die Schwierigkeiten, die unser allgemeines politisches Dilemma ausmachen; die Spaltung Deutschlands bzw. hier, auf engerem Raume, die Spaltung der Stadt in eine östliche und eine westliche Hälfte.

Bundesregierung und Westberliner Senat haben kürzlich einen städtebaulichen Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“ ausgeschrie-

ben, für den der Bundestag im Oktober 1955 eine Summe von 350 000 DM zur Verfügung gestellt hat. „Die materielle Aufgabe des Wettbewerbs“ — so wird in der Ausschreibung betont — „ist der Neuaufbau der durch den Krieg zerstörten Mitte Berlins; sein geistige Aufgabe ist die Formung dieser Mitte zu einem sichtbaren Ausdruck der Hauptstadt Deutschlands und zu einer modernen Weltstadt.“ Der Wettbewerb umfaßt das Gebiet der Innenstadt vom Bahnhof Tiergarten im Westen bis zum Alexanderplatz im Osten, vom Oranienburger Tor im Norden bis zum Mehringplatz im Süden. Die Ausschreibung richtet sich an alle in Europa lebenden Architekten und Städtebauer, sowie solche außereuropäischen Architekten und Städtebauer, die in Deutschland geboren sind. Darüber hinaus wurden einige Architekten besonders eingeladen, darunter Le Corbusier, Scharoun, Markelius und der Pole Ciorowski. Zur Jury gehören u. a. der finnische Architekt Alvar Aalto (der gerade im Hansaviertel ein bemerkenswertes Gebäude errichtet), Prof. Gropius, Prof. Hillebrecht (Hannover) und Prof. Bartning (Darmstadt). Das Planungsgelände umfaßt 10 qkm, in denen die Regierungsbauten (Parlament, Länderkammer, Amtssitz des Kanzlers, Ministerien, Auslandsvertretungen etc.), Verwaltungsbauten, sowie Einrichtungen kultureller und wirtschaftlicher Art (Akademien, Theater, Museen etc.) Platz finden sollen. In einer derartigen Größenanordnung ist ein Städtebauwettbewerb bisher einmalig.

Die Tatsache, daß das Planungsgelände Teile des sowjetischen Sektors einbezieht, hat nun bei den Ostberliner Stellen heftige Mißstimmung ausgelöst. Mit der Begründung, daß der City-Wettbewerb sich „unbekümmert auf sowjetzoniales Hoheitsgebiet“ ausdehne und die Mittel dazu vom „Kriegsministerium“ Kaiser stammten, ist den ostzonalen Architekten die Teilnahme verboten worden. (Allerdings ist inzwischen bekannt geworden, daß mehrere Architekten aus der Sowjetzone die Wettbewerbsbedingungen angefordert und Büros in Westberlin gemietet haben.) Und Prof. Henselmann, der sich mit dem Bau der Stalinallee eine fragwürdige Berühmtheit erworben hat, erklärte vor kurzem, daß ihn bei der Planung für den Wiederaufbau Ostberlins der Gedanke leiten müsse, daß Berlin eine gesplante Stadt sei. Doch bestehe die Möglichkeit einer Verständigung, da Architekten und Städtebauer „praktische Leute“ seien.

Solche Möglichkeiten erscheinen jedoch demjenigen fraglich, der um den absoluten und bornierten Machtanspruch östlicher Funktionäre weiß. Man lese nur, was der stellvertretende Ostberliner Bürgermeister Waldemar Schmidt jüngst zu diesem Thema in der „Berliner Zeitung“ in schlechtestem Parteichinesisch schrieb: „Mit der Ausschreibung eines Wettbewerbs über den Aufbau eines sog. Regierungsviertels haben die kalten Krieger sich eine neue, unverschämte Provokation ausgedacht ... Ausgerechnet die Einpeitscher des widererstandenen deutschen Militarismus, ausgerechnet diejenigen, die die Einheit Deutschlands an die NATO verraten haben, die den Atomtod nach Westdeutschland einschleppen, tun plötzlich so, als ob sie auf einmal ihr Herz für Berlin entdeckt haben. Es ist nichts anderes als ein plumper Bluff, um davon abzulenken, daß mit dem Eintritt Westdeutschlands zu dem kleineuropäischen Zollpakt und zum Euratom die Tür zur Wiedervereinigung noch mehr vernagelt wurde, als das schon bisher der Fall war. Die von Berlin, der Hauptstadt der DDR, vorübergehend abgesplitterten westlichen

Ideen — Ideale — Ideologien

Eine der seltsamsten Erscheinungen bleibt die Tatsache, daß wir Gehalte der menschlichen Geschichte wohl beschreiben, im Letzten jedoch nicht erklären können. Das gilt nicht nur von der Geschichte selbst, von der wir kaum zureichend zu sagen wissen, wann und warum sie anhub. Mehr noch trifft dies auf die sie tragenden Kräfte zu: auf Ideen, Ideale und Ideologien. Gewiß, wir könnten hier gestehen, drängende Notwendigkeit habe sie innerhalb des Prozesses menschlicher Entwicklung hervorgerufen. Auch gibt der Hinweis auf das Gesetz des Wechselvollen, dem wir zutiefst zu entsprechen scheinen, manchen Aufschluß. Doch wie diese Deutungen meist unbefriedigend lassen, so können wir auch Ideen, Ideale und Ideologien allenfalls zu definieren und in ihrer Wirksamkeit abzuschätzen versuchen.

In diesem Sinne bleiben Ideen zunächst Urgedanken, Urbilder, mitunter stellen sie auch reine Vernunftbegriffe dar. Idee bedeutet ursprünglich optisches Bild, anschauliche Gestalt. Neigte der deutsche Idealismus dazu, Ideen als den Begriff einer Vollkommenheit zu feiern, wie sie sich im Reiche der Erfahrung, also der Welt noch nicht vorfindet, so schien Kant ihre Realisierung unter der Voraussetzung möglich, daß sie richtig seien. Aus der Anonymität herausgewachsen, werden Ideen im Historischen zu einem Inhalt, der einer Zeit Richtung und Ziel geben soll. Ihr Drang ist zumeist von großer Mächtigkeit. Denn sie wollen, daß ihnen wahrhafte Geltung zukomme. So werden sie nicht nur zu einem Leitbild, das die geschichtliche Un-Ordnung zu überwinden trachtet. Mehr noch werden sie zum Maßstab: das menschliche Verhalten wird an ihnen gemessen, menschliche Leistung in ihrem Lichte gewogen. Die Kraft, mit der all das geschieht, hat ihren Grund in dem Bedürfnis des Menschen, sich in der Hinwendung eben an Ideen verschenden zu wollen. Wir kennen ihre Wirksamkeit in der Geschichte. Allein die Worte „Freiheit“, „Gleichheit“, „Menschenwürde“ oder auch „Fortschritt“ genügen, um darzutun, wie weitgespannt sie war und ist.

Werden diese Ideen gelebt, so sind auch die Ideale gegeben. Denn mögen sie sich auch zunächst gleich den Ideen als bedeutungsvolles Urbild, als Inbegriff der Vollkommenheit definieren lassen: ihrem Wesen nach stellen sie die Verwirklichung der Ideen dar. Ideale ohne Bezug auf Werte, wie sie sich vornehmlich in Ideen ausdrücken, sind undenkbar, bleiben blaß und richtungslos. Das bezeugt bereits die hohe Anerkennung enthaltende Formel, etwas sei einer Idee gemäß gestaltet worden.

Anspruchsvoller, vieldeutiger, ja, gefährlicher ist das Wort „Ideologien“. Jener Begriff, von dem in unserer bewegten Zeit so häufig die Rede ist, ohne daß man zumeist sicher wüßte, was er eigentlich bedeutet. Mit dem Wort kehren zunächst die Charakteristika wieder, die dem inneren Antrieb zu den Ideen zugrunde lagen. Aber über die Ideen gehen doch die Ideologien weit hinaus. Betonen Ideen vor allem Werte, die vor und auch neben anderen gelebt werden sollen, so sind Ideologien herrscher. Sie wollen nicht nur ein Leitbild für eine Zeit, sondern eine bestimmte Vorstellungs- und Wertungswelt für alle Zeit bieten. Sie bemächtigen sich einer Idee — z. B. der des Klassenkampfes —, um sie zur Wahrheit schlechthin hinaufzusteigern. Das geschieht dadurch, daß sie einen Urgedanken, eine Idee also, mit einem System umkleiden. Dieses System, die eigentliche Ideologie, leistet zweierlei. Es hat die Vielfältigkeit des Daseins so auszulegen, daß der Urgedanke als das bewegende Moment allen Geschehens erscheint. Und es hat dafür zu sorgen, daß er erfolgreich zu einem nicht mehr anfechtbaren wissenschaftlichen Prinzip wird.

Mochte auch der Marxismus zur „Entlarvung“ der Ideologien seinerseits viel beigetragen haben, indem er, von seiner kritischen Ausgangsposition herkommend, sie als Ausdruck materieller Verhältnisse interpretierte. Als Gebäude von Ideen, die es als reine Wesenheiten nicht geben könne. Die monistische Komponente, wie wir sie vor allem als Ausdruck der Ideologien be-

Stadtbezirke sind für die Bonner Militaristen nur insoweit von Interesse, als von hier das große sozialistische Aufbauwerk in der DDR gestört werden soll ...“ Soweit Waldemar Schmidt. Es hat nun den Anschein, als habe der Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“, der ganz ohne Frage groß und verantwortungsbewußt gedacht ist, Initiativen ausgelöst, wo ein Stillhalten — wie es bisher geübt wurde — begrüßenswerter wäre. Denn schon haben Ostberliner Stellen angekündigt, sie würden demnächst mit Plänen zur Bebauung der Innenstadt an die Öffentlichkeit treten. -cf.

(Fortsetzung von Seite 1)

Kompaß der Gesellschaft

allgemeine Studentenförderung aus Bundesmitteln erwirgen wollte.

Lange werden wir uns dieser Situation nicht freuen können, denn mit Sicherheit ist bei nächstem Anlaß damit zu rechnen, daß die Fahne der politischen Unbeflecktheit der universitas wieder geschwungen werden wird — selbstverständlich zu Nutz und Frommen irgendeiner politischen oder gesellschaftlichen Gruppe, für die der status quo akzeptabler ist als jede für sie vorstellbare Veränderung. Deshalb scheint es angebracht, das Neue, eben Erworbene zu festigen, bevor es zerdrückt wird. Wir sollten fortfahren, die Dinge beim Namen zu nennen, sollten von unseren studentischen Vertretern und akademischen Lehrern dasselbe erhoffen und verlangen. Am Beispiel der studentischen Selbstverwaltung heißt dies z. B.: Wie hält Du es mit der Studentenförderung? Bist Du für das Honneffer Modell oder dagegen? Bist Du für mehr Stipendien und weniger Darlehen oder für mehr Darlehen und weniger Stipendien? Bist Du für den Einzug militärischer Zweckforschung in die Hochschulinstitute oder dagegen? Hast du eigene Gedanken für oder gegen die Hochschulreform? Gefährdet der Besuch russischer Studenten mehr unsere Demokratie oder ihre Diktatur?

Wenn wir in Deutschland die ersten Studentenparlamente haben, die auf Grund solcher Fragestellungen gegenüber den Kandidaten und nicht auf Grund des stupiden: Hier Korporierte, schlagend — nicht-schlagend, konfessionell; hier Sozis, hier Liberale, hier Christdemokraten, gewählt worden sind, dann wird niemand mehr die Legitimität einer VDS-Erklärung zur Frage der Wehrpflicht bezweifeln können. Die Politisierung der Wahlen zu den Studentenparlamenten ist dazu natürlich, um es noch einmal klar zu sagen, Voraussetzung. Die Frage der Kompetenz ist ohnehin geklärt, denn in unserer Republik hat jeder Bürger das Recht seine Meinung zu öffentlichen Fragen beliebig oft zwischen den Wahlen kund zu tun. Das gehört zum Lebensprozeß der egalitären Demokratie. Selbst der eifrigste Bindestrich-Demokrat kann daran nichts ändern. Wann, wo und wie oft diese Meinungs- zu einer Willenbildung mit rechtlichen Folgen wird, das regeln die Verfassungen des Bundes, der Länder und der Gemeinden — und nicht die jeweilige Regierungspartei.

Es ist zu hoffen, daß die Studentenschaft und die Hochschullehrer Deutschlands ihre Mission, Kompaß der Gesellschaft zu sein, neu entdecken. Werner Wilkening

greifen wollen, hat er doch nur um so zwingender in die eigene Ideologie übernommen, deren Geschlossenheit zu dem Unbedingtesten zählt, was die bisherige Geistesgeschichte überhaupt hervorbrachte.

Die derart gewonnene „Sicherheit“ hat oft — wer könnte es leugnen? — zu großen Leistungen inspiriert. Denn dem Menschen war damit im besonderen Maße ein Glaube vermittelt. Eine Richtung und ein Ziel, die ihn weit über seine persönlichen Sphäre hinaushoben, wenn er ihnen diene.

Nicht minder aber sollte die Schattenseite aller Ideologien deutlich sein. Ideologien sind nicht nur zwangsläufig voller Blindheit gegenüber dem, was sie vergewaltigen müssen, damit sie nicht in Frage gestellt werden können. Mehr noch wüten sie brutal und hemmungslos gegen die „Andersgläubigen“. Gegen jene, die schon deshalb als „Ketzer“ verdammt und ausgetilgt werden müssen, weil sie es wagten, dem „wissenschaftlichen“ Prinzip zu widersagen.

Hier berühren wir den innersten Nerv der Spannung unserer Zeit, weil ja im Osten noch immer eine Ideologie voller Selbstgerechtigkeit fortfährt, ihre Vorstellungs- und Wertungswelt der ganzen Menschheit aufzuzwingen. Unsere Verurteilung ihrer Grausamkeiten kann sie nicht treffen. Denn solange diese Ideologie ihre Träger erfüllt, glauben sie allen Ernstes, im Sinne einer Notwendigkeit zu handeln.

Die Konsequenz, mit der all das geschieht, stellt ein Problem ersten Ranges dar. Sie schafft nicht nur ungemene Schwierigkeiten im Hinblick auf eine Verständigung, wie sie uns heute nahegelegt ist, damit die Welt als Ganzes überlebe. Mehr noch beweist sie selbst dann ihre Anziehungskraft, wenn wir uns sagen, daß es abwegig ist, einer Ideologie mit einer anderen Ideologie begegnen zu wollen. Denn mögen wir heute auch dem Empirismus als dem allein zutreffenden Ausdruck echter Wissenschaftlichkeit anhängen, weil er nicht Grundgedanken verabsolutiert, die ohnehin nur für sich einen Teil Wahrheit und Wirklichkeit treffen. Die virtuos beherrschte Fülle methodisch fixierter Einzelheiten befriedigt uns doch auf die Dauer zu wenig, als daß nicht der Wunsch nach größeren Zusammenhängen und einem umfassenderen Glauben verbliebe. Dieses Grundbedürfnis der menschlichen Natur, das stets einem Wertehimmel, also Ideologien zustrebt, wird sich weiterhin geltend machen. Wir werden ihm nur begegnen können, wenn wir uns stets von neuem die geistige Unmöglichkeit jedes ideologischen Klischees vor Augen halten und dagegen Ideen zu setzen versuchen, denen wir überzeugt dienen können und welche die Wahrheit — die stets erstrebte, jedoch nie erreichbare — nicht vergewaltigen.

Bodo Scheurig



Ein Werk der Großchemie ist ohne Forschung nicht denkbar; denn sie ist die Grundlage für die Entwicklung neuer Erzeugungsverfahren. Deshalb haben die FARBERWERKE HOECHST AG. und ihre Tochtergesellschaften in den letzten vier Jahren für Forschungszwecke 211 Millionen DM aufgewendet, davon allein 1955 69 Millionen DM, das sind 5,4% vom Umsatz.

Die Voraussetzungen für unsere Forschungsarbeiten sind nicht zuletzt auf die Tätigkeit der deutschen Universitäten und Hochschulen zurückzuführen, aus deren Hörsälen jetzt wieder gut ausgebildete junge Naturwissenschaftler und Techniker zu uns kommen. Darüber hinaus erkennen wir dankbar die an den Lehrstätten und Instituten betriebene Forschung an, auf der die Praxis aufbaut.

FARBWERKE HOECHST AG. vormals Meister Lucius & Brüning FRANKFURT (M) - HOECHST

Einheit auf Kosten der Stärke

Die verlorenen Söhne aus Nordrhein-Westfalen sind in den Schoß des VDS zurückgekehrt. Im Gegensatz zu dem naheliegenden biblischen Beispiel wurde jedoch die Frage nach der Vergabung nicht gestellt. Der VDS zeigte sich als liebe- und entsagungsvoller Vater. Beim wichtigsten aller Streitpunkte, dem der Finanzen, kam er den heimgekehrten Söhnen in seltener Bereitwilligkeit entgegen.

Fast auf die Hälfte der geplanten Beitragserhöhung wurde der Einheit zu liebe verzichtet. Nicht ganz ohne Eigennutz freilich, da alle Mitglieder, besonders jene, die zu Hause schon Mittel bereit gestellt hatten, nun nach eigenem Ermessen damit verfahren können. Eine stärkere Konzentration des Verbandes durch engeres Einbeziehen der Ämter, wie gesamtdeutsche Studentenfragen, hielt man offensichtlich nicht für nötig, vielleicht sogar für gefährlich. Es hätte neben dem finanziellen Engagement — das AGSF wird bisher fast ganz durch verbandsfremde Mittel unterhalten — auch eine stärkere Machtposition des Vorstandes zur Folge gehabt. Und dieser ist man, seit der Zeit der verunglückten Wehrerkklärung nicht gewogen. Und damit wären wir wieder beim Thema: Politische Erklärungen des Studentenverbandes. Nicht zu bezweifeln ist, daß die Gründe für den Austritt der drei Universitäten Bonn, Köln und Münster logisch und stichhaltig erscheinen. Bei einem AstA-Beitrag von 2,— bis 2,50 DM und der gleichzeitigen Weigerung des Nordrhein-Westfälischen Kultusministeriums eine Erhöhung dieser Gebühren zu genehmigen, entsteht für die örtliche Selbstverwaltung eine schwierige Lage. Aus formal-juristischen Gründen mußte der Austritt vor

Wilde Caritas

In dieser wirtschaftswunderlichen Zeit war einmal ein Pfarrer, den sein zerbombtes Kirchlein so sehr ärgerte, daß er beschloß, einen Weg zu finden, um seine Gemeinde wieder in einem schönen Raum geistlich bewirten zu können. Es ist verständlich, daß dieser Mann der guten Tat zunächst sich auf die Wohltätigkeit seiner Mitmenschen verlieh und so schickte er sich an, quer durch Deutschland eine Sammlung für seine Kirche zu veranstalten. Das lief ganz ausgezeichnet und wäre somit gar nicht erwähnenswert, wenn nicht eines Tages die Behörde dazwischengetreten wäre. Diese Behörde nun machte den eifrigen Kirchenmann darauf aufmerksam, daß zum Sammeln auch eine Genehmigung gehört, um die denn dieser auch sofort nachsuchte, um umgehend den Bescheid zu erhalten, daß man eine Sammlung nicht gestatte. Der Pfarrer besann sich darauf, daß in unserem Lande das Wort Freiheit so groß geschrieben wird, erkannte in seinem Handeln keinen Gesetzesverstoß und sammelte auch ohne Genehmigung, bis er rund 40 000 DM zusammen hatte. Da schritt nun das Gericht ein, brummte dem eifrigen Sammler 100 DM Geldstrafe auf und zog die 40 000 DM, eine halbe Kapelle, schleunigst ein. Dieses Urteil ging durch die Berufungsinstanz bis zum Oberlandesgericht, was an dem Ergebnis wenig änderte, die Geldstrafe wurde erhöht, der einzuziehende Betrag verringert. Es muß dabei sicher angenommen werden, daß die Herren Richter sämtlicher Instanzen honorige Leute sind und dem Gesetz getreu ihren Spruch gefällt haben. Der Versuch aber, eine solche Rechtsprechung zu verstehen, muß bei dem Bestehen solcher Strafgesetze restlos scheitern. Vergebens wird man hier nach einem Rechtsgut, das allein ein Strafgesetz zu schützen hat, suchen. Doch abgesehen von den juristischen Kuriositäten ist die Geschichte ein Symptom für die Situation, in der der Bundesbürger dem Staate gegenüber steht. Gibt es denn kein besseres Betätigungsfeld für ein Regime, als über die rein private Wohltätigkeit der Bürger zu wachen? Nun ja, das Argument der Staatsgefährdung mag hier noch gelten. Doch darf dieses Selbstschutz-Interesse soweit, bis zu solchen Verordnungen, getrieben werden? In gar so einem schlechten Rufe stehen die Kirchen bis heute doch nicht, daß man sie aus Gründen der Staatssicherheit so kontrolliert. Was schützt übrigens den Einzelnen vor solchen Maßnahmen? Ist es demnächst nötig, vom „armen Manne“ an der Haustür sich eine Sammlungserlaubnis zeigen zu lassen, um der Straf-

dem Ende des Haushaltsjahres erklärt werden. Sicher aber wäre es wünschenswert gewesen, vorher mit dem Vorstand zu beraten.

Die Universität Münster aber ließ bei ihrer Erklärung zum Austritt die Katze aus dem Sack. Es wird dort festgestellt: „Wenn auch die Unmöglichkeit der Beitragszahlung der ausschlaggebende Grund . . ., so erklärt die Studentenschaft der Universität Münster darüber hinaus, daß sie den Anspruch des VDS, öffentliche Stellungnahmen zu allgemeinen politischen Fragen im Namen der Deutschen Studentenschaft, ablehnt.“

In der Satzung des VDS steht, daß der „Verband auf überkonfessioneller, überparteilicher und gesamtdeutscher Grundlage arbeitet“. Das ist eine sehr weitgefaßte Formulierung, an der sich im gegebenen Fall die Meinungen entzünden. Dieses notwendige und nach unserer Meinung nützliche Gespräch von Fall zu Fall, kann und soll man auch nicht durch die Aufstellung eines Katalogs über den Begriff des Politischen verhindern. Ein studentischer Verband muß vielmehr in der Lage sein, durch klärende Diskussionen innerhalb seiner Mitgliederversammlung eine gemeinsame Linie zu finden. Dabei sollten allerdings auch parteipolitische Manipulationen, die auch im Landesverband Nordrhein-Westfalen eine gewisse Rolle spielen, hintenan gestellt werden. Daher unser Vorschlag: Die Mitglieder mögen sich einmal der Mühe unterziehen, offen und ausführlich über diesen Fragenkreis zu sprechen, damit die wiedergewonnene Einheit nicht mit der Stärke und Wirksamkeit der Verbandsarbeit auf anderer Ebene erkaufte wird.

Peter Thomas

verfolgung vielleicht wegen Unterstützung nicht erlaubter Sammlungen zu entgehen?

Man sollte also etwas vorsichtiger sein mit dem Panier der Freiheit und der Demokratie, ein Grund, sie zu bessern. Weiter muß man sich ein bißchen vor der Wohlfahrt des Staates hüten. Die „Hybris“ ist gerade hier nicht weit, und Tyrannen im Guten bleiben immer noch Tyrannen.

H. Muth

Werbekosten

Abgaben zu entrichten, ist ein zwar unbeliebtes, aber notwendiges Geschäft. Nicht nur, weil Zwang dahinter steht, sondern auch im eigenen Interesse, zur Pflege des Kredits: Wer Steuern nicht bezahlt, wird auf die Dauer auch in Handelskreisen kaum Vertrauen genießen.

So betrachtet kann jenes Gesetz, das jüngst unseren Großbanken besondere Steuer- und Gebührennachlässe für den Fall der Rekonzentration bescherte, den für die public relations der betroffenen Institute verantwortlichen Werbeführer kaum willkommen sein. Jeder handfeste Konzern, jeder Betrieb, der sich mit einem anderen zusammenfügt, greift in die Tasche und zahlt die damit verbundenen Kosten. Das ist man seinem Ruf schuldig. (Wenn es sich übrigens nicht auszahlen würde, würde man ja auch nicht fusionieren!) Aber die Großbanken? Sollten sie nicht zahlen können?

Bleibt die andere Möglichkeit: Die Banken haben nicht zahlen wollen. Damit aber wird es erst interessant. Denn gemeiniglich hat der mangelnde Wille noch keinem normalen Steuerpflichtigen zum Erlaß verholfen. Gewiß, die Banken wurden seinerzeit gewaltsam zerstückt. Aber das wurden Unternehmen anderer Branchen auch, ohne heute Privilegien daraus herzuleiten.

Es bleibt der fatale Verdacht, daß es sich beim Zustandekommen jenes Vergünstigungsgesetzes um politisch geprägte Wirtschaftsmacht handelt. Dann wären die besonderen Gebührennachlässe für Großbanken allerdings kein wirtschaftliches Krisenzeichen. Ein positives Zeichen sind sie gleichwohl nicht. Es sei denn, man würde die Perversion staatsbürgerlicher Gesinnung zur Norm erheben.

Udo Kollatz

Andere Länder - gleiche Sorgen

USA. Zur Beteiligung an einem neuen System von Stipendien-Patenschaften im Gesamtwert von \$ 20 000 wollen die Studenten der Stanford-Universität von Palo Alto (Kalifornien) 60 Geschäftsleute der Umgebung gewinnen. Jedes Stipendium wird den Namen der Stiftungsfirma tragen, und die Stipendiaten sind verpflichtet, mit den Stiftern in persönlichem Kontakt zu bleiben. Dadurch wird jedem der Geschäftsleute die Möglichkeit gegeben, sich selbst davon zu überzeugen, welche Erfolge durch seine Schenkung erzielt wurden.

Für den Austausch von Wissenschaftlern, Studenten und Künstlern zwischen Polen und den USA sowie anderen westlichen Ländern hat die Ford-Stiftung 500 000 Dollar zur Verfügung gestellt. Die Summe wird unter Universitäten und anderen Institutionen Polens und der Austauschländer aufgeteilt.

Dänemark. In einem Brief an die sowjetische Studentenorganisation erklärte der Nationalverband der dänischen Studenten, daß er und viele andere nationale Studentenverbände vor allem durch die Ereignisse in Ungarn in der Auffassung bestärkt worden seien, die sowjetischen Studentenvertreter seien nicht repräsentativ für die allgemeine Studentenschaft. Mit Leuten, die das Recht der Studenten auf freie Meinungsäußerung mißachten, könne der DSF nicht zusammenarbeiten. Dieses Schreiben setzt vorläufig den Schlußstrich unter eine längere Korrespondenz, die zwischen dem dänischen Nationalverband und der russischen Studentenvertretung über den Austausch dänischer und sowjetischer Studenten geführt wurde.

Frankreich. Mit der Spaltung des Verbandes schloß der Ende April in Paris abgehaltene 46. Jahreskongreß des nationalen Studentenverbandes Frankreichs (UNEF), der in diesem Jahr auf sein fünfzigjähriges Bestehen zurückblickt. Schon lange vor diesem Kongreß bestanden zwei Tendenzen innerhalb des Verbandes, von denen die eine der Meinung war, daß die UNEF zur Algerienfrage Stellung nehmen müsse, während die andere wünschte, daß der Nationalverband sich ausschließlich mit studentischen Problemen befasse. Unter der Studentenschaft hat die Nachricht von der Spaltung allgemeines Mißbehagen hervorgerufen, weil man fürchtet, daß dadurch die Durchsetzung der sozialen Forderungen erschwert werden könne.

Norwegen. Die zeitliche Inanspruchnahme der Studenten, die unbezahlte Vertrauensposten in den Studentenverbänden bekleiden, ist so groß, daß jetzt Erwägungen darüber angestellt werden, ob man ihnen nicht eine Entlohnung für ihre Arbeitsleistung geben soll. Meistens können sie ihren Studien während ihres Einsatzes für die studentischen Verbände nur unvollkommen oder auch überhaupt nicht nachkommen. Es sei den norwegischen Studenten nicht zu verdenken, schreibt dazu die Studentenzeitung „Universitas“, daß sie sich weigerten, Vertrauensposten anzunehmen, weil sie finanziell nicht in der Lage seien, eine Verlängerung ihres Studiums in Kauf zu nehmen. Wenn man sich die Liste der Personen ansehe, die in den letzten Jahren solche Ämter innegehabt hätten, werde man die Feststellung treffen können, daß sie meistens Kinder wohlhabender Eltern seien.



In unmittelbarer Nähe der Universität wurde vom Deutschen Gewerkschaftsbund am 4. Mai 1957 die „Akademie der Arbeit“ eingeweiht. In ihr werden die Funktionäre des DGB Gelegenheit haben, in einem einjährigen Lehrgang ihr Wissen in Ökonomie, Staatslehre und politischen Wissenschaften zu fundieren, um die immer komplizierter werdenden gesellschaftlichen Aufgaben besser erfüllen zu können.

An die Adresse der Soldatenzeitung

Erklärung des 3. Presseseminars der westdeutschen Studentendrucke

Die Vertreter der Studentendrucke der Bundesrepublik und Westberlins haben mit Besorgnis den in der ersten Märzangabe der Deutschen Soldatenzeitung erschienenen Artikel „Hetze in der akademischen Presse, Narrenfreiheit für Zersetzer“ zur Kenntnis genommen.

Unabhängig von der Einstellung der einzelnen Vertreter zur Wehrpflicht erklären sie ihre absolute Loyalität gegenüber der freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik und ihrer parlamentarisch zustandekommenden Institutionen.

Sie verwahren sich mit Entschiedenheit gegen die Ausführungen und den Tenor des Artikels, der in den Sätzen gipfelt: „... daß es sich nicht um Einzelfälle handeln kann, wird daraus ersichtlich, daß in allen westdeutschen Studentendrucke der gleiche zersetzende Geist zu herrschen scheint. . . Für uns aber erhebt sich die Frage, wie lange die deutsche Bundesrepublik und die deutsche Wirtschaft eine gegen sie gerichtete Zersetzungsarbeit zu unterstützen bereit ist.“

Darüber hinaus sieht das dritte Presseseminar in dem Versuch gegen den Gebrauch der Pressefreiheit in der Studentendrucke Stimmung zu machen, wie auch in Ton und Inhalt zahlreicher anderer Artikel der Deutschen Soldatenzeitung eine Gefährdung der demokratischen Struktur.

Tschechoslowakei. Auf die Auswirkungen, die der XX. Parteitag der KPdSU auf die ideologische Haltung der tschechoslowakischen Studenten gehabt hat, ging die Prager Studentenzeitung „Karlowa Universita“ ein. Besonders an den geisteswissenschaftlichen Fakultäten seien heftige Diskussionen über Sozialismus, Demokratie, Humanismus usw. entbrannt, und die Studenten hätten allgemeine Befriedigung über die Verurteilung des Dogmatismus gezeigt. Es gelte nun, schreibt die Studentenzeitung, eine Stellung zwischen dem doktrinären Marxismus—Leninismus und der bourgeoisen Weltanschauung zu finden. Man müsse aber vermeiden, ins andere Extrem zu fallen und ausschließlich „westliches“ Gedankengut zu propagieren.

Indien. Um den wachsenden Bedarf an technischem Personal für die industrielle Entwicklung des Landes im zweiten Fünfjahr-Plan zu decken, beschloß der All India Council for Technical Education die Gründung von fünf neuen Ingenieur-Colleges, 22 technischen Lehranstalten und 61 Techniker-Schulen. Außerdem sollen drei technologische Hochschulen, je eine für die nördlichen, westlichen und südlichen Gebiete des Landes, gegründet werden. Man rechnet damit, daß durch diese Maßnahmen ab 1960/61 jährlich etwa 7500 Ingenieure und 15 000 Techniker herangebildet werden.

10 JETZT GEHÖRT IHNEN DIE WELT DES JAZZ AUF UNSERER LANGSPIELPLATTE

weltberühmte **JAZZ CLASSICS**

darunter: Jelly Roll Blues, Honeysuckle Rose, Basin Street Blues etc.

Mit folgenden Stars:

COLEMAN HAWKINS
Art Tatum
EDDIE CONDON
SIDNEY DECRET
Erroll Garner
DIZZY GILLESPIE
TEBBY WILSON
PEE WEE RUSSELL
JACK TEAGARDEN
Charlie Parker

MITWIRKEND: Rex Stewart, Red Norvo, Flip Phillips, Matt Hinton, Bill Harris, Chuck Wayne, Buck Clayton, Sid Catlett, Howard McGhee, Barney Kessel, Jo Jones, Bobby Hockett, etc.

Lang Spiel 8⁹⁵
33 U/min.

Sie erhalten sie KOSTENLOS zur Hörprobe

Durch dieses einzigartige Angebot wollen wir Sie in die faszinierende Welt des wahren Jazz einführen und Ihnen zugleich den Beweis der künstlerischen und technischen Vollendung unserer Langspielplatten bringen. Wir schicken Ihnen die Langspielplatte mit allen 10 Jazz Classics umsonst ins Haus und nur dann, wenn Sie von dieser tiefgefühlten Musik wirklich begeistert sind, zahlen Sie nur DM 8.95 plus 0.75 Versandspesen; andernfalls schicken Sie uns die Sendung einfach binnen 3 Tagen zurück und schulden uns keinen Pfennig.

Interpretiert von den neben genannten größten Jazzkünstlern offenbaren sie Ihnen jede Aera und jeden Stil, selbst die ganze Geschichte des Jazz. Hier ist wirklich die erträumte Möglichkeit, Ihre Jazz-Plattensammlung anzulegen. Wir senden Ihnen gerne kostenlos die Liste der schon erschienenen Jazztone Platten. Bitte besuchen Sie uns in:

Frankfurt am Main, Grüneburgweg 9 · Berlin W 15, Kurfürstendamm 32, Eingang Grolmanstr. · München, Schwanthalerstr. 5 · Düsseldorf, Oststr. 12 · Hamburg 1, City-Hof-Passage, Steinstr. 1-3 · Essen, Gemarkenstr. 7 · Bremen, Knochenhauerstr. 39/40 · Dortmund, Viktoriastr. 12 · Hannover, Breite Str. 2 · Stuttgart, Esslinger Str. 29 · Köln, Kolumbastr. 8

Damit Sie unser Sonderangebot recht schnell besitzen, senden Sie bitte den Gutschein noch heute an Jazztone Society G. m. b. H., Frankfurt am Main, Grüneburgweg 9

Plus! Mit den 10 Jazz-Meisterwerken erhalten Sie die reich illustrierte Abhandlung „Musik - Jazz genannt“ eine fesselnde Übersicht dieser so oft mißverständlichen Musik und ihrer Interpretation

HÖRPROBEN-GUTSCHEIN

Ich bestelle hiermit „10 all time JAZZ CLASSICS“ zum niedrigen Einführungspreis von nur DM 8.95 zuzugl. Versandspesen. Bei Nichtgefallen gebe ich die Sendung innerhalb 3 Tagen zurück.

Name: _____
Ort: _____
Straße: _____

Die Narrenfreiheit der Studentenzeitungen

Seit fünf Jahren erscheint in jedem Semestermonat der DISKUS — das sind bisher 50 Nummern DISKUS. Das ist sicher kein Grund das Maß für die eigene Bedeutung zu verlieren, aber doch immerhin willkommener Anlaß, über bestimmte Aspekte von Sinn und Aufgabe der Studentenzeitungen nachzudenken.

Ein junger Mann, der Jurisprudenz im ersten Semester und, fern von daheim, zum ersten Male mit den härteren Seiten des studentischen Daseins in Berührung gekommen, meinte: „Dieser Staat, in dem wir leben, ist ein Staat der alten Männer, geschaffen von Pensions- und Rentenberechtigten für Pensions- und Rentenberechtigte.“ Der so enttäuschte junge Mann erläuterte seine Ansicht dann noch etwas und fügte hinzu, daß der Staat es beispielsweise ablehne, den Studenten feste, gehaltsähnliche Stipendien zu zahlen, das könne er verstehen und dagegen habe er auch nichts einzuwenden.

Aber um solche Dinge gehe es ihm auch gar nicht. Er habe vielmehr den Eindruck gewonnen, daß den verantwortlichen Männern unseres Staates überhaupt jegliches Einstellungsvermögen gegenüber der „modernen“ Jugend fehle und daß sich das Interesse dieser Männer an der Jugend ausschließlich auf ihre Eigenschaft als Wählerwachstumsreservoir beschränke. Deshalb halte man ab und zu eine jugendfreundliche Rede, sende ein Glückwunschtelegramm zur Einweihung einer neuen Jugendherberge oder halte vor einer Jugendgruppe einen Vortrag über die europäische Einigung.

Durch seine scharfe Kritik hatte er zwangsläufig eine bestimmte Frage herausgefordert, die nun auch prompt von einem älteren Studenten kam: Was er denn nun unternommen habe oder zu unternehmen gedenke, um diesen mißlichen Zustand beseitigen zu helfen. Der junge Mann zögerte ein wenig und meinte dann, er habe sich erst einmal in den politischen Hochschulgruppen umgesehen. Aber alles, was er dort vorgefunden habe, habe ihm nicht sehr gefallen. Es seien dort stets sehr eigenartige Leute versammelt. Sonderbarerweise seien sie stets in allen Fragen fast der gleichen Meinung. Um es kurz zu sagen: Man denke und rede dort im allgemeinen in feststehenden und ausgefahrenen Gleisen und bediene sich dabei schematisch übereinstimmender Floskeln.

Im einzelnen hatte er zu bemängeln, in den christlichen Hochschulgruppen werde zu christlich-demokratisch, in den sozialistischen Gruppen zu sozialdemokratisch gedacht und in den liberalen Gruppen finde man im allgemeinen überhaupt alles falsch und schlecht und nenne das liberal. Außerdem gebe es dann noch die vielen anderen studentischen Vereinigungen, in denen man in bezug auf die Politik meist gar nichts denke.

Nun, das war gewiß das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Aber immerhin: was da zum Ausdruck gekommen war, waren die ersten Eindrücke eines sehr impulsiven und intelligenten Achtzehnjährigen. Deshalb regten sie zu einer lebhaften Aussprache an.

Soviel dürfte ja feststehen: Eine Jugend, die darüber klagt, daß der Staat, in dem sie lebt, zu restaurative, verstaubte und altmodische Züge aufweise, ist zum guten Teile selbst schuld. In all den Jahren nach dem Kriege hat sich der Eindruck gefestigt, daß die jungen Leute in ihrer Mehrzahl nicht nach der Verantwortung drängen, daß es sie nicht reizt, ihre Vorstellungen von Politik zu verwirklichen, daß sie es vorziehen, passiv am Staatsgeschehen teilzunehmen.

Über die Ursachen dieser Erscheinung sind lange Abhandlungen geschrieben worden. Der zunehmende Wohlstand ist verantwortlich gemacht worden, die Vermassung, das technische Zeitalter und andere Dinge mehr. Die Politik bleibt deshalb, bei den Alten wie bei den Jungen, Sache verhältnismäßig kleiner, ehrgeiziger Gruppen, deren Zusammensetzung und Betriebsamkeit denjenigen abstoßen muß, der ohne Vorurteile, ohne Ambitionen, nur aus bloßem Sachinteresse und weil er sich bei seinem staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtsein gepackt fühlt, zu solch einer Gruppe stößt.

Aber was kann man dagegen tun? Wie kann man den berühm-

ten Herrn Jedermann dazu bringen, sich aktiv an der Politik zu beteiligen? Wie kann man dem Herrn Jedermann, dem keine der Parteien so richtig paßt, und der deshalb am liebsten die „Partei der Parteilosen“ wählen würde, dazu verhelfen, laut und deutlich seine Meinung zu sagen?

Vielleicht durch die Presse? Es gibt gewisse Dinge, die trotz Pressefreiheit, kein Chefredakteur anzufassen wagt, die tabu sind, weil dem Herausgeber aus der Veröffentlichung schwerwiegende Nachteile erwachsen würden.

Noch ein zweiter Einwand wird geltend gemacht: Schreiben unsere ernstzunehmenden Zeitungen nicht fast alle in einem geradezu unerträglich onkelhaften und belehrenden, manchmal herablassenden Ton, so daß Herr Jedermann auch hier den Eindruck bekommen muß, die Politik sei Sache einer bestimmten Schicht von Leuten, zu denen er nicht gehöre? Es muß den Zeitungsleuten doch zu denken geben, daß nur etwa 6 Prozent ihrer Leser Lust und Freude empfinden, den täglich gebotenen Leitartikel zu lesen!

Das Problem lautet also letzten Endes: Wie entreißt man die Politik der Exklusivität? Wie macht man ihre Probleme zu den Sorgen einer breiteren Schicht von Menschen, als das gegenwärtig der Fall ist?

Zündstoff unter dem Staatssäckel

Die Hochschulreform, speziell die Studienförderung, beschäftigt zuständige Gremien und auch die Presse schon lange, daß es keine Freude mehr ist, sich einmal mehr diesem Thema zu widmen. Wenn wir heute noch einmal zu diesem Thema schreiben, dann deswegen, weil es uns wichtig erscheint den ersten, wenn auch bescheidenen Erfolg der Förderungsbemühungen kritisch zu würdigen.

Auf der neunten ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften, die vom 29. April bis 5. Mai in Euskirchen stattfand, wurde darüber ausführlich diskutiert. Nach der vorangegangenen Streikdrohung des VDS schien so mancher AStA-Vorsitzende von vorn herein keine große Lust zu diesem Gespräch gehabt zu haben. Denn das Thema und die Problematik der Studienförderung mit ihren vielfältigen Möglichkeiten sind der Masse der Studenten nicht in gewünschtem Maße

wenn müde-dann HALLOwach

„Überall in Apotheken und Drogerien ab DM 1,-“

geläufig. Sie sind, wie so manches, ein Anliegen weniger Akteure geblieben. Darum ist es nicht verwunderlich, daß ein recht beachtlicher Teil unserer Kommilitonen nicht einmal weiß, was der Verband eigentlich fordert. Der Inhalt des Honneffer Förderungsmodells, von der Studentenpresse immer wieder veröffentlicht, ist bei der studentischen Leserschaft nicht angekommen. Das heißt aber keineswegs, daß die Studenten auf die Förderung keinen Wert legen. Das Geld möchte man zwar haben, dafür aber nichts riskieren, nicht einmal ein offenes Wort.

Zum anderen haben sich viele Studenten mit der crux der Werkarbeit bereits abgefunden; sogar der frisch von der Schule kommende Mulus schaut sich nach seiner Ankunft am Hochschulort in der Regel zuerst nach geeigneten Verdienstmöglichkeiten um. Dieser mißliche Tatbestand soll durch die Studienförderung ausgeschaltet werden. Der Student soll sich der Wissenschaft widmen können. Sein Studium soll kein materieller Existenzkampf sondern ein geistiger sein. Daran sollte nicht mehr herumgedeutelt werden, ungeachtet möglicher anderer Auffassungen unter den Studenten. Viele AStA-Vorsitzende, die früher von der Streikdrohung des VDS begeistert gewesen waren, kamen, wahrlich in der stillen Hoffnung zur Mitgliederversammlung, wenigstens

Es gibt dafür einen sehr interessanten und bezeichnenden Testfall: den des Warschauer Studentenblattes „Po Prostu“. Der beispiellose Erfolg dieser Studentenzeitung, auf deren Konto zu einem wesentlichen Teil die polnische Oktober-Bewegung kommt, lag doch nicht allein darin begründet, daß sie etwas wahrheitsgetreuer als andere Zeitungen schrieb. Nein, er resultierte vielmehr aus der Tatsache, daß diese Zeitung die ganze Wahrheit schrieb und daraus, wie sie diese schrieb. Ihre Redakteure sprachen haargenau und ohne Rücksicht das aus, was sie selbst dachten und das, was das Volk dachte. Damit sprengte sie die Exklusivität der Politiker unter sich, sprengte den Kreislauf des Rücksichtnehmens und Rücksichtnehmens, den unsere Zeitungen so gern pflegen und der die Politik in den Augen Herrn Jedermanns in jene unerreichbaren Sphären des Unverbindlich-Hohlen und Herablassenden entrückt.

Genau an dieser Stelle liegen Sinn und Aufgabe der Studentenblätter. In ihnen sollte man die Probleme ohne Rücksicht anpacken können. Die Tageszeitungen nennen das dann gern etwas von oben herab die „Narrenfreiheit der Studentenzeitungen“. Diese Narrenfreiheit sollte ängstlich behütet und beschützt werden, denn sie bedeutet mehr als Freiheit! „Po Prostu“ hat gezeigt, wozu sie gut sein kann. Allein diese Narrenfreiheit ist geeignet, einem jungen Studenten zu helfen, der die deutsche Politik von ihrer Vergreisung befreien möchte.

Bgt.

ein kleines Entgegenkommen des Bundes vorzufinden, um nicht auf ihren ehemaligen radikalen Forderungen bestehen zu müssen. Das wirkte sich nicht zum Nachteil aus, denn damit war die Voraussetzung für erfolgversprechendere Gespräche mit Bonner Stellen gegeben. Ein Streik wäre, nach unserer Meinung ein zu großes Risiko gewesen, weil ja, wie vorher ausgeführt, die Werkarbeit für den Studenten bereits so selbstverständlich geworden ist, daß er deswegen nicht auf die Straße geht.

Die Euskirchener VDS-Tagung hat viel Klarheit gebracht. Erstmals wurde bekannt, daß der Bund keineswegs daran denkt, die Ingenieurschulen und andere nicht wissenschaftliche Hochschulen (das sind Hochschulen, die nicht in der Rektorenkonferenz zusammengeschlossen sind) in die Förderung einzubeziehen. Hier sind ausschließlich die Länder kompetent. Die Aufgaben des Bundes ergeben sich aus Artikel 73, Ziffer 13 des Grundgesetzes. Hier ist von einer Förderung der „wissenschaftlichen Forschung“ durch den Bund die Rede. Bei extensivster Auslegung dieses Artikels könnte die zentrale Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch den Bund verfassungsmäßig gerechtfertigt werden. Hat aber der Staat nicht die Pflicht überall dort helfend einzugreifen, wo ein akuter Notstand herrscht?

Werden die Studenten der Ingenieurschulen vom Bunde nicht bedacht, würden ungefähr 85 Mill. für die Durchführung des Honneffer Modells ausreichen. Nach der Meinung des Bundesinnenministeriums ist in den Universitäten und Hochschulen bislang zu wenig geschehen, um die Abwicklung des Honneffer Modells (Anfangs- und Hauptförderung) innerhalb der nächsten 12 Monate zu garantieren. Da das Modell im wesentlichen eine Begabtenförderung vorsieht und nicht als Förderungsabonnement für jeden eingeschriebenen Studenten betrachtet werden kann, sind Universitätsausschüsse nötig, die die Begabtenauslese vornehmen. Es gibt aber Hochschulen, die bis heute weder Förderungsausschüsse noch Förderungsassistenten haben. Daher erscheint es, nach der Meinung des Bundesinnenministeriums, sinnvoll, zunächst mit der Anfangsförderung und erst im Wintersemester 1957/58 mit dem ersten Semester der Hauptförderung zu beginnen. Somit wäre für dieses Haushaltsjahr nur ungefähr 23 Mill. DM nötig.

Mit diesen Argumenten gab sich die Mehrzahl der anwesenden VDS-Mitglieder zufrieden, sei es, daß man froh war, überhaupt etwas zu bekommen oder sei es, daß man damit einigermaßen elegant dem so forsch angedrohten Streik entgehen konnte. Eines liegt jedoch auf der Hand: Falls die Studienförderung nach dem Honneffer Modell in diesem Jahr in der dargelegten Weise anläuft, was nach dem Stand der Dinge kaum noch zu bezweifeln ist, ergibt sich für den Bund die Verpflichtung, in die kommenden Budgets die Mittel einzuplanen, die zur Weiterführung des von Kultusministerkonferenz, Rektorenkonferenz, Bundesinnenministerium, dem Studentenwerk und den Studenten in seltener Einmütigkeit beschlossenen Weges nötig sind. Es wäre wider die Vernunft, wollte man es bei einer Förderung der ersten drei oder vier Semester bewenden lassen. Klar ist, daß der Entschluß der Rektorenkonferenz, die bereitgestellten 30 Millionen DM (die Summe der Förderungs- und Darlehensmittel) für die Anfangsförderung zu benutzen, namentlich für ältere Semester eine große Härte bedeutet. Diese weniger bevorzugten Studenten sind weiterhin auf, wenn auch umfangreichere, Landesmittel angewiesen. Im Interesse der Sicherung des gesamten Projekts erscheint die jetzt getroffene Regelung jedoch als sinnvoll. Die wahrscheinliche Verstimmung der älteren Kommilitonen legt aber sicherlich noch einigen Zündstoff unter den Staatssäckel des Finanzministers der kommenden Bundesregierung.

Hanns Schreiner

Studierende

erhalten die
FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG
als Abholabonnten zum monatlichen
Sonderbezugspreis von DM 2,50

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Entgegennahme der Bestellung und Alleinauslieferung
für Studenten durch:

PETER NAACHER

Buchhandlung und Antiquariat für Universitätswissenschaften
FRANKFURT AM MAIN, An der Bockenheimer Warte

PRIESTER-SEMINAR ST. GEORGEN
FRANKFURT AM MAIN-OBERRAD

Entschließung der 9. ordentl. Mitgliederversammlung des VDS

„Von dem Willen bestimmt, den in Mitteldeutschland inhaftierten Kommilitonen zu helfen, bittet der VDS die Bundesregierung sowie die Länderregierungen, die notwendigen Schritte einzuleiten, im Rahmen einer Amnestie oder durch Einzelgnadenerweise, Studenten, die aus politischen Motiven Straftaten begangen haben und in der Bundesrepublik deswegen in Haft sind, freizulassen und Verfahren, die gegen Studenten aus gleichen Gründen schweben, einzustellen.“

In der Bundesrepublik befinden sich, nach den Ermittlungen des VDS, 4 Studenten aus den genannten Gründen in Haft, gegen 10 weitere schwebt ein Verfahren.

Einem Teil der Auflage liegt ein Prospekt des Verlages W. Kohlhammer, Stuttgart, bei, auf den wir unsere Leser besonders hinweisen.

Hochschulnachrichten

Rechtswissenschaftliche Fakultät

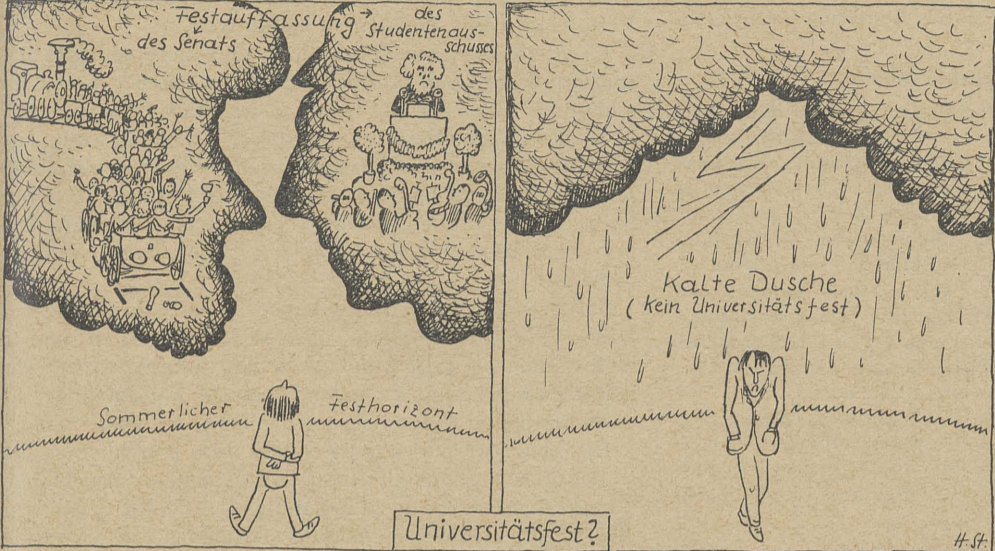
Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Schlochauer wurde zum Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht gewählt.
Herr Prof. Dr. Walter Mallmann (seither Universität Tübingen) wurde zum ordentlichen Professor ernannt unter Berufung auf den ordentlichen Lehrstuhl für Öffentliches Recht.

Medizinische Fakultät

Herr Prof. Dr. Ferdinand Hoff nahm an einem ärztlichen Konsilium in Addis Abeba teil.
Herr Professor Dr. Dr. Oscar Gans wurde zum Ehrenmitglied der „Iranian Society of Dermatology and Venerology“, Teheran, ernannt.
Herr Prof. Gans nahm im April an einer Sitzung der „Royal Society of Medicine“ in England teil, um persönlich die Urkunde über die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft entgegenzunehmen. An der Tagung der Section of Dermatology nahm Herr Prof. Gans ebenfalls teil.
Herr Prof. Dr. Peter Holtz erhielt einen Ruf an die Universität Köln.
Herr Prof. Dr. Heinz von Diringshofen, der als außerplanmäßiger Professor für Innere Medizin tätig ist, nahm am dem Kongreß für Luftfahrtmedizin in Denver/Colorado teil. Er erhielt außerdem einen Lehrauftrag für Luftfahrtmedizin.
Herr Priv. Doz. Dr. Karl Radenbach wurde zum Fellow des American College of Chest Physicians ernannt.
Herr Priv. Doz. Dr. Otto Hövels hat sich an die Universität Erlangen umhabilitiert.
Herr Dr. Oskar Grüner erhielt die venia legendi für das Fach „Gerichtliche und soziale Medizin“.

Philosophische Fakultät

Herr Dr. Heinz Kröll erhielt einen Lehrauftrag für „Romanische Linguistik“.



Wenn zwei sich streiten, leidet der dritte

Herr Prof. Dr. Theodor Adorno wurde zum ordentlichen Professor ernannt.
Mit der Vertretung eines ordentlichen Lehrstuhls wurden beauftragt:
Herr Prof. Alfred Rammelmeyer, Universität Marburg, für „Statistik“.
Herr Prof. Dr. Helmuth Scheel, Universität Mainz, für „Orientalistik“.
Herr Prof. Dr. Gerhard Bersu wurde durch Schreiben des Generaldirektors der UNESCO zum Mitglied des Internationalen Komitees für Monumente, historische Denkmäler und archäologische Ausgrabungen ernannt und hat an der letzten Sitzung dieses Komitees in Paris teilgenommen.
Herr Priv. Doz. Dr. Julius Schaaf wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.
Herr Karl Heinz Haag erhielt die venia legendi für „Philosophie“.
Frau Dr. Isabel McCourt wurde zur Lektorin für Englische Sprache ernannt.
Herr Prof. Dr. Friedrich Hahn erhielt einen Lehrauftrag für „Religionspädagogik“.

Naturwissenschaftliche Fakultät

Herr Prof. Dr. Peter Holtz wurde zum Vorsitzenden der Deutschen Pharmakologischen Gesellschaft und der im Juni 1957 stattfindenden Pharmakologentagung gewählt.
Die venia legendi wurde erteilt an: Herrn Dr. Rudolf K. Zahn für „Physiologische Chemie und Physiologie“, Herrn Dr. Karl Luff für „Gerichtliche und soziale Medizin“, Herrn Dr. Rolf Schneider für „Anatomie“.
Herr Prof. Dr. Willy Hartner hielt Vorträge an den Universitäten London, Oxford und Cambridge.
Herr Dr. August Ried erhielt einen Lehrauftrag für „Botanik“.
Herr Dr. Bernhard Grizek, Direktor des Zoologischen Gartens, erhielt einen Lehrauftrag für „Tiergärtnerei und Tierschutz“.
Herr Dr. Günter Rosenstock erhielt einen Lehrauftrag für „Botanik“.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Herr Prof. Dr. Arnold Bergsträßer, Freiburg, wurde mit der Abhaltung einer Vorlesung aus dem Gebiet der politischen Wissenschaft beauftragt.
Herr Prof. Dr. Karl Hagenmüller erhielt einen Ruf an die Universität des Saarlandes.
Herr Prof. Dr. Karl Abraham, seither Wirtschaftshochschule Mannheim, wurde zum ordentlichen Professor ernannt unter gleichzeitiger Ernennung zum Direktor des Wirtschaftspädagogischen Seminars.
Herr Prof. Dr. Otto Veit wurde zum ordentlichen Professor ernannt unter Berufung auf den ordentlichen Lehrstuhl für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Währungs- und Bankpolitik.
Zum ordentlichen Professor (persönlicher Ordinarius) wurden ernannt:
Herr Prof. Dr. Ernst Fraenkel und
Herr Prof. Dr. Hans Achinger.
Der frühere Ordinarius unserer Universität Herr Botschafter Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer wurde zum Honorarprofessor ernannt.
Herr Priv. Doz. Paul Riebel erhielt einen Ruf an die Universität Köln.
Herr Prof. Dr. Ludwig Neundörfer wurde als einziges Mitglied der Bundesrepublik Deutschland in eine Studiengruppe von 5 Wissenschaftlern beim Generalsekretariat des Europarates berufen. Aufgabe dieser internationalen Studiengruppe soll es sein, der beratenden Versammlung des Europarates Unterlagen und Vorschläge zu unterbreiten über die Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den wenig entwickelten Gebieten der Mitgliedstaaten des Europarates. Außerdem wurde er in die Fachkommission V für wirtschaftliche, finanzielle und soziale Probleme der Deutschen Atomkommission berufen und zum 3. Male Vor-

sitzender der Arbeitsgemeinschaft der sozialwissenschaftlichen Institute.

Herr Dipl.-Kfm. Dr. Otfrid Fischer erhielt einen Lehrauftrag für „Buchhaltung und Bilanz für Juristen“.
Herr Dipl.-Volkswirt Dr. Peter J. Deneffe, Abteilungsleiter im Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, erhielt einen Lehrauftrag für das Gebiet „Aktuelle Fragen der Wirtschaftsstatistik“.

Katholische Studentengemeinde

Gottesdienste

Sonntags, 8.30 Uhr, Akademischer Gottesdienst in der Kapelle des Studentenhauses.
Dienstags, 7.30 Uhr, Gemeinschaftsmesse in der Kapelle des Studentenhauses.
Donnerstags, 19.15 Uhr, Abendmesse in der Kapelle des Studentenhauses.
Freitags, 7 Uhr, Gemeinschaftsmesse in der Kapelle des Studentenhauses.
Freitags, 8.15 Uhr, Missa für Mediziner in der Rektorskapelle des Städt. Krankenhauses, Ludwig-Rehn-Straße 7.

Abendveranstaltungen

Montag, 27. 5., 19 bis 21 Uhr, Studentische Glaubensschule im Großen Klubraum des Studentenhauses.
Mittwoch, 29. 5., 20 Uhr, Zusammensein mit ausländischen Studenten im Kleinen Klubraum des Studentenhauses „Das deutsche Volkslied“
Freitag, 31. 5., 20 Uhr, Offener Abend des Studentenfarrers im Großen Klubraum des Studentenhauses „Asiens neuer Weg“. P. Gypkens, Frankfurt/M.
Montag, 3. 6., 20 Uhr, Öffentlicher Vortrag in der Aula der Universität „Wo stehen die Eliten heute?“ H. Mons, Maurer, Wien (angefragt)
Mittwoch, 5. 6., 20 Uhr, Mediziner-Kreis im Kleinen Klubraum des Studentenhauses „Ärztliche Eheberatung (Fragen der Eheschließung)“

Sonderveranstaltung

Christi Himmelfahrt, Donnerstag, den 30. 5., Gemeinschaftstag der KSG. Abfahrt nach Hohe- mark im Anschluß an den Akademischen Gottesdienst. Tauschwanderung nach Königstein. Abendessen und Tanz im Park- hotel Bender.

Evangelische Studentengemeinde

Gottesdienste

Jeden Sonntag, 10 Uhr, Kapelle des Studentenhauses.

Hochschulabende

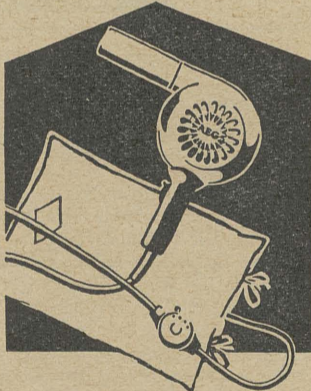
Mittwoch, 29. 5., 19.15 Uhr, Kapelle des Studentenhauses: Studentenfarrer Dr. W. Böhme: „Das dämonische in der Geschichte“ (1. Mose 5 und 6)
Mittwoch, 5. 6., 19.15 Uhr, Kapelle des Studentenhauses: Studentenfarrer Dr. W. Böhme: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht“ (1. Mose 7 und 8)
Mittwoch, 19. 6., 19.15 Uhr, Hörsaal „H“ der Universität: Prof. Dr. Hans Rudolf Müller-Schwefe, Hamburg: „Ethik des Atomzeit- alters“.

Sonstige Veranstaltungen

Montag, 27. 5., 19.15 Uhr, Kleiner Klubraum des Studentenhauses: Offener Abend des Studentenfarrers.
Donnerstag, 30. 5., (Himmelfahrt) Studienfahrt in die Umgebung.
Dienstag, 4. 6., 20 Uhr, Großer Klubraum des Studentenhauses: Für Ehemalige Abiturienten und Studenten der DDR: Diskussion über Bert Brecht. (Einführung: Prof. Dr. Kunz)
Donnerstag, 6. 6., 19.15 Uhr, Senckenberganlage 35: Medizinerkreis.
Montag, 17. 6., (Tag der deutschen Einheit): Studienfahrt mit ehemaligen Studenten der DDR.

Selbstverwaltung

Den Bemühungen des Landesverbandes Hessen um Senkung der Sportbeiträge ist ein erster Erfolg beschieden worden. Wie Frau Ministerialrat Dr. von Bila in einem Schreiben mitteilt, besteht die Aussicht, die Kosten für den freiwilligen Sport vom Haushaltsjahr 1958 ab, auf den Landeshaushalt zu



Zwei Elektrogeräte, die in keinem Hause fehlen sollten:

der AEG-Haartrockner, der unentbehrlich zur Pflege Ihres Haares, aber genau so praktisch zum Trocknen leichter Wäschestücke ist, und das beliebte AEG-Heizkissen, mit dem Sie den Samariter unter den Elektrogeräten im Hause haben. Das sind wirklich Geschenke, die jeden Tag von neuem Freude bereiten!

AEG-Haartrockner ab 42,- DM
AEG-Heizkissen m. drei Regelstufen u. abnehmbarem Überzug ab 19,50 DM



Erhältlich überall im Fachhandel



Mittwoch, den 29. Mai 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
Donnerstag, den 30. Mai 18.30, 21.00 Uhr
Julius Cäsar, Joseph L. Mankiewicz, 1953

Mittwoch, den 5. Juni 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
Donnerstag, den 6. Juni
Gewagtes Spiel (Break the News), René Clair, 1939

Sonderveranstaltung
Mittwoch, den 12. Juni 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
Donnerstag, den 13. Juni
Ekstase, Gustav Machaty, 1932

Mittwoch, den 19. Juni 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
Donnerstag, den 20. Juni 18.30, 21.00 Uhr
Die ehrbare Dirne (La p... respecteuse)
Marcel Pagliero, 1952

verlagern. Die akademischen Ausschüsse für Leibesübungen sind angewiesen worden, diese Angelegenheit in den Voranschlägen des kommenden Haushaltsjahres zu berücksichtigen.

Die Erhöhung der Sozialgebühren ist vom Ältestenrat der Studentenschaft der Universität Frankfurt aufgehoben worden, um „den Studentischen Vertretern gegenüber Rektor und Senat eine einheitliche und widerspruchsfreie Stellungnahme zu ermöglichen.“ Dies bedeutet jedoch keine endgültige Entscheidung. Das Studentenparlament wird in diesem Semester erneut darüber zu befinden haben.

Der Studentische Schnelldienst wird von diesem Sommersemester ab als eigene Kostenstelle in das Studentenwerk Frankfurt übernommen. Die Arbeitsvermittlung soll jedoch weiterhin von Studenten durchgeführt werden. Damit ist der jahrelange Streit um die Rechtsform des Schnelldienstes einer Lösung zugeführt worden. Senat, Studentenwerk und die Vertreter der Studentenschaft erklärten sich gegen die Auffassung der bisherigen Geschäftsführung des Schnelldienstes mit der Rechtsform einverstanden.

Öffnungszeiten und Sprechstunden des ASTA

Geschäftszeit: Mo bis Sa 9—12.30
Mi 14—16.00
Die Vorsitzenden und Referenten sind für Sie zu sprechen:
Gunther Kurtz (1. Vorsitzender) Di, Do 10—11
Klaus Scheunemann (2. Vors.) Di, Do 11—12
Uwe Lorenzen (3. Vors.) Di 10—12
Sozialreferent (Wilfried Fass) Mo 11—12 (Buchverb. Sch.)
Do 16—17 (Buchverb. Sch.)
Di, Do, Fr 13—14
nach Plan an Zi. 17
Fr 10—12
Do 12—13
Fr 11—12

Der ASTA bittet um Hilfe

Das Deutsche Rote Kreuz sucht etwa 60 Studenten zur Organisation und Durchführung eines Heimkehrertreffens am 15. und 16. Juni 1957 für fünf Tage. Die Studentinnen und Studenten werden zur Einrichtung einer Halle und zur aktiven Befragungsarbeit dringend gebraucht. Es ist pro Tag ein Tagelohn von 8 DM für die entstehenden Spesen festgesetzt. Bisher haben sich nur 9 Kommilitonen gemeldet, daher bittet der Allgemeine Studentenausschuß um Meldungen. Interessenten können sich im ASTA (Zimmer 15) in eine Liste eintragen.

„Loeb-Lectures“

Die nachstehenden Vorlesungen sind für Hörer aller Fakultäten sowie für die Öffentlichkeit bestimmt. Sie unterliegen nicht der Belegpflicht und sind unentgeltlich. Alle Vorlesungen finden im großen Übungsraum des Philosophischen Seminars (Raum Nr. 113/115) statt. Der Dekan: Strasburger
Prof. Dr. M. Buber (Jerusalem)
Ende Mai, Zeitpunkt und Thema werden noch durch Anschlag in der Universität bekanntgegeben
Dr. J. C. Weiss (Salford, England)
Mittwoch, 19. Juni, 14—16 Uhr Vorlesung:
„Die Soziologie der Anfänge Chassidischer Mystik“
Dr. Fr. Hacker (Beverly Hills, Calif., USA)
Mittwoch, 26. Juni, 14—16 Uhr, Vorlesung:
„Zur Psychologie des Vorurteils“
Dr. A. S. Dörfler (London)
Mittwoch, 3. Juli, 14—16 Uhr Vorlesung:
„Die Grundprobleme des Proselytismus in der talmudischen Literatur“
Prof. Dr. G. Scholem (Jerusalem)
Freitag, 12. Juli, 16—18 Uhr
Montag, 15. Juli, 16—18 Uhr
Mittwoch, 17. Juli, 14—16 Uhr Vorlesungen:
„Kabbalah in Safed“

Unbillig

Die Möglichkeiten einer Beeinflussung, die Studenten gegenüber den Professoren und der Universität in Händen halten, sind gering. Andererseits gibt es in umgekehrter Richtung zahlreiche Gelegenheiten, um Studenten mores zu lehren. Wir Studenten wehren uns nicht, sofern ein Grund zur Anwendung einer Maßnahme gegeben ist. Dafür meinen wir aber, daß Dinge vermieden werden sollten, die als unbillig zu bezeichnen sind. Unbillig jedoch ist es, wenn Studenten der fünften Fakultät nach neun Monaten, ja nach über einem Jahr noch nicht erfahren können, ob ihre Diplomarbeit angenommen oder zurückgewiesen ist. Selbst bei Berücksichtigung des Andranges in dieser Fakultät spricht hieraus eine Mißachtung gegenüber den Studenten, die auf der Passivseite der Professoren und auch der Assistenten zu buchen ist.

Wir erachten den Tatbestand als so erheblich, daß man in der Prüfungsordnung aufnehmen oder zumindest der Prüfungsausschuß den verbindlichen und zu veröffentlichenden Beschluß fassen sollte: Dem Studenten ist drei Monate nach Abgabe der Diplomarbeit auf Anfrage mitzuteilen, ob seine Arbeit angenommen oder nicht angenommen worden ist. Richard Landers

Orient-Institut Frankfurt am Main

Samstag, 1. Juni 1957, 18 Uhr
spricht
Herr August Abel
über

„Die Islam-Völker in den politischen Erschütterungen der Gegenwart“

im Hörsaal des Senckenberg-Museums

Eintritt frei für die Mitglieder der „Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main e.V.“ Interessenten, die die Vorträge des Orient-Institutes laufend zu besuchen wünschen, bitten wir, ihre Anschrift beim Büro des Instituts, Savignystraße 65, Telefon 77 41 64, aufzugeben. Sie erhalten alsdann zu allen Vorträgen Einladungen.

Die Buchhandlung für den MEDIZINER

JOHANNES ALT

Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin
und Naturwissenschaft

FRANKFURT A.M.-SUD 10
Gartenstraße 134 · Telefon 61993

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen, Gartenstraße 134, Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätskliniken

Wir veröffentlichen im folgenden Auszüge aus den Ausführungen von Alexander Böhm anlässlich einer Feier zum 5jährigen Bestehen des DISKUS. Alexander Böhm ist seit 4 Jahren einer der Herausgeber der Zeitung.

Die fünfjährige Geschichte des DISKUS ist reich an gefährlichen Krisen, die nur durch die wohlwollende Einstellung aller Beteiligten überwunden werden konnten.

Beginnen wir mit der Finanzierung unserer Zeitung. Es ist kein Geheimnis, daß der DISKUS, seit er besteht, einen erheblichen Zuschuß vom Hessischen Staat bekommt, der allein sein Erscheinen in der bekannten Form gestattet. Dieser Geldgeber könnte einen großen Einfluß ausüben, wenn er die Zahlungen von der politischen Richtung der Zeitung mehr oder weniger abhängig machen würde. Es ist sehr interessant und ich sage es hier mit größter Hochachtung, daß die sozialdemokratische Landesregierung in Hessen nie den leisesten Versuch gemacht hat, Einfluß auf die Richtung des DISKUS zu nehmen. Das ist besonders beachtlich, weil der DISKUS, der Zusammensetzung der Frankfurter Studentenschaft gemäß, nur wenige sozialistische Mitarbeiter hatte und hat. Da man heute in unverlässiger Verallgemeinerung leider oft hört, in der Politik werde alles nur nach dem Parteibuch behandelt, erscheint es angebracht, dieses erfreuliche Gegenbeispiel herauszustellen. Neben der Hessischen Landesregierung hätten Rektor und Senat der Universität Frankfurt am Main hinreichend Gelegenheit gehabt, uns das Leben schwer zu machen, denn unsere Satzung sieht vor, daß der Zuschuß der Hessischen Landesregierung einem Senatsausschuß der Universität zugeleitet wird, der ihn an uns weitergibt. Ganz so zurückhaltend wie die Hessische Landesregierung ist die Universität allerdings nicht gewesen. Es gab manche heftige Debatten mit Rektoren und Ausschußmitgliedern. Aber auch hier muß dankbar erwähnt werden, daß von dem finanziellen Druckmittel nicht Gebrauch gemacht worden ist, und immer eine Einigung über die Streitfragen bei beiderseitigen Nachgeben gefunden werden konnte. Regierung und Universität haben aber nicht nur „unsere Kreise nicht gestört“, sie haben uns darüber hinaus in vielen Fällen durch rasche und regelmäßige Übersendung des Zuschusses, durch Zuwendung von Sondermitteln und durch Zuspruch jeglicher Art sehr geholfen. Zahlreiche Professoren unserer Hochschule haben gegen geringes oder gar kein Honorar Aufsätze und Artikel zur Verfügung gestellt. Die Beamten des Kuratoriums haben uns bei der Aufstellung unserer finanziellen Jahresberichte beraten und geholfen. Ihnen allen gilt heute unser herzlicher Dank.

Weitere Unterstützung haben wir seit dem Bestehen des DISKUS von den Freunden und Förderern der Universität und darüber hinaus von den Kreisen der Wirtschaft, die uns durch regelmäßige Anzeigenaufträge erfreuen, erhalten. Spannungen, interessanterweise stärkere Spannungen als mit Rektor und Senat, ergaben sich mit unseren Helfern aus der Wirtschaft wegen einzelner politischer, ja sogar feuilletonistischer Artikel unserer Zeitung, da aber unsere Kritiker ehrliche Freunde der Studentenschaft sind, kamen wir meist zu einer Einigung.

Die Linie der Zeitung bestimmen die fünf Herausgeber, die jedes Jahr vom Studentenparlament (also der durch Wahlen der ganzen Studentenschaft in jedem Semester hervorgegangenen Studentenvertretung) gewählt werden müssen. Jedes Parlament wäre in der Lage gewesen, bedingungslose Parteigänger der jeweils vertretenen Richtung als Herausgeber in den DISKUS zu entsenden. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der dadurch bedingte Redakteur- und Richtungswechsel die Zeitung ruiniert haben würde. Die Parlamente haben aber im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die ganze Studentenschaft und für die auf sie überkommene Studentenzeitung die Kontinuität des DISKUS nie durchbrochen und stets unter Belassung einiger alter Herausgeber solche Studenten in den DISKUS gewählt, die nicht radikal alles verändern wollten.

Was die Politik angeht, so hat sich der DISKUS nie zum Sprachrohr irgendeiner Gruppe machen lassen. Wir haben vielmehr Fragen, die uns — auch im Hinblick auf Studenten und Universität — besonders wichtig erschienen häufig unter Würdigung aller Gesichtspunkte abgehandelt. Wir haben es immer als unsere Aufgabe angesehen, gute Beziehungen zu unseren jüdischen Mitbürgern herzustellen und über den jungen Staat Israel zu berichten; die Verbrechen der Nationalsozialisten nicht der Vergessenheit anheimfallen zu lassen und gegen die Vorurteile zu kämpfen, die Nationalsozialismus und Antisemitismus hervorgebracht haben und die vielen unserer Landsleute bis heute im Kopf herumwirren. Unsere Bemühungen galten und gelten der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und der Kontaktaufnahme mit den Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs, wobei wir darauf achten, den kommunistischen Behörden keinen Ansatz zu entstellender Propaganda zu geben.

Die studentischen und die Universitätsbelange nehmen bei uns naturgemäß einen breiten Raum ein. Fragen der Studienreform und der Studentenförderung sind unter Berücksichtigung ausländischer Beispiele breit abgehandelt worden. Die traditionelle

Freundschaft der Universität Frankfurt mit amerikanischen Universitäten hat durch viele Reiseberichte ihren Ausdruck gefunden, aber auch aus anderen Staaten haben wir ausführlich berichtet.

In unserem Lokalteil haben wir die Arbeit der studentischen Selbstverwaltung gewürdigt und uns dafür eingesetzt, daß die Rechte der Studenten an der Mitverwaltung der Universität nicht im Wege der allgemeinen Restauration beschnitten, sondern den Grundsätzen der hessischen Verfassung erweitert werden. Unser Feuilleton hat jungen studentischen Autoren stets Platz eingeräumt und in Fachkreisen, zu denen zu zählen ich mich nicht rühmen kann, viel Anerkennung gefunden. Wir haben dafür gesorgt, daß dieser wichtige Teil der Studentenzeitung nicht zu kurz kommt. Unsere wissenschaftliche Beilage endlich hat durch die Jahre aus allen Gebieten der Wissenschaften viele lesenswerte Beiträge gebracht und dadurch hoffentlich etwas zum „studium generale“ beigetragen.

Allen denjenigen, denen ich noch nicht für ein spezielles Verdienst um den DISKUS gedankt habe, danke ich jetzt noch herzlich für das lebenswürdige Interesse, das sie an unserer Zeitung genommen haben. Sie alle aber bitte ich, uns auch in der kommenden Zeit Ihr Wohlwollen zu erhalten; wir — und unsere Nachfolger, so hoffe ich — werden das Beste tun, Sie nicht zu enttäuschen.

Man fährt nach Polen

In einer erfreulich-sachlichen Aussprache beschloß das Frankfurter Studentenparlament in einer Sitzung am Mittwoch, 8. Mai, eine Einladung des polnischen Studentenverbandes zu einem achtstägigen Besuch nach Krakau anzunehmen. Wie wir weiter in Erfahrung bringen konnten, hat sich der Rektor der Johann Wolfgang Goethe-Universität mit dieser ersten Besuchsfahrt Frankfurter Studenten in eines der Ostblockländer einverstanden erklärt. Ziel der Reise soll zunächst gegenseitiges Kennenlernen sein. Es ist weiterhin beschlossen worden, die Krakauer Kommilitonen zu einem Gegenbesuch nach Frankfurt einzuladen. Es besteht die Möglichkeit, diese erste Fühlungsnahe später zu Kontaktstipendien in Krakau und Frankfurt auszubauen.

Das Studentenparlament war sich, wie aus den Diskussionen zu entnehmen war, über den mit der Reise verbundenen politischen Charakter, völlig im klaren. Um so gravierender und auch erfreulicher sollte dieser Beschluß bewertet und aufgenommen werden.

5 Jahre AIESEC in Frankfurt

Kurz nach dem 2. Weltkrieg ist eine Organisation entstanden, die insgesamt, 21, außer Amerika, vorwiegend europäische Länder umfaßt und an über 100 Universitäten und Hochschulen vertreten ist. Es ist die Association Internationale des Etudiants en Sciences Economiques et Commerciales = AIESEC. An der Universität Frankfurt besteht seit März 1953 ein Lokal-Komitee. Ziel der AIESEC ist die internationale Zusammenarbeit der Wirtschaft- und Sozialwissenschaften studierenden Jugend. Sie entfaltet ihre Tätigkeit u. a. auf 4 Hauptgebieten:

1. Austausch von Praktikanten insbesondere während der Sommersemesterferien unter den Mitgliedsländern der Organisation.

Photokopien über Mikrofilm, schnell, sauber, preiswert, auch vergrößert oder verkleinert. Botendienst.

Sie Photocopie Gesellschaft WESTENDSTR. 47, Tel. 178441

2. Veranstaltung von wirtschaftswissenschaftlichen Studienreisen ins Ausland.
3. Austausch von Informationsmaterial über die Studiemöglichkeiten in anderen Ländern.
4. Durchführung von wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Seminaren.

Im Spätsommer dieses Jahres (vom 31. August bis 8. September) findet das zweite internationale Studienseminar in Den Haag statt. Professoren und Wirtschaftsführer werden zu dem Thema „Wirtschaftliche Organisation“ sprechen.

Das Hauptaugenmerk der AIESEC gilt jedoch dem Praktikantenaustausch. Der Student der Wirtschaftswissenschaften erhält die Möglichkeit — soweit er sich in einem vorausgehenden Auswahlverfahren dafür als geeignet erweist — während der Sommerferien in einem ausländischen Betrieb (Industrie, Bank, Handel) sein kaufmännisches Praktikum abzuleisten und erhält dabei eine Vergütung, die den Auslandsaufenthalt in etwa finanziert.

Es ist in den wenigen Jahren des Bestehens und des Aufbaues der AIESEC gelungen, diesen Praktikantenaustausch von 89 ausgetauschten Studenten im Jahre 1949 auf nahezu 1400 im Jahre 1956 zu steigern.

Als besonders schwierig erweist es sich in Frankfurt einen Praktikantenplatz für einen ausländischen Kommilitonen zu erhalten, da die Anzahl der deutschen Werkstudenten schon beträchtlich ist.

Die Hauptaufgabe der Lokalkomitees besteht in der Betreuung der ausländischen Kommilitonen und der Stellenbeschaffung. Das Ziel des Frankfurter Komitees ist es, die Anzahl der Praktikantenplätze noch wesentlich zu erhöhen, um dadurch einen größeren Teil unserer Studenten die Möglichkeit zum Praktikum

Seit vielen Jahren schon gibt es in allen Hochschulen Diskussionen um die Mitberaterung der Studenten im Senat. An einigen Universitäten haben die Kontroversen die Fronten so verhärtet, daß man kaum mehr von einer Zusammenarbeit studentischer Selbstverwaltung und Universitätsbehörden sprechen kann.

In Frankfurt hat sich der AStA in dieser Frage verständig und elastisch verhalten. Seine Forderungen beschränkten sich auf ein Mitspracherecht in „studentischen Fragen“, wobei dieser Begriff auch von unseren Selbstverwaltern denkbar eng gefaßt akzeptiert wurde. Diese kluge Selbstbescheidung dürfte viel zu dem erfreulichen Verhältnis, namentlich zum Rektor beigetragen haben.

Der Verlauf der vergangenen Sitzung des Senats brachte jedoch die Studentenvertreter in eine recht schwierige Lage. Es wurde ihnen, ohne vorherige Mitteilung, ein Antrag des Studentenhauses e. V. auf Erhöhung der Sozialgebühren um 1,— DM zugunsten des Studentenhauses präsentiert. Zu allem Unglück war AStA-Vorsitzender Kurtz nicht anwesend. So wurde auch die Gelegenheit verpaßt, offiziell eine Vertagung dieses Punktes zu beantragen.

Es gibt keinen Zweifel darüber, daß diese geplante Beitragserhöhung ein „studentisches Anliegen“ ist, denn schließlich sollen die Studenten ja bezahlen. Wir vermögen über die sachliche Berechtigung dieser Erhöhung nichts auszusagen. Warum aber läßt man den Studenten nicht Zeit, die Lage in ihren Gremien zu beraten? Warum die fieberhafte Eile des Studentenhauses e. V., da doch dessen unglückliche finanzielle Situation schon seit langem kein Geheimnis mehr ist.

So können sich die Studenten nicht des sicher unberechtigten Verdachts erwehren, überfahren worden zu sein. So bleibt ihnen noch die Möglichkeit des Protests, wo ein vorbereitendes, klärendes Gespräch sowohl zweckmäßiger als auch dem guten Einvernehmen dienlicher gewesen wäre.

Der Senat sollte sich doch einmal dazu entschließen, den studentischen Mitgliedern des akademischen Senats eine Tagesordnung, die alle zu behandelnden Punkte der Sitzungen enthält, zustellen. Jedenfalls erscheint die gegenwärtige Praxis der Einladung durch die Übersendung einer Rumpftagesordnung aus geschmacklichen und anderen Gründen nicht erstrebenswert. Wir glauben, daß es sich hier im wesentlichen um eine Geste handeln würde, die aber geeignet wäre, das Vertrauen und das Selbstbewußtsein der Studenten zu stärken und die bisher zu Recht beanstandeten, Zweigleisigkeiten künftig mehr und mehr zu vermeiden. Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft! hs.

im Ausland zu verschaffen. Für diesen Sommer ist mit Stellen in Holland, Dänemark, Schweden, Frankreich und Jugoslawien zu rechnen. Paul Krondorfer

Nur für Studentinnen!

Haben Sie schon einmal im Studentenheim die gemütlichen Räume gesehen, wo Sie ausruhen und zwischen der Arbeit entspannen können? Ihre Einrichtung wurde vom Deutschen Akademikerinnenbund gestiftet, der nach dem Krieg in Frankfurt in Anwesenheit von Frau Agnes von Zahn-Harnack wieder neu ins Leben gerufen wurde. Kennen Sie diesen Akademikerinnenbund und warum könnte er Ihnen schon während Ihres Studiums von Nutzen sein? Sie lernen dort nicht nur Frauen aller akademischen Berufe und jeden Alters kennen, sondern können sich vor allem auch über die Berufsaussichten und praktischen Erfahrungen der Juristin, der Ärztin, der Lehrerin, Volkswirtin, Vikarin oder Architektin in Vorträgen oder in zwanglosem Gespräch bei den monatlichen Zusammenkünften informieren. Gerade der Gedankenaustausch, besonders auch in den Fragen und Aufgaben des öffentlichen Lebens, ist ja für die moderne Frau besonders wichtig, und die älteren, schon im Beruf stehenden Akademikerinnen legen auf die Mitarbeit der jüngeren Kolleginnen ebensowohl viel Wert wie Sie vielleicht für einen Rat oder eine Anregung dankbar sind.

Die Mitglieder des Akademikerinnenbundes würden sich freuen, Sie als Gäste oder, wenn Sie mehr als drei Semester studiert haben, als außerordentliche Mitglieder zu begrüßen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe des Frankfurter Akademikerinnenklubs ist Frau Erika Simon, Theodor-Storm-Straße 2.

Wie in den Hochschulnachrichten dieser Ausgabe zu lesen, hat Prof. Hagenmüller einen Ruf an die Universität Saarbrücken erhalten. Prof. Hagenmüller, seit Jahren Vertrauensdozent der Frankfurter Studentenschaft hat sich auch als Vorstandsmitglied anderer die Studenten interessierender Vereinigungen (Studentenwerk und Studentenheim) für das Wohl der Studierenden eingesetzt. Die Studentenschaft hofft, daß der junge und allgemein beliebte Dozent die Universität Frankfurt nicht verlassen wird.

Universitätsbuchhandlung

BLAZEK & BERGMANN

Inhaber Dr. H. Bergmann

Frankfurt a. M., Goethestr. 1 (Am Goetheplatz)

Telefon: 23633 u. 25264

Sämtliche Fachbücher aus den Gebieten

Jura, Wirtschaftswissenschaften,

Medizin, Technik,

Naturwissenschaften

Der Zentral-Verlag für Dissertationen Trilisch - Düsseldorf-B, Jahnstraße 36, druckt Dissertationen preisgünstig. — Angebote unverbindlich!

Luise Pollinger

PAPIER · BÜROBEDARF · DRUCKSACHEN
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

KOLLEG - BEDARF

Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke
Büro-, Zeichen- und Schulartikel

Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

Frankfurt am Main, Bockenb. Landstr. 131

(nächst der Universität)

Fernruf 775589

Ebert-Küchenhoff-Meiß

DAS

AMTSGERICHTLICHE DEZERNAT

begründet von Dr. EUGEN EBERT

15. Auflage

Beispiele und Verfügungsentwürfe für die gesamte amtserichterliche Praxis unter Anführung der einschlägigen gesetzl. Bestimmungen und Ministerialerlasse Das Werk erscheint in 8 Lieferungen zu je 10 Bogen zum Preise von 12,— DM je Lieferung. Das Werk kann nur als Gesamtwerk abgegeben werden.

Grundbuchwesen — Testaments- und Nachlaß-Sachen — Öffentliche Register — Rechtsstreit und Vollstreckung in das bewegliche Vermögen — Vollstreckungsschutz, Konkursverfahren, Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses — Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen — Das Strafverfahren — Familien- und Vormundschaftsrecht, Verschollenheitsrecht — Das Arbeitsgerichtsverfahren — Landwirtschaftsrecht.

VERLAG DR. GÜNTER ZÜHLSDORF
FRANKFURT A. M., OEDERWEG 39A

diese Rüstung vermeiden ist in seinem eigenen Interesse ebenso wie in dem des Ostens.

Zweitens: Die Mittel der Diplomatie und des politischen Kalküls reichen offenbar nicht aus, dieser Wahrheit Geltung zu verschaffen; deshalb müssen auch wir Wissenschaftler reden und sollen die Völker selbst ihren Willen bekunden.

Drittens: Wer glaubwürdig zur atomaren Abrüstung raten soll, muß überzeugend dartun, daß er selbst die Atombombe nicht will.

Nur dieser dritte Satz bedarf noch eines weiteren Kommentars. In der Schrecksekunde nach der Veröffentlichung unserer Erklärung wurde uns von prominenter Seite vorgeworfen, wir hätten uns an die falsche Adresse gewandt; wir hätten einen Appell an unsere Kollegen in der ganzen Welt richten sollen. Diesen Vorwurf halte ich für ein Mißverständnis. Daß die große Welt nicht auf Appelle hin abrüstet, haben wir erlebt. Wir hatten uns dorthin zu wenden, wo wir eine direkte bürgerliche Verantwortung haben, nämlich an unser eigenes Land; mögen die Bürger anderer Länder dann in ihren Ländern dasselbe tun, wenn sie es für richtig und möglich halten. Folgt hieraus eine internationale Initiative zur Abrüstung, so werden wir sie freudig unterstützen. Deshalb mußten wir auch insbesondere öffentlich sagen, daß keiner von uns persönlich bereit wäre, Bomben zu machen, zu erproben oder anzuwenden. Damit war nicht impliziert, man habe uns um so etwas gebeten. Damit war viel mehr gesagt: Niemand wird uns darum je mit Erfolg bitten können. Wir sind als Privatpersonen bereit, die Folgen einer solchen Weigerung zu tragen. Was nun die Staaten betrifft, so glauben wir nicht, daß eine der Großmächte heute einseitig auf die Atomwaffen verzichten wird. Ein kleines Land aber kann das tun, und unsere Meinung ist, unsere eigene Heimat, Deutschland, solle das tun.

Die Besorgnis der Bundesregierung bezog sich auf die Gefährdung des westlichen Verteidigungsgürtels, also der NATO, durch einen einseitigen und vorzeitigen deutschen Verzicht auf Atomwaffen. Wir kommen damit zum Thema des Gesprächs, zu dem der Herr Bundeskanzler einige von uns dann alsbald eingeladen hat.

Das wichtigste an diesem Gespräch war für uns Wissenschaftler ohne Zweifel der tiefe Eindruck, den wir bekommen haben, von der Stärke der Sorge des Bundeskanzlers vor der Atomrüstung in der Welt, von der Aufrichtigkeit seines Strebens nach Abrüstung. Der Unterschied seiner Auffassung von der unsrigen war, daß er in dem harten politischen Handel um eine Abrüstung, die unsere Freiheit nicht zum Opfer

bringt, in einem einseitigen deutschen Verzicht eine Vorausleistung sieht, die der Gegner nicht honorieren, sondern zum Anlaß erhöhten Drucks nehmen werde. Diese Überlegung ist konsequent im politischen Kalkül. Aber es ist nicht zu leugnen, daß unsere Erklärung hervorgegangen ist aus dem Glauben, daß mit dem politischen Kalkül allein die Welt vor der atomaren Selbstvernichtung nicht zu retten ist, und daß es Dinge gibt, die nicht zum Gegenstand politischen Kalküls gemacht werden dürfen. Wenn dieser Unterschied bestehen bleibt, so wäre meiner Überzeugung nach nichts falscher, als ihn heute zu einer Kluft zu erweitern. Im Gegenteil, der Bundeskanzler hat eine außenpolitische Initiative zur atomaren Abrüstung angekündigt, und wir können nichts dringender wünschen als einen Erfolg dieser Initiative. Was wir zu ihrem Erfolg beitragen können, tun wir mit Freuden.

Ich möchte hier, ein wenig ex tempore, eine Bemerkung zu der letzten russischen Atomnote an die Bundesregierung einschalten, von der die Presse voll war. Ich finde es bedauerlich, daß die Sowjetregierung uns diese Note geschickt hat. Wenn der Sowjetregierung wirklich an einer atomaren Abrüstung liegt — und ich glaube, daß ihr daran liegt —, so schadet sie diesem Vorhaben mit Noten wie dieser. Denn auch wenn in der Note steht, sie sei nicht als Drohung gemeint, so muß der Sowjetregierung klar sein, daß sie als Drohung verstanden wird. Es ist aber zweierlei, ob wir in der Bundesrepublik und überhaupt im Westen uns zur atomaren Abrüstung bereitfinden, weil wir sie wünschen, oder weil wir einer Drohung nachgeben. Wir dürfen den Russen glauben, daß sie die Atomwaffen entwickelt haben, weil sie sich bedroht fühlten; wir dürfen ihnen das schon deshalb glauben, weil gerade sie andere Mittel haben, ihre politischen Ziele zu erreichen als einen Weltkrieg. Sie müssen aber auch einsehen, daß es gerade die Furcht vor ihnen ist, die im Westen die Atomrüstung immer weiter vorantreibt. Deshalb sind russische Drohnoten Wasser auf die Mühlen jener Toren im Westen, die aus Angst vor den Russen den atomaren Selbstmord vorbereiten. Ich glaube nicht, daß die Sowjetunion daran interessiert sein kann.

Inhaltlich ist zur Abrüstung einiges zu sagen. Sie muß kontrolliert sein. Atomare Abrüstung an sich wird den Russen willkommener sein als dem Westen; denn sie haben noch viele andere Waffen und Machtmittel. Die Kontrolle wird dem Westen willkommener sein als den Russen; denn der Westen meint den Blick der Kontrolle weniger scheuen zu müssen. Ob es dazu kommen wird, beides gegeneinander auszuhandeln, muß die Zukunft zeigen. Einige technische Hilfen dafür verdienen genannt zu werden.

Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter

Auszüge aus einem Festvortrag von Professor Dr. Carl Friedrich von Weizsäcker

Das Atomzeitalter ist einfach eine neue Phase des technischen Zeitalters. Es wäre völlig falsch, nur auf die mit dem Atom zusammenhängenden Züge dieses Zeitalters zu achten. Aber das Atom ist mit einem gewissen Recht zum Symbol dieses Zeitalters geworden. An den Zügen unserer Zeit, die mit dem Atom zusammenhängen, kann man vielleicht am deutlichsten die Strukturen ablesen, die sich in allen anderen Zusammenhängen wiederfinden.

So ist die Atomphysik nur eine Wissenschaft unter vielen. Aber sie hat vielleicht mehr als andere Wissenschaften unsere Grundbegriffe umgestaltet bis in die Philosophie hinein. Die friedlich verwendbare Atomenergie ist eine Energieform neben mehreren. Aber sie wird wahrscheinlich in einigen Jahrzehnten die wirtschaftlich wichtigste sein. Die Atombombe ist nur eine Waffe neben anderen und niemand weiß, ob sie die schrecklichste Waffe bleiben wird. Aber sie gestaltet heute bereits nicht nur die Kräfteverhältnisse der Weltpolitik um, sondern sie beginnt schon die Natur dessen umzugestalten, was man Politik, was man Krieg heißt. Sie ist ein unüberhörbarer Warnruf.

Ich bitte Sie nun aber, Ihren Blick auf einen anderen, vielleicht noch kennzeichnenderen Zug der heutigen und der kommenden Technik zu richten. Er tritt unter dem Namen Planung, Regelung, Kontrolle, Automatisierung auf. Was heißt das?

Die Maschinen des 19. Jahrhunderts hatten, im Gleichnis gesprochen, Muskeln, aber sie hatten keine Sinnesorgane und kein Gehirn. Sie lieferten die Energie, sie ersetzten die menschliche Muskelkraft, aber steuern mußte sie der Mensch. In diesem Sinne krönt die Erschließung der Atomenergie die technischen Bemühungen des 19. Jahrhunderts. Aber diese modernste Energiequelle war nur zu erschließen durch subtilste Lenkung der Energie. Ins Innere des Atoms mußte man dringen. Man kann die größten Massen nur bewegen, wenn man die feinsten Steuerungszentren in der Hand hat. Dazu ist zweierlei nötig: Erstens Wissen und zweitens Umsetzung dieses Wissens in eine technische Automatik, in einen sich selbst steuernden Apparat.

Daraus folgt zunächst die immer wachsende Bedeutung der Wissenschaft für die Technik. Die Dampfmaschine des 18. Jahrhunderts ist noch im wesentlichen auf dem Boden des Handwerks gewachsen. Die Elektrotechnik des 19. Jahrhunderts beruht auf den physikalischen Experimenten Faradays. Die Atommeiler und Atombomben unseres Jahrhunderts wurden bis in jede Einzelheit von theoretischen Physikern vorweg geplant.

Die automatische Ausführung einer vorweg geplanten Steuerung geschieht durch das, was man auf deutsch „Regeltechnik“ nennt. Ein einfaches Beispiel einer nicht automatischen Steuerung ist etwa das Steuern eines Schiffs durch einen Menschen. Das Schiff soll einen festen Kurs halten, sagen wir Nordnordost. In Wirklichkeit weicht es immer etwas von diesem Kurs ab, deshalb muß ein Mensch am Ruder stehen, der diese Abweichung am Kompaß oder an der Umwelt, am Land oder den Sternen sieht, und der das Ruder so legt, daß die Abweichung ausgeglichen wird. Der wahre Kurs des Schiffes wird dann eine Wellenlinie, die sich leise um den geplanten mittleren Kurs herumschlingelt.

Maschinen, die ein Schiff automatisch auf festen Kurs halten, gibt es längst. Sie lesen den Unterschied zwischen dem wahren und dem geplanten Kurs automatisch am Kompaß ab und bewirken automatisch eine Korrektur des Kurses von der notwendigen Größe. Ebenso steuert man nun immer mehr den Gang vieler Maschinen. Das nennt man Automatisierung. Der Name einer zweiten industriellen Revolution für diesen Vorgang scheint mir nicht unberechtigt. Ersetzte die erste industrielle Revolution die menschliche Muskelkraft durch maschinelle Energie, so übernimmt die Maschine jetzt die

Reflex-, Reaktions- und niederen Intelligenzleistungen. Nur als Kuriosum: Die elektronischen Rechenmaschinen, die sogenannten Elektronengehirne, sind die raffiniertesten Apparate dieser Art; ich habe selbst die erste Dame-Partie nachgespielt, die eine elektronische Rechenmaschine gegen ihren Erfinder gespielt hat. Schach können sie leider noch nicht.

Daß die arbeitstechnischen, die wirtschaftlichen, die sozialen Folgen dieser erst beginnenden Entwicklung sehr weit reichen, brauche ich nicht zu betonen. Ich will aber heute auf sie nur noch einmal im Vorübergehen zu sprechen kommen.

Unser Thema ist die Verantwortung der Wissenschaft in einer Welt, die so aussieht, in einer Welt der Atomenergie, der Planung, der Automatisierung. Die geschichtsphilosophische Frage, wie es überhaupt zu dieser Welt hat kommen können. Ich frage heute nicht nach der Verantwortung der Wissenschaft für das Atomzeitalter, sondern nach der Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter. Ich glaube, es ist besser, diese eingeschränktere, aber praktischere Frage zu stellen. Erst wer an Beispielen eigenen Handelns die Struktur dieses Zeitalters spüren gelernt hat, wird vorbereitet sein, richtig danach zu fragen, woher dieses Zeitalter kommt. Heute wollen wir uns also miteinander damit begnügen, daß wir wissen: Dieses Zeitalter ist da, wir können es nicht weg schaffen, und in der Macht keines einzelnen von uns hätte es gelegen, sein Kommen zu verhindern. In ihm sollen wir nun verantwortlich handeln.

Jedes Handeln in dieser Zeit bewegt sich in der Spannung von Plan und Mensch. Es gibt Menschen, die schon diese Voraussetzung innerlich ablehnen. Die einen vergessen den Menschen über dem Plan, die anderen vergessen die Notwendigkeit des Planes und fliehen in eine reine Subjektivität. Beides ist unreal und heißt die Verantwortung abwerfen, statt sie zu tragen.

Ich beginne mit dem zweiten. Der Plan ist nötig. Wenn die Menschheit heute auf die Technik und die zu ihr gehörige Planung verzichten wollte, so müßte sie bereit und fähig sein, die Menschenzahl auf der Welt zu dezimieren; denn die heutigen 2½ Milliarden leben nur, weil es Industrie, Verkehr und intensive Landwirtschaft, kurz, weil es Technik gibt. Viele von Ihnen, vielleicht die meisten, müßten sonst verhungern. Zumal in einem überbevölkerten Land wie Deutschland hängt unsere physische Zukunft, unser Überleben daran, daß wir mehr technisieren als bisher.

Ist es romantisch, die Technik abwerfen zu wollen, so ist es umgekehrt kindisch, alles machen zu wollen, was technisch möglich ist. Im 19. Jahrhundert war die Technik wie ein neues Spielzeug, dessen sämtliche Möglichkeiten der interessierte Junge ausprobieren muß. Die Reifezeit der Technik — wenn es zu einer solchen kommen wird — wird ihre Reife in der Distanz zum Apparat, in der Fähigkeit zum ruhigen, überlegenen Verzicht auf gewisse technische Möglichkeiten beweisen müssen, kurz, in der Unterordnung des Plans unter den Menschen.

Ich möchte das zuerst an ein paar banalen Beispielen aus dem täglichen Leben erläutern. Die Raserei auf europäischen, zumal auf deutschen Straßen scheint mir ein Zeichen mangelnder technischer Reife. Mit dem Auto schneller fahren als man verantworten kann, ist ein untechnisches Verhalten. Die Amerikaner sind in vielem gar nicht vorbildlich, aber in diesem Punkt sind sie meinen Beobachtungen nach weiter als wir. Sie behandeln das Auto als das, was es ist: ein Verkehrsmittel. Eine andere, weniger leicht durchschaubare Seite der Verkehrs- und Nachrichtentechnik: Eisenbahn, Auto, Flugzeug, Telegraph und Telefon sind Erfindungen, um Zeit zu sparen. Die Menschen aber, die sie am meisten gebrauchen, haben am wenigsten Zeit und bekommen die Manager-Krankheit. Offenbar haben wir den Umgang mit der Technik noch nicht gelernt.

Verantwortung des Menschen in der technischen Welt heißt also zum mindesten: er muß inmitten der Planung und der Apparate lernen, Mensch zu bleiben. Vielleicht muß er in entscheidenden Punkten erst lernen, Mensch zu werden. So Mensch zu werden, daß er der Herr des Plans und der Apparate bleibt. Das etwa wäre der Inhalt einer Ethik der technischen Welt.

Für einen Marsmenschen, der ohne Kenntnis dessen, was wir Politik nennen, die letzten 12 Jahre der Erdenmenschheit von außen betrachtet hätte, wären die Atombomben wahrscheinlich der schlagende Beweis für den infantilen Charakter der technischen Zivilisation auf der Erde: Nicht einmal, wenn es an ihr eigenes Leben geht, können sie das Spielen lassen.

Wir Erdenmenschen freilich wissen es besser. Wir sind Realisten. Wir wissen: Außenpolitik und Krieg haben ihre ewigen Gesetze, daran ändern auch die Atomwaffen nichts. Im sicheren Bewußtsein von der Unabänderlichkeit der menschlichen Natur stürmen wir dem dann ebenso unabänderlich über uns verhängten Untergang entgegen.

Oder wollen wir uns wehren?

Auch die Verzweiflung ist eine unverantwortliche Handlungsweise; darum ist es auch die Panikmache. Die Verantwortung des Wissenschaftlers und des Bürgers beginnt dort, wo er einem solchen Schicksal gegenüber zum ruhigen und entschiedenen Handeln bereit ist. Zum Handeln ist Kenntnis nötig. Ich will versuchen, Ihnen den Stand des Atomproblems zu schildern, so gut ich ihn kenne. Ich beginne mit der Vorgeschichte.

Vielfach stellt man sich die Atomphysik als eine Wissenschaft vor, die jahrzehntelang fieberhaft nach dem Schlüssel zur technischen Verwertung der Energie in den Atomen gesucht hätte, bis sie ihn endlich in der Uranspaltung fand. Nichts kann falscher sein. Die Uranspaltung war eine ungesuchte, unerwartete, rein wissenschaftliche Entdeckung. Ich glaube auch, daß nur Menschen, denen es nicht um die Anwendung ging, den Weg zur Atomenergie finden konnten. Ganz neue Zusammenhänge entdeckt nicht das Auge, das auf ein Werkstück gebeugt ist, sondern das Auge, das in Muße den Horizont absucht.

Hahn und Straßmann veröffentlichten ihre Entdeckung im Januar 1939. Veröffentlichung gilt in der Wissenschaft als Pflicht; sie bedeutet, daß man seine Ansichten der Kontrolle der Kollegen unterwirft. Nach der Veröffentlichung wurde mehreren Forschern auf der Welt gleichzeitig die technische Anwendbarkeit klar. Mit einem Schlag wußten im März 1939 vielleicht 200 Wissenschaftler in allen großen Ländern, daß nun wahrscheinlich Atombomben möglich sein würden, aber auch von Atomkraft getriebene Maschinen. Was sollten sie tun?

Im engen Kreise wurde bei uns in Deutschland dasselbe diskutiert, wie in Amerika: Ob Geheimhaltung die Menschheit noch vor diesen Bomben schützen könne. Tatsächlich war es schon zu spät. Vielleicht wäre es nicht zu spät gewesen, wenn eine weltweite und ausnahmslose Verständigung der Physiker zustande gekommen wäre. Zu einem Schritt von solcher politischer Tragweite waren wir nicht vorbereitet.

Im Krieg blieb den deutschen Physikern die letzte Härte der Entscheidung erspart. Wir erkannten, daß wir keine Bomben machen konnten. Wir waren glücklich darüber. Andererseits überschätzten wir die Schwierigkeit und unterschätzten die Hilfsmittel Amerikas. So glaubten wir, auch auf der Gegenseite werde man keine Atombomben machen. Das war ein folgenschwerer Irrtum; denn sonst hätten wir wohl die äußerste Anstrengung gemacht, dem Westen klarzumachen, daß wir keine Bomben bauten.

Tatsächlich haben in Amerika die Physiker durchgesetzt, daß die Bombe gebaut wurde, weil sie fürchteten, Deutschland baue Atombomben. Der Krieg gegen Deutschland war zu Ende, ehe die erste Atombombe fertig war. Unter den Physikern erhoben sich Stimmen — ich erinnere an den Franck-Report —, die vor dem Abwurf der Bombe auf Japan warnten. Die Entscheidung der politischen und militärischen Führung fiel für den Abwurf auf Hiroshima, um den Krieg rasch zu beenden und beiden Seiten ungeheure weitere Opfer zu ersparen.

Ich wünsche, daß Ihnen klar ist, daß ich über diese Vorgänge keine moralischen Urteile fälle. Das steht mir nicht zu. Alle Mitspieler dieses schrecklichen Stücks haben nicht nur im Bewußtsein, sondern unter dem schweren Druck der auf ihnen lastenden Verantwortung gehandelt. Amerika führte einen Krieg für die Freiheit, die eigene Freiheit und die Freiheit der Welt. Durfte, mußte man zu den schrecklichen Waffen, die es gab, diese noch schrecklichere hinzufügen? Man wählte den einfacheren Weg, als man sich entschloß, die Bombe zu bauen und als man sich entschloß, sie abzuwerfen. Immer wieder hat man auch später den einfacheren Weg gewählt. Ich glaube aber, die Weiterentwicklung hat gezeigt, daß man einmal diesen einfacheren Weg verlassen muß, d. h. aber, daß man das ganze politisch-militärische Konzept verlassen muß, innerhalb dessen dieser Weg der einfachere ist. Denn wie will man sonst einen anderen Weg durchhalten?

Nach dem Krieg kam es zu Verhandlungen zwischen den zwei übrig gebliebenen Weltmächten. Amerika schlug eine internationale Atombehörde vor mit alleinigem Verfügungsrecht über Atomwaffen und mit Kontrollgewalt. Für die Sowjetunion schien das unannehmbar; denn sie sah im Eisernen Vorhang die Garantie ihrer Sicherheit. Sie Sowjetunion schlug eine Vernichtung aller Atomwaffen vor. Den Vereinigten Staaten schien das unannehmbar; denn sie sahen in ihrer atomaren Überlegenheit die Garantie ihrer Sicherheit. Inzwischen welkte diese Überlegenheit dahin. Die Russen brachten im August 1949 ihre erste Atombombe zur Explosion.

Wieder setzte sich der einfachere Weg durch: Amerika und Rußland entwickelten die Wasserstoffbombe. Seitdem hat man zum erstenmal in der Weltgeschichte eine Waffe, die ganze Völker ausrotten kann.

Es mag paradox erscheinen, daß gerade diese Waffe zunächst eine weltpolitische Entspannung herbeiführte oder erleichterte. Aber hier zeigte sich gerade den Staatsmännern der Großmächte die Wahrheit dessen, was ich vorher so ausgedrückt habe: Die Bomben erzwingen eine Veränderung des ganzen politisch-militärischen Konzepts. Das ungeheuer Gefährliche des heutigen Zustands ist nur, daß das neue Konzept noch nicht wirklich gefunden ist, oder daß man sich zu ihm nicht wirklich entschließt. In der Suezkrise wollten beide Weltmächte den Frieden, und sie erzwangen ihn durch die Drohung mit dem großen Krieg. Was wäre geschehen, wenn eine leichtfertige Handlung irgendeiner Seite die Weltmächte genötigt hätte, diese Drohung wahrzumachen? Zudem hat diese Drohung zwar vorerst den Frieden gewahrt, aber sie hat keines der brennenden Probleme des Nahen Ostens gelöst.

Soviel für heute von der Weltsituation. Nun wende ich mich unseren eigenen Angelegenheiten zu. Seit 1945 hatten wir Deutschen keinen Einfluß auf die Entwicklung der Atomrüstung. Als die Wasserstoffbombe neu war, haben sich deutsche Forscher maßgebend an dem sogenannten Mainauer Manifest der Nobelpreisträger, einer internationalen Erklärung fast aller Nobelpreisträger der Physik, beteiligt, die vor diesen lebensrottenden Waffen warnten. Die Wirkung in der Welt war gering. Es gab viele Sympathiekundgebungen, und die Atomrüstung ging weiter.

Im Herbst 1956 wurde uns deutschen Atomforschern klar, daß erste Vorbereitungen getroffen wurden, die Bundeswehr atomar auszurüsten. Diese Vorbereitungen hielten sich ohne Zweifel im Rahmen der bestehenden Verträge. Sie blieben in der Ebene der bloßen Planung. Keiner von uns wurde aufgefordert, Atomwaffen zu bauen. Aber um so unheimlicher war uns der Vorgang. Hätte man von uns verlangt, Atomwaffen zu bauen, so hätten wir durch eine Weigerung etwas erreichen können. Wie aber, wenn die Bundeswehr erst nur die Abschlußgeräte für Atomwaffen erhält und später eines Tages die Bomben und Granaten selbst, von ausländischer Produktion? Wenn wir überhaupt der Meinung wären, die Bundeswehr solle nicht atomar ausgerüstet werden, so mußten wir jetzt einen Schritt tun.

Aber waren wir dieser Meinung? Hier sind zwei Dinge getrennt zu betrachten. Unsere spontane Reaktion und unser politisches Urteil.

Unsere spontane Reaktion war völlig klar. Ich habe zusätzlich zu den Kollegen, die schließlich die Erklärung der

18 bezeichnet haben, viele junge Physiker gefragt und habe stets dieselbe Antwort bekommen. Einen fragte ich rein hypnotisch: „Was tun Sie, wenn man Sie in ein paar Jahren bittet, auf dem Reißbrett eine Atombombe zu entwerfen?“ „Ich weigere mich.“ Ich: „Und wenn Sie Ihre Stelle verlieren?“ Er: „Dann verliere ich sie.“ Ich: „Und wie begründen Sie Ihre Weigerung?“ Er: „Einmal ist Schluß.“ Einmal ist Schluß, das ist unser aller spontanes Empfinden.

Aber wir wissen zwischen spontanem Empfinden und politischen Notwendigkeiten zu unterscheiden. Wir haben lange, lange über die möglichen politischen Folgen eines Schrittes von uns diskutiert. Da sich heute auch die Öffentlichkeit mit Recht für diese Frage interessiert, möchte ich sagen, wie wir selbst unsere Möglichkeit zu politischen Urteilen einschätzen. Politik ist eine Kunst, und jede Kunst bewährt sich im Detail. Wie man von Woche zu Woche, von Jahr zu Jahr weiterkommt, wem man trauen kann, wem nicht, wo man nachgeben muß, wo drücken — all das versteht am besten, wer auf Grund natürlicher Begabung und Neigung den politischen Beruf gewählt hat und in ihm langjährige Erfahrung gesammelt hat. Es gibt aber außerdem einige allgemeine Wahrheiten, gleichsam Randbedingungen aller Politik. Zu ihnen gehören in unserer technischen Welt insbesondere technische Tatsachen. Und da sich die technischen Tatsachen heutzutage rasch ändern, trauen wir uns über sie und ihre Wirkungen auf die Politik ein Urteil zu, das dem der berufsmäßigen Politiker vielleicht nicht nachsteht. Worauf es ankäme, wäre die gegenseitige Ergänzung beider Erfahrungsbereiche. Daher haben wir das Gespräch mit den Politikern und das mit der Öffentlichkeit gesucht.

Ich möchte Ihnen nun unsere politischen Überlegungen schrittweise auseinandersetzen.

Zunächst schien und scheint uns noch immer rein politisch klar, daß eine atomare Bewaffnung einzelner Nationalstaaten, wie Frankreich, Deutschland, Schweden, ein Unglück für die Welt und für die betreffenden Nationen selbst wäre. Auf wen fallen solche Bomben im Ernst, wenn nicht aufs eigene Land? Wie kann man sicherer im Fall eines Konfliktes die Bomben der Großmächte auf sich herabziehen, als durch den Besitz eigener Atomwaffen? Ferner: Wie lange würde es dauern, bis dann auch Syrien, Israel und Ägypten Atomwaffen hätten? Es ist absurd zu denken: „Wir sind friedliebend und müssen die Atomwaffen haben, um die Unruhestifter im Zaun zu halten“. Die sogenannten Unruhestifter werden sich bemühen, dieselben Waffen zu bekommen, und wer wird sie hindern? Und wer von uns weiß, an welchem Tag er selbst als Unruhestifter dastehen wird? Es scheint uns, daß die Großmächte ein dringendes Interesse daran haben, jetzt, solange noch Zeit ist, die atomare Ausrüstung kleiner souveräner Staaten um des Weltfriedens willen zu verhindern. Wir glauben daher, daß ein kleiner Staat sich und dem Weltfrieden dient, wenn er auf Atomwaffen, die seiner souveränen Verfügung unterstehen, ausdrücklich und freiwillig verzichtet.

Dieser erste Teilaspekt stand uns vor Augen, als wir im November 1956 an Herrn Minister Strauß einen Brief schrieben, dem am 29. Januar 1957 ein ausführliches und sehr lebhaftes Gespräch mit ihm folgte. Sachlich erfuhren wir von ihm zu unserer Beruhigung, daß auch die Bundesregierung eine deutsche Atomrüstung unter nationaler Souveränität ablehnt. Damit war klar, daß wir unseren damaligen Brief an ihn, der sich eben gegen die national-souveräne Atomrüstung Deutschlands wandte, nicht veröffentlichen konnten. Zu unserer Beruhigung erfuhren wir, daß Minister Strauß eine große atomare Aufrüstung der europäischen NATO für notwendig und für eine sichere Garantie des Friedens und der Freiheit hielt.

Wenn ich unsere Stimmung nach diesem Gespräch kennzeichnen soll, muß ich sagen: Wir verließen den Minister, zum Schweigen gebracht, aber nicht überzeugt.

Ich muß mich nun dem zweiten Aspekt unserer politischen Frage zuwenden. Ist die große atomare Rüstung des Westens eine Garantie des Friedens und der Freiheit? Es wäre sehr schön, wenn sie es wäre. Dann wüßten wir, was wir zu tun haben. Aber ich behaupte, und das ist wichtigste, was ich heute sage: Sie ist es nicht. Sie schützt uns auf die Dauer gar nicht.

Dies möchte ich durch zwei Sätze erläutern: Die großen Bomben erfüllen ihren Zweck, den Frieden und die Freiheit zu schützen, nur, wenn sie nie fallen. Sie erfüllen diesen Zweck auch nicht, wenn jedermann weiß, daß sie nie fallen werden.

Sie erfüllen ihren Zweck nur, wenn sie nie fallen. Bei den alten Waffen gab es eine Aussicht, einen Krieg siegreich zu überleben. Mit ihnen zu drohen hieß, mit einer ausführbaren Handlung zu drohen. Mit den H-Bomben kann man, bei der Möglichkeit des sofortigen Gegenschlages, nur drohen, wenn man bereit ist, selbst sogleich mit dem Gegner zugrunde zu gehen. Eine Drohung aber, die nur um den Preis des eigenen Untergangs eingelöst werden kann, ist gar keine Drohung. Wenn jeder weiß, daß diese Bomben nicht fallen werden, so sind sie so gut wie nicht vorhanden.

Die Gefahr für uns alle liegt also darin, daß die Besitzer der Bomben, um mit ihnen überhaupt drohen zu können, bereit sein müssen, sie wirklich zu verwerfen. Die ehrliche Beteuerung des eigenen Friedenswillens rettet sie aus diesem Dilemma nicht. Die Hoffnung, man werde jede künftige Krise so abfangen können, wie die Suezkrise gerade noch abgefangen wurde, scheint mir nicht besser begründet als die Meinung, man könne auf die Dauer im Roulette gewinnen.

Erlauben Sie mir noch einen anderen Vergleich. Die beiden großen Machtblöcke, die sich mit diesen Waffen gegenseitig bedrohen, erinnern mich an ein Spiel, das angeblich amerikanische Studenten gelegentlich spielen: Zwei Autos — am besten möglichst alte — fahren mit höchster Geschwindigkeit genau aufeinander los. Wer zuerst bremst, hat verloren. Hoffentlich bremst einer zuerst oder, wenn die Ehre es so gebietet, beide zugleich.

Ganz besonders gefährdet sich meiner Meinung nach der Westen, wenn er seinen Schutz ausschließlich auf die Drohung mit der größten Waffe stützt; denn dadurch wird er politisch unelastisch. Hat der Westen nur noch Wasserstoffbomben und keine hinreichenden konventionellen Waffen, so wird sein östlicher Gegenspieler sich auf eine Kette so kleiner Übergriffe beschränken, daß keiner von ihnen die Entfesselung des thermonuklearen Inferno motivieren kann. Würde ein Regierungssturz im Nahen Osten, würde eine Revolte in Afrika, würde die wirtschaftliche Erwürgung von Westberlin den Westen zum Einsatz der H-Bombe veranlassen können? Die Alles-oder-Nichts-Theorie ist für Waffen so falsch, wie sie stets im Leben falsch ist. Wenn aber Atomaufrüstung und konventionelle Waffen zusammen zu teuer sind — und sie sind es für Rußland wie für uns — so drängt schon wirtschaftliche Notwendigkeit zur Abrüstung großen Stils.

Wir blieben also beunruhigt. Die Gefahr, mit einer öffentlichen Erklärung den Osten zu ermutigen, kannten wir genau. Die östlichen Beifallshymnen zu unserer Erklärung haben uns nicht überrascht. Durfte diese Rücksicht uns davon abhalten, die Wahrheit, so wie wir sie zu sehen glauben, wenigstens einmal öffentlich zu sagen? Es ist das Große der westlichen Freiheit, daß sie das Aussprechen der Wahrheit erlaubt. Und ich glaube, selbst wenn das gelegentlich taktische Nachteile mit sich bringt, ist gerade dies auch auf die lange Sicht die politische Stärke des Westens; denn er vermag sich infolge dieser Freiheit selbst zu korrigieren. Eines, was uns so viele freundliche Zuschriften in den letzten zwei Wochen nachgerühmt haben, haben wir gar nicht so sehr gebraucht: bürgerlichen Mut. Das ist das Verdienst der freiheitlichen Ordnung, in der wir leben und zu der wir stehen. Wenn wir Mut gebraucht haben, dann höchstens zu der Konsequenz, auf eine Waffe, die wir mehr als eine Gefahr denn als einen Schutz ansehen können, zu verzichten.

Auf die konkreten Anlässe, die uns schließlich dazu brachten, die Erklärung zu veröffentlichen, brauche ich nicht näher einzugehen. Hingegen möchte ich Ihnen vor dem Hintergrund alles bisher Gesagten den gedanklichen Aufbau unserer Erklärung so erläutern, wie wir es vor Tagen im Gespräch mit dem Bundeskanzler auch getan haben. Abgesehen von der notwendigen Information über die Wirkung der Atomwaffen enthält die Erklärung politische Überlegungen, in denen drei Gedanken stecken, die nicht ausdrücklich ausgesprochen sind.

Erstens: Der Westen schützt seine eigene Freiheit und den Weltfrieden durch die atomare Rüstung auf die Dauer nicht;

tistik I gehört werden. k) Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten.

3. Diplom-Handelslehrern wird empfohlen, im ersten Semester folgende Vorlesungen zu belegen und zu hören:

- Wesen und Ziele der Bildung I.
- Einführung in die Psychologie.
- Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit.
- Allgemeine Betriebswirtschaftslehre.
- Einführung in die allgemeine Volkswirtschaftslehre.
- Allgemeine Volkswirtschaftslehre.
- Buchhaltung.
- Wirtschaftsrechnen I.
- Wirtschaftsrechnen II.
- Finanzmathematik.
- Entsprechend den zu wählenden Prüfungsgebieten Vorlesungen und Übungen der Grammatik und Syntax einer Fremdsprache oder Experimentalchemie.
- Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten.

Vorklausuren

Die Vorklausuren können jeweils am Ende des Semesters nach vorheriger Anmeldung beim Diplom-Prüfungsamt geschrieben werden. Die Vorklausuren dürfen nur einmal (bisher: zweimal) wiederholt werden. Es wird empfohlen, sich sehr gründlich auf die Vorklausuren vorzubereiten, da es im Hinblick auf das weitere Studium angebracht erscheint, die technischen Fächer sehr bald hinter sich zu bringen. Es ist ratsam, bereits am Ende des ersten Semesters eine Vorklausur zu schreiben. Die Vorklausuren sind vierstündig und dürfen nur geschrieben werden, wenn folgende Vorlesungen gehört sind:

Klausur	Vorlesungen
a) Wirtschaftsrechnen und Finanzmathematik	Wirtschaftsrechnen Finanzmathematik
b) Buchhaltung	Buchhaltung I Buchhaltung II
c) Statistik	Statistik I Statistik II

Während die Vorklausuren in Wirtschaftsrechnen und Buchhaltung bereits nach dem ersten Semester geschrieben werden können, kann Statistik erst nach zwei Semestern geschrieben werden, da Statistik I und II nicht im gleichen Semester gelesen werden. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß Statistik II auch vor Statistik I gehört werden kann.

Studierende, die an einer anderen Universität Vorklausuren geschrieben haben, können beim Diplom-Prüfungsamt erfahren, inwieweit diese angerechnet werden. Als Termine für die Vorklausuren werden empfohlen:

Ende des 1. Semesters: Wirtschaftsrechnen und Finanzmathematik

Ende des 2. Semesters: Buchhaltung

Ende des 3. Semesters: Statistik

Diplomprüfungen

I. Diplomprüfung für Volkswirte

Der Kandidat muß acht (bisher: sechs) Semester an einer anerkannten deutschen Hochschule dem Studium der Wissenschaften, die Gegenstand der Diplom-Prüfung sind, obgelegen haben. Davon muß er das letzte und mindestens ein früheres Semester an der beteiligten Hochschule studiert haben. Außerdem muß er mindestens ein halbes Jahr praktisch in der Wirtschaft gearbeitet haben. Die praktische Tätigkeit wurde bereits erwähnt.

Die Prüfung erstreckt sich auf folgende fünf Pflichtfächer:

- Allgemeine Volkswirtschaftslehre (Wirtschaftstheorie) einschließlich Geld-, Bank- und Börsenwesen.
- Besondere Volkswirtschaftslehre (Volkswirtschafts- und Sozialpolitik) einschließlich Wirtschaftsgeschichte.
- Finanzwissenschaft.
- Betriebswirtschaftslehre (Allgemeine Betriebswirtschaftslehre einschließlich Finanzierung und Bilanzen).
- Die wirtschaftlich wichtigen Gebiete des bürgerlichen Rechts und die Grundzüge des öffentlichen Rechts.

Zu diesen fünf Pflichtfächern tritt ein Wahlfach.

Die Prüfung kann auf Antrag des Kandidaten durch Beschluß des Prüfungsamtes um ein oder zwei Prüfungsgebiete vermindert werden, wenn der Kandidat während der letzten drei Jahre vor einer staatlichen oder akademischen Prüfungsbehörde eine Prüfung bestanden hat, in der mindestens die

gleichen Anforderungen gestellt werden. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß in den betreffenden Fächern mindestens die Note „gut“ erzielt wurde. Unter den gleichen Voraussetzungen kann auch die wissenschaftliche Arbeit erlassen werden, wenn sie mindestens mit „befriedigend“ beurteilt wurde. Außerdem kann auf Antrag des Kandidaten bei der Prüfung selbst oder nach bestandener Prüfung über die Prüfungsfächer hinaus in einem oder mehreren Ergänzungsfächern geprüft werden.

Die Prüfung besteht aus einem mündlichen und einem schriftlichen Teil. Die Prüfungsleistungen müssen im allgemeinen aufeinander folgen. Doch können einem Kandidaten, der die Prüfung nach Ansicht des Prüfungsamtes ohne sein Verschulden hat abbrechen müssen, die schriftlichen Prüfungen noch innerhalb zweier Semester angerechnet werden.

Schriftliche Prüfung:

Die schriftliche Prüfung umfaßt folgende Leistungen:

- eine wirtschaftswissenschaftliche Arbeit gemäß § 10, I der Pflichtordnung. Ein Thema hierzu kann von dem Kandidaten frühestens am Ende des fünften (bisher: vierten) Studiensemesters und nicht vor erfolgreicher Ablegung sämtlicher Vorklausuren beim Prüfungsamt beantragt werden. Die Frist zur Abgabe der wissenschaftlichen Arbeit umfaßt den Zeitraum von sechs Monaten. Mit der Zuteilung des Themas beginnt das Prüfungsverfahren. Der Kandidat kann das Thema innerhalb von zwei Monaten nach Erhalt mit Begründung zurückgeben. Der geschäftsführende Vorsitzende des Prüfungsamtes entscheidet darüber, ob die vorgebrachten Gründe als ausreichend angesehen werden können. Bei ausreichender Begründung kann der Kandidat bei der nächsten Themenverteilung ein neues Thema erhalten. In diesem Fall werden die eingezahlten Gebühren angerechnet. In besonderen Fällen kann mit Begründung auch das zweite zuteilte Thema zurückgegeben werden. Darüber hinaus ist eine nochmalige Rückgabe des zuteilten Themas ausgeschlossen. Wird die Diplomarbeit innerhalb der gestellten Frist nicht abgeliefert, so gilt die Prüfung als nicht bestanden.
- je eine Klausurarbeit aus den Pflichtfächern (siehe oben) und dem Wahlfach (nach der alten Prüfungsordnung aus den fünf Pflichtfächern). Für jede Klausurarbeit werden mindestens zwei Aufgaben zur Wahl gestellt, zur Anfertigung stehen je bis zu fünf Stunden zur Verfügung.

Mündliche Prüfung:

Über die Zulassung zur mündlichen Prüfung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsamtes. Nicht zugelassen wird, wer in der wissenschaftlichen Arbeit oder in zwei Klausurarbeiten nicht genügt hat. Das Ergebnis der Prüfung wird auf Grund der mündlichen und schriftlichen Prüfung bestimmt. Die Leistungen des Kandidaten in Übungen und Seminaren können dabei berücksichtigt werden. Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn der Kandidat zur mündlichen Prüfung nicht zugelassen wird, in einem der volkswirtschaftlichen Pflichtfächer einschließlich Finanzwissenschaft oder zwei sonstigen Fächern nicht genügt oder wenn das „Nicht ausreichend“ in einem der sonstigen Fächer nicht durch gute Leistungen in anderen Fächern ausgeglichen wird.

Wer die Prüfung nicht bestanden hat, kann sie frühestens nach einem Semester wiederholen. Ist die wissenschaftliche Arbeit mindestens als „befriedigend“ beurteilt worden, so kann dem Kandidaten die Anfertigung einer neuen Arbeit erlassen werden. Im übrigen muß die gesamte schriftliche und mündliche Prüfung wiederholt werden. Ein Wechsel der Fächer ist bei der Wiederholung nicht zulässig.

Eine zweite Wiederholung ist nur aus wichtigen Gründen mit Genehmigung des Ministers zulässig.

Die Prüfungsgebühren in Höhe von 100,— DM für die Diplom-Prüfung für Volkswirte (Wiederholungsprüfung 50,— DM; für erweiterte Prüfung 40,— DM; Wiederholung der erweiterten Prüfung 20,— DM) sind zugleich mit der Meldung zur Prüfung zu entrichten. Sie sind an die Universitätsquästur zu zahlen, und zwar 50,— DM bei dem Antrag auf Zuteilung für die wissenschaftliche Hausarbeit, die restlichen 50,— DM bei der Meldung zur Diplom-Prüfung.

(Wird fortgesetzt)

Übersicht über die Prüfungsordnungen

der Fachrichtungen sämtlicher Fakultäten an den Universitäten des Landes Hessen

(Fortsetzung)

c) **Die mündliche Prüfung** schließt sich an die Aufsichtsarbeiten an. Sie wird von einem viergliedrigen Ausschuß des Prüfungsamtes abgenommen, dem möglichst zwei Universitätslehrer des Rechts angehören sollen. An die Stelle eines Universitätslehrers des Rechts kann ein Universitätslehrer für wissenschaftliche Politik treten, falls er die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst erlangt hat. Es sollen jeweils 5 Bewerber zusammen während einer Zeitdauer von etwa 5 Stunden geprüft werden. Versäumt ein Prüfling die mündliche Prüfung und leistet er ohne genügende Entschuldigung auch der zweiten Ladung nicht Folge, so ist die Prüfung nicht bestanden. Sie gilt auch dann als nicht bestanden, wenn der Prüfling ohne Genehmigung des Präsidenten des Prüfungsamtes von der Prüfung zurücktritt.

Die einzelnen Prüfungsleistungen sind zu bewerten mit „sehr gut“, „gut“, „voll befriedigend“, „befriedigend“, „ausreichend“, „mangelhaft“, „ungenügend“. Die Beurteilung der Leistungen in der mündlichen Prüfung ist an die angegebenen Noten nicht gebunden. Genügen die Leistungen des Prüflings insgesamt den Anforderungen, so ist die Prüfung für bestanden zu erklären, und zwar als „ausreichend“, „befriedigend“, „voll befriedigend“, „gut“ oder „sehr gut“. Entscheidend für das Gesamtergebnis ist die freie Überzeugung, ob der Bewerber für den Vorbereitungsdienst reif ist. Dabei sollen auch die Leistungen während des Studiums berücksichtigt werden. Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn die Leistungen nicht den Anforderungen entsprechen. Die Entscheidung des Ausschusses ist endgültig. Der Prüfling, der die Prüfung bestanden hat, erhält darüber von dem Präsidenten des Prüfungsamtes ein Zeugnis.

Die Wiederholung der Prüfung ist einmal gestattet. Die Prüfung ist vollständig zu wiederholen. Einzelne Prüfungsleistungen können jedoch nach Befürwortung durch den Prüfungsausschuß erlassen werden. Der Prüfling kann frühestens nach 6 Monaten wieder zur Prüfung zugelassen werden, er muß während eines Halbjahres das Rechtsstudium an einer Universität fortsetzen und mindestens an einer mit schriftlichen Arbeiten verbundenen Übung teilnehmen. Der Präsident des Prüfungsamtes kann weitere Auflagen machen, wenn der Prüfungsausschuß dies für erforderlich hält. Eine nochmalige Wiederholung der Prüfung kann in Ausnahmefällen von dem Präsidenten des Prüfungsamtes gestattet werden, wenn ein Prüfling bei zweimaligem Mißerfolg eine Prüfung wegen Versäumnis einer Frist oder eines Termins nicht bestanden hat. Ist der Prüfling wegen eines Täuschungsversuchs von der Prüfung ausgeschlossen worden und die Prüfung für nicht bestanden erklärt, so kann er auf besonderen Antrag beim Präsidenten des Prüfungsamtes und mit Genehmigung des Präsidenten des Landesprüfungsamtes die Prüfung ausnahmsweise wiederholen.

Promotionsordnung der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät verleiht den Grad eines Dr. jur. auf Grund einer von dem Bewerber verfaßten Dissertation und einer mündlichen Prüfung. Ein Rechtsanspruch auf die Zulassung zur Promotion besteht nicht.

Der Bewerber muß das Reifezeugnis einer anerkannten deutschen höheren Schule oder ein als gleichwertig anerkanntes Zeugnis besitzen. Die Fakultät kann ein ausländisches Reifezeugnis als ausreichend anerkennen, wenn die im Ausland erworbene Vorbildung gleichwertig ist. Der Bewerber muß die lateinische Sprache beherrschen, soweit dies für das Verständnis der Rechtsquellen notwendig ist; dies ist durch das große Latinum nachzuweisen, wenn nicht die Fakultät durch Beschluß hiervon befreit.

Die Zulassung zur Promotion setzt ein Studium der Rechtswissenschaft von 7 Semestern voraus. Wer die erste juristische Staatsprüfung bestanden hat, braucht nur ein Studium von

6 Semestern nachzuweisen. War der Bewerber nicht in einer Rechtswissenschaftlichen Fakultät eingeschrieben, so entscheidet über die Anrechnung von Semestern die Fakultät.

Von der erforderlichen Studienzeit müssen wenigstens 2 Semester an der Johann Wolfgang Goethe-Universität verbracht sein. Von diesem Erfordernis kann die Fakultät in besonderen Ausnahmefällen befreien; Voraussetzung hierfür ist in der Regel, daß der Bewerber 2 Semester als Gasthörer an der Universität Frankfurt verbracht hat.

Die Fakultät kann ein Studium der Rechtswissenschaft an einer nicht deutschen Universität auf die erforderliche Studienzeit anrechnen. Der Bewerber muß an mindestens 5 rechtswissenschaftlichen Übungen mit schriftlichen Arbeiten teilgenommen haben. Der Bewerber muß Schüler oder wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Lehrers der Fakultät sein. Andere Bewerber können nur ausnahmsweise bei Nachweis besonderer wissenschaftlicher Leistungen zugelassen werden.

Ein Bewerber, der die erste juristische Staatsprüfung bestanden hat, kann nur zugelassen werden, wenn er diese oder die zweite juristische Staatsprüfung mindestens mit dem Prädikat „befriedigend“ bestanden hat. In besonderen Ausnahmefällen kann die Fakultät von diesem Erfordernis absehen.

Das Zulassungsgesuch ist an den Dekan zu richten. Dem Gesuch sind beizufügen:

- ein Lebenslauf in deutscher Sprache, der auch über den Bildungsgang des Bewerbers Aufschluß gibt,
- ein Führungszeugnis der Universitätsbehörde und der Polizeibehörde des letzten Wohnorts,
- die Zeugnisse über die Vorbildung und das Studium,
- eine Erklärung darüber, ob und mit welchem Erfolg der Bewerber bereits eine Doktor-, Diplom- oder Staatsprüfung abgelegt hat oder ob er eine solche Prüfung abzulegen versucht hat,
- die Dissertation in zwei Exemplaren,
- die Quittung über die eingezahlte Promotionsgebühr,
- 1 Lichtbild.

Das Zulassungsgesuch kann nicht mehr zurückgenommen werden, wenn die Prüfung für nicht bestanden erklärt worden ist oder die mündliche Prüfung begonnen hat.

Die Dissertation muß eine wissenschaftlich beachtliche Leistung sein und die Fähigkeit des Bewerbers dartun, selbstständig wissenschaftlich zu arbeiten. Der Bewerber hat in der Dissertation anzugeben, welche Quellen und Hilfsmittel er für ihre Ausarbeitung benutzt hat. Am Schluß dieser Dissertation hat er folgende Erklärung abzugeben:

„Ich versichere an Eides Statt, daß ich nur die von mir angegebenen Quellen und Hilfsmittel für die Ausarbeitung der Dissertation benutzt und daß ich die aus anderen Schriften wörtlich oder annähernd wörtlich entnommen Stellen kenntlich gemacht habe. Ich versichere ferner an Eides Statt, daß ich mich fremder Hilfe nur insoweit bedient habe, als ich dies angeben habe, und im übrigen der selbständige Urheber der Arbeit bin.“

Sind die Voraussetzungen für die Zulassung des Bewerbers erfüllt, so bestellt der Dekan für die Begutachtung der Dissertation zwei planmäßige Professoren als Berichterstatter. Zum Berichterstatter kann mit seinem Einverständnis auch ein emeritierter Professor bestellt werden. Bei Dissertationen aus Grenzgebieten kann die Fakultät den zweiten Berichterstatter aus einer anderen Fakultät oder einer anderen Universität bestellen.

Berichterstatter kann auch ein Honorarprofessor, ein außerplanmäßiger Professor oder ein seit mindestens 4 Semestern lehrender Privatdozent sein. Zum Mitberichterstatter ist in diesem Falle ein planmäßiger Professor zu bestellen.

Wenn die Berichterstatter die Annahme der Arbeit vorschlagen, wird den Mitgliedern der engeren Fakultät hiervon Mitteilung gemacht und ihnen bis zum Vortage der mündlichen Prüfung Gelegenheit zur Einsicht in der Dissertation und die Gutachten gegeben. Über Einsprüche gegen die Annahme oder die Beurteilung der Dissertation entscheidet die Fakultät.

Ist von einer Umarbeitung der Dissertation eine bessere Leistung zu erwarten, so wird sie dem Bewerber zu diesem Zwecke unter Bestimmung einer Frist vom Dekan zurückgegeben. Die Frist kann aus besonderen Gründen verlängert werden. Nach erfolglosem Ablauf der Frist wird die Dissertation abgelehnt.

Besteht keine Übereinstimmung zwischen den Berichterstatern über Annahme, Ablehnung oder Verbesserung der Arbeit, so entscheidet die Fakultät.

Wird die Dissertation abgelehnt, so hat der Dekan die Prüfung für nicht bestanden zu erklären.

Die Urschrift der Dissertation bleibt bei den Akten; die übrigen Anlagen des Gesuchs werden dem Bewerber auf Verlangen ausgehändigt.

Der Bewerber kann für die mündliche Prüfung vier Fächer angeben, und zwar: 1. Bürgerliches Recht, 2. Strafrecht oder Öffentliches Recht, 3. Rechtsgeschichte oder Rechtsphilosophie oder Römisches Recht, 4. ein Wahlfach.

Die mündliche Prüfung eines Bewerbers, der die erste juristische Staatsprüfung bestanden hat, findet vor einem vom Dekan zu bestellenden Prüfungsausschuß von regelmäßig 4 Fakultätsmitgliedern unter dem Vorsitz des Dekans oder seines Stellvertreters statt. Dem Prüfungsausschuß soll der erste Berichterstatte angehören. Der Dekan oder sein Stellvertreter oder ein anderes Mitglied des Prüfungsausschusses muß während der ganzen Dauer der mündlichen Prüfung anwesend sein. Die mündliche Prüfung eines Bewerbers, der keine juristische Staatsprüfung abgelegt hat, findet in dauernder Anwesenheit der ganzen Fakultät statt.

Die mündliche Prüfung soll feststellen, daß der Bewerber sich eine gründliche rechtswissenschaftliche Bildung angeeignet hat und rechtswissenschaftliche Probleme selbständig zu durchdenken vermag.

Nach der mündlichen Prüfung entscheidet der Prüfungsausschuß über die Gesamtnote der Prüfung. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Die Gesamtnote lautet: rite, cum laude oder magna cum laude; bei hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen: summa cum laude.

Eine höhere Gesamtnote als rite darf nur erteilt werden, wenn die Dissertation als eine gute Leistung beurteilt worden ist. Über den allgemeinen Verlauf der mündlichen Prüfung wird eine Niederschrift aufgenommen.

Wird die Prüfung nicht bestanden, so entscheidet der Prüfungsausschuß, ob und nach welcher Frist sie wiederholt werden kann. Eine nochmalige Wiederholung ist unzulässig.

Nach bestandener mündlicher Prüfung hat der Bewerber 6 Schreibmaschinenexemplare der druckfertigen Dissertation einzureichen. Er kann stattdessen auch die Arbeit drucken lassen; in diesem Falle bestimmt der Dekan die Anzahl der einzureichenden Exemplare. Hat der Bewerber dieser Pflicht binnen einem Jahr nicht genügt, so verliert er die Anwartschaft auf den Doktorgrad.

Hat der Bewerber allen Erfordernissen genügt, so erfolgt die Promotion durch Aushändigung des mit dem Fakultätsiegel versehenen Doktordiploms. Der Bewerber ist erst nach Aushändigung des Diploms zur Führung des Doktorgrades berechtigt. Eine Ausfertigung des Diploms wird zu den Fakultätsakten genommen.

Die Promotionsgebühr beträgt 200,— DM. Die Gebühr kann begabten und bedürftigen Bewerbern ganz oder zum Teil erlassen werden.

Der Doktorgrad wird durch die Fakultät entzogen, wenn sich herausstellt, daß der Inhaber ihn infolge einer Täuschung oder eines Irrtums der Fakultät über wesentliche Voraussetzung für die Verleihung erworben hat. Ist das Diplom noch nicht ausgehändigt worden, so werden unter den gleichen Voraussetzungen durch die Fakultät die Promotionsleistungen für ungültig erklärt.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

Die neuen Diplom-Prüfungsordnungen haben wir zur allgemeinen Information unmittelbar nach ihrer Genehmigung durch den Kultusminister im Oktober-DISKUS 1955 in ihrem vollen Wortlaut veröffentlicht. Wir beschränken uns deshalb jetzt darauf, alle wesentlichen Bestimmungen kurz darzu-

stellen. Wer vor dem Inkrafttreten der neuen Prüfungsordnungen — also vor dem 1. April 1955 — mit dem Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften begonnen hat, kann auf Antrag hin bis zum 31. Mai 1958 nach den alten Bestimmungen zur Prüfung zugelassen werden. Im folgenden werden deshalb auch die wichtigsten Abweichungen der alten Prüfungsordnungen kurz dargestellt.

Die Studienrichtungen bei der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät sind

a) **Volkswirtschaftslehre.** Ordnungsmäßiger Abschluß des volkswirtschaftlichen Hochschulstudiums ist die volkswirtschaftliche Diplom-Prüfung. Auf Grund der bestandenen Prüfung wird der akademische Grad „Diplom-Volkswirt“ verliehen.

b) **Betriebswirtschaftslehre.** Ordnungsmäßiger Abschluß ist auch hier die Diplom-Prüfung. Ihr Bestehen berechtigt zur Führung des akademischen Grades „Diplom-Kaufmann“.

c) **Wirtschaftspädagogik.** Durch die Diplom-Prüfung in dieser Fachrichtung wird die wissenschaftliche Befähigung für das Handelslehramt nachgewiesen. Auf Grund der bestandenen Prüfung wird der akademische Grad „Diplom-Handelslehrer“ verliehen.

Das volkswirtschaftliche, das betriebswirtschaftliche und das wirtschaftspädagogische Studium umschließen nicht streng voneinander zu trennende Wissensgebiete. Alle beschäftigen sich mit Wirtschaftsproblemen, legen aber bei ihren Forschungen das Schwergewicht auf verschiedene Untersuchungsobjekte. So sind Erfahrungsobjekt des volkswirtschaftlichen Studiums in erster Linie die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge, während das betriebswirtschaftliche Studium vor allem die Analyse der einzelnen Betriebswirtschaften (so z. B. Bank-, Industrie- oder Handelsbetrieb) zum Inhalt hat. Das wirtschaftspädagogische Studium bereitet im Rahmen der gewählten Fachrichtung auf den Lehrberuf an den einschlägigen Fachschulen (Wirtschaftsoberschulen, Handelsschulen und kaufmännischen Berufsschulen) vor.

Vorbedingungen

Neben dem Reifezeugnis oder einem gleichwertigen Abschlußzeugnis wird bei der Meldung zur volkswirtschaftlichen und kaufmännischen Diplomprüfung der Nachweis einer praktischen Tätigkeit von mindestens einem halben Jahr gefordert. Die praktische Tätigkeit kann jedoch nur angerechnet werden, soweit sie außerhalb der Vorlesungsmonate geleistet worden ist (entweder vor Beginn des Studiums oder in den Semesterferien). Die Praxis muß zusammenhängend, wenigstens aber in Abschnitten von mindestens je zwei Monaten Dauer absolviert werden. Der Nachweis darüber ist durch Zeugnisse zu führen, die rechtsverbindliche Unterschriften tragen und ausführlich Auskunft über Art und Dauer der Beschäftigung geben. Das Prüfungsamt kann die Meldung zur Prüfung zurückweisen, wenn ihm die nachgewiesene praktische Tätigkeit nach ihrer Art und nach ihrer Dauer nicht als ausreichend erscheint. Volkswirte haben eine entsprechende praktische Tätigkeit in Wirtschaft oder Verwaltung, Kaufleute und Handelslehrer eine solche in kaufmännischen Unternehmungen nachzuweisen. Eine Tätigkeit bei Behörden oder Verbänden kann jedoch auch Kaufleuten bis zu zwei Monaten angerechnet werden, wenn der Kandidat nachweisbar hauptsächlich mit betriebswirtschaftlichen Fragen beschäftigt war. Handelslehramtskandidaten haben mindestens ein Jahr kaufmännisch-praktischer Tätigkeit nachzuweisen. Davon muß ein halbes Jahr zusammenhängend, möglichst vor Beginn des Studium oder während einer einsemestrigen Studienunterbrechung abgeleistet werden, während das zweite Halbjahr in den Semesterferien absolviert werden kann. In jedem Falle muß die kaufmännisch-praktische Tätigkeit bis zu Beginn des vierten (bisher: fünften) Semesters abgeleistet sein. Auf das Praktikum der Handelslehramtskandidaten kann auch eine Tätigkeit bei einem Jugendamt, einem Jugendgericht, in der Berufsberatung eines Arbeitsamtes o. ä. bis zu einer Dauer von drei Monaten angerechnet werden.

Studienaufbau

1. Die Anfangssemester vermitteln durch den Besuch der einleitenden Vorlesungen und Übungen einen Einblick in das wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Studium und

umschließen allgemeinbildende Vorlesungen anderer Fakultäten nach eigener Wahl.

In den mittleren Semestern wird durch den Besuch der Spezialvorlesungen mit den entsprechenden Übungen und Proseminaren die Ausrichtung auf eine bestimmte Studienrichtung erreicht. Die Schlußsemester dienen der Vertiefung des Spezialwissens und der Wiederholung des gesamten Stoffgebietes durch weiteren Besuch der Spezialvorlesungen und durch Mitarbeit in den Hauptseminaren.

2. Im Verlauf des Studiums sind Nachweise zu erbringen über:

a) erfolgreiche Teilnahme an den Vorklausuren in Wirtschaftsrechnen und Finanzmathematik sowie in Buchhaltung. Die Vorklausuren können in der Regel nur einmal (bisher: zweimal) wiederholt werden und müssen spätestens 4 Semester vor Beginn der Diplom-Prüfung mit Erfolg abgelegt sein (gemäß der alten Prüfungsordnung 2 Semester). Von den Vorklausuren in Wirtschaftsrechnen, Finanzmathematik und Buchhaltung können die Absolventen der Wirtschaftsoberschulen und der zweijährigen höheren Handelsschulen befreit werden, soweit die entsprechenden Zeugnisnoten bei den Absolventen der Wirtschaftsoberschulen mindestens ausreichend, bei den Absolventen der Handelsschulen mindestens gut sind.

b) Die Statistik-Klausur entfällt für Handelslehramtskandidaten, doch ist die Teilnahme an der Vorlesung Statistik und den Übungen zu empfehlen. Nach der alten Prüfungsordnung sind Volkswirte, die Statistik (außer ihren Pflichtfächern) als Prüfungsfach wählen, von der Vorklausur in Statistik befreit.

c) erfolgreiche Teilnahme an mindestens je einem Seminar
a) für Betriebswirte in: Allgemeiner Betriebswirtschaftslehre, Spezieller Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre, b) für Volkswirte in: Allgemeiner Volkswirtschaftslehre, Volkswirtschaftspolitik oder Finanzwissenschaft, Statistik und Betriebswirtschaftslehre, c) für Handelslehrer in: Allgemeiner Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftspädagogik und Volkswirtschaftslehre. Die erfolgreiche Teilnahme wird durch Seminarscheine nachgewiesen, zu deren Erlangung eine schriftliche Hausarbeit bzw. ein Referat und eine Klausurarbeit gefordert werden, die beide wenigstens mit der Note ausreichend bewertet sind. Voraussetzung für die Teilnahme an einem Seminar (Hauptseminar) ist die Bescheinigung über die Teilnahme an einem Proseminar oder einer entsprechenden Übung (bzw. Seminar-Zulassungs-Prüfung). Auch zur Erlangung eines Proseminar- bzw. Übungsscheines sind zwei als mindestens ausreichend beurteilte schriftliche Arbeiten notwendig. (Nach der alten Prüfungsordnung ist für Betriebswirte der Erwerb mindestens eines Proseminarscheines sowie für alle Fachrichtungen der Nachweis von mindestens zwei Institutspraktika erforderlich. Das Institutspraktikum dient nach der alten Prüfungsordnung als Nachweis der erfolgreichen Mitarbeit in einem Seminar bzw. Hauptseminar. Ein Institutspraktikum wird gewährt

1. in den volkswirtschaftlichen Seminaren für die Anfertigung eines Referates sowie erfolgreiche Teilnahme an einer Übungsklausur,
2. in den betriebswirtschaftlichen Hauptseminaren für die Anfertigung eines Referates sowie erfolgreiche Teilnahme an einer Klausur.

Im übrigen wird empfohlen, erst nach dem 4. Semester an Seminaren bzw. Hauptseminaren teilzunehmen.

d) Erwerb eines BGB-Übungsscheines für Anfänger (nicht erforderlich, aber sehr zu empfehlen).

e) Handelslehramtskandidaten sind zum Nachweis einer zweisemestrigen Teilnahme an praktisch-pädagogischen Übungen verpflichtet.

f) Anfertigung einer Diplom-Arbeit. Die Themen zu dieser ersten größeren wissenschaftlichen Hausarbeit werden frühestens am Ende des fünften (bisher: vierten) Semesters zugeteilt. Die Bearbeitungszeit beträgt sechs Monate, in Ausnahmefällen kann Verlängerung beantragt werden.

g) Ordnungsmäßiges Studium. Der Nachweis ist durch das Studienbuch zu erbringen. Die Mindestzahl der je Prüfungsfach zu belegenden und durch Testate nachzuwei-

senden Stunden beträgt an Vorlesungen, Übungen und Seminaren

1. für Volkswirte

aus dem Gebiet der	
Allgemeinen Volkswirtschaftslehre	30 Stunden
Speziellen Volkswirtschaftslehre	20 Stunden
Finanzwissenschaft	15 Stunden
Betriebswirtschaftslehre	20 Stunden
Rechtswissenschaft	16 Stunden
Wahlfächer	je 12 Stunden

2. für Kaufleute

aus dem Gebiet der	
Allgemeinen Betriebswirtschaftslehre	30 Stunden
Speziellen Betriebswirtschaftslehre	15 Stunden
Volkswirtschaftslehre	25 Stunden
Rechtswissenschaft	16 Stunden
Wahlfächer	je 12 Stunden

3. für Handelslehrer

aus dem Gebiet der	
Allgemeinen Betriebswirtschaftslehre	30 Stunden
Wirtschaftspädagogik	30 Stunden
Speziellen Betriebswirtschaftslehre	15 Stunden
Volkswirtschaftslehre	25 Stunden
Rechtswissenschaft	16 Stunden
Wahlfächer	je 12 Stunden

(Nach der alten Prüfungsordnung galt ein ordnungsgemäßes Studium durch insgesamt 120 Wochenstunden als nachgewiesen.) Anhaltspunkte für die Verteilung der Stunden auf die einzelnen Studiengebiete geben folgende Mindestzahlen:

1. Volkswirte

Volkswirtschaftslehre	40 Stunden
Betriebswirtschaftslehre	30 Stunden
Rechtswissenschaft	25 Stunden

2. Kaufleute

Betriebswirtschaftslehre	40 Stunden
Volkswirtschaftslehre	30 Stunden
Rechtswissenschaft	25 Stunden

(Für Wahlfächer waren nach der alten Prüfungsordnung mindestens 6 Wochenstunden erforderlich.)

3. Den ordnungsmäßigen Abschluß des Studiums bildet die Diplom-Prüfung. Sie umfaßt einen mündlichen und einen schriftlichen Teil. Die Diplomprüfung kann frühestens zu Beginn des neunten (früher: siebenten) Semesters abgelegt werden.

Empfehlung zur Gestaltung des ersten Studiensemesters für Diplom-Volkswirte, Diplom-Kaufleute und Diplom-Handelslehrer

1. Es ist angebracht, daß der Studierende das erste Semester dazu benutzt, sich langsam in sein Studiengebiet einzufinden. Doch ist es genau so wesentlich, daß er die Gelegenheit wahrnimmt, im ersten Semester etwas heranzuhören, um einen möglichst großen Einblick in andere Studiengebiete zu erhalten. Der Studierende erwirbt sich durch diesen Einblick in die Arbeitsfelder anderer Wissenschaften eine bessere Basis für sein Fachstudium. Es wird empfohlen, Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten zu besuchen, die als solche im Vorlesungsverzeichnis besonders gekennzeichnet sind. Mehr als insgesamt 26 Wochenstunden zu belegen, erscheint nicht ratsam.

2. Diplom-Kaufleuten und Diplom-Volkswirten wird empfohlen, im ersten Semester folgende Vorlesungen zu belegen und zu hören:

a) Einführung in die Volkswirtschaftslehre, b) Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Übungen, falls diese vom gleichen Dozenten gehalten werden, c) Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Übungen, falls diese vom gleichen Dozenten gehalten werden, d) Bürgerliches und Handelsrecht für Wirtschaftswissenschaftler, e) Buchhaltung, f) Wirtschaftsrechnen I, g) Wirtschaftsrechnen II, h) Finanzmathematik, i) Statistik I. Jedoch kann auch Statistik II vor Sta-

Bolivien

Wenn Sie nicht krank werden wollen, essen Sie in La Paz nie Salat, nehmen Sie die „well-top“-Pillen gegen die Höhenluft und gehen Sie nach acht abends nicht ins Indio-Viertel. Soweit die Ratschläge der USA-Lady vom Flugzeugsitz nebenan.

Dabei konnte nun der Negerjunge vor mir das Lachen nicht mehr halten und platzte los. In Cochabamba hatte er mir die zwanzig Armbanduhr gezeigt, die er über die Grenze von Brasilien geschmuggelt hatte. Er ist dreizehn Jahre alt.

Hier ist man schon allerhand gewöhnt, und doch . . .

Highest commercial airport in the world, leuchtet es etwas abgewaschen von einer Holztafel. Die Information fährt fort: Hier sind Sie höher als in Tibet, trinken sie auch hier Coca-Cola. Aber dahinter die bolivianische Fahne in rot-gelbgrün, Indianer in blauen, grobwohlen Uniformen. Ich denke an die Höhenluft und daß ich in der Hauptstadt des Landes bin. Aber von beidem keine Spur: Es ist frühlingsmild und unwahrscheinlich klar. Ich drehe mich um, entdecke ein paar flachgedeckte Schuppen, eine Erdrollbahn, dürftig mit kleinen Fähnchen abgesteckt. Nirgends ein Baum, kein Zeichen der Stadt.

Doch drüben, jenseits des altiplano, glänzen Schneeberge. Illimani und Illampu, die 6000er der Kordillere. Festgeballte Wolken jagen unaufhörlich von ihnen herüber, schwer und greifbar. Wir haben eine Postenkette durchschritten. Ausweise in der Hand. Aber kaum einer konnte lesen. Kleine braune Menschen und mißtrauische Gesichter. Die Revolution hat den Hunger gebracht. Auch für die neugebackenen Zollbeamten. Schon sind die Briefmarken im Wert von 5 Bolivianos mit einer roten 500 überdruckt.

Die wenigen Taxis nehmen acht Personen mit, ehe sie starten. In Serpentina geht es hinunter zur Stadt. Dies sind die einzigen fünf Kilometer betonierter Straße in einem Land von der mehrfachen Größe Deutschlands! Jetzt schlägt die Verwirrung in mein Bewußtsein: Soldatentransporte in alten amerikanischen Lastwagen, Frauen mit Säuglingen auf den Rücken gebündelt, barfuß Männer und Kinder mit runden, schwarzen Hüten, tote, plattgewalzte Hunde auf der Fahrbahn. Dabei eine meilenweite Sicht, doch nirgends ein Grün, kein einziger Grashalm. Ein paar Hundert gepflanzte Eukalyptusbäume werfen einen kärglichen Schatten. Erdhütten ohne Fenster, geduckte braune Gestalten in endloser, verstaubter Schlange: Hungersnot. Es werden Trockenkartoffeln verteilt. Kinderfinger patschen an die Taxischeiben. Doch mein Blick wird von einer Herde weißer, wolliger Lamas eingefangen, die man zur Seite prügelt, um uns Untier durchzulassen. Lamas, hochgereckte, stolze, ruhige Tiere des altiplano! Ich finde keine Zeit, sie zu beschreiben: Die ersten Hochhäuser — es ist die Universität — ragen gelb aus dem Meer der Erdhütten. Wohin bin ich geraten?

Weiter windet sich die Straße hinab. Rings von der Hochebene umschlossen, ist La Paz in eine Schlucht gebaut, nur 3800 m hoch. Kaum erhebt sie sich aus der gigantischen Welt von Moränenschutt, mineralisch blau und rot schimmernden Einbrüchen und hochgetürmten Quadern. Das ist

die gelben Schnabelboote der Indios dahin. Bei Tiquina, der schmalsten Stelle, bilden ein Dutzend rechteckiger Segel eine bewegliche Brücke. Stundenlang grasen Wasserbüffel die spärlichen Ufer ab. Ein paar Kinder rennen zwischen ihnen herum, treiben sie immer wieder ins Wasser, damit sie sich auch an die Wasserpflanzen machen. Wer ist nicht erstaunt, daß aus der trostlosen Steppe auf einmal eine Herde Lamas auftaucht? Es bleibt unverständlich und wunderbar, wie sie aus dem verbrannten Steppengestrüpp, aus diesem gleichsam achtlos darübergestreuten gelben Stoppelgras ihre hohen schmalen Köpfe entstehen lassen.

Wie kam es, daß die Felder verlassen wurden, daß heute hungernde Scharen zu Fuß und tagelang bis nach La Paz wandern, um Lebensmittel zu bekommen?

„Geht in die Bergwerke nach Ororo, ihr werdet besser leben!“, waren die Parolen der Politik. Aber man kann keine Analphabeten in drei Jahren industrialisieren. Die mit Gewalt verstaatlichten Minen leisteten weniger als zuvor. Zwar wurden in der Hauptstadt einige neue Villen gebaut, aber die versprochenen Einfuhren blieben aus.

Ihre Felder waren verlassen. Keine Schrift, keine Götterbilder ermahnten an die alte Welt. Was blieb, um den Hunger unfühler zu machen? Coca. Cocablätter, die getrocknet und dann gekaut werden. Coca, schon längst bekanntes Rauschmittel, trat seinen Vernichtungszug an. Coca macht

Das Höchste, wozu sich ein schwacher Kopf von Erfahrung erheben kann, ist die Fertigkeit, die Schwächen besserer Menschen auszufinden.

Lichtenberg

schmerzlos, Coca versetzt einen in einen gefühllosen Rausch. Und in diesem verschafft man sich Alkohol, billiges, schwaches Bier. Und Abend für Abend findet man Hunderte von betrunkenen Indianern in den Gassen der Vorstädte liegen. Da torkeln sie hin, fallen übereinander, bleiben liegen.

Deshalb auch der gute Rat einer amerikanischen Lady . . .

Bei Tiquina versinkt eine Kirche. Aus Lehm auch sie, wie alles hier. Die rohe Erde wird angefeuchtet, zu Blöcken geformt und an der Sonne getrocknet. Dann aufeinandergeschichtet. Ihre klobigen Türme stehen schief, die Fenster sind noch mit Brettern vernagelt, kostbaren Brettern. Aber Indianer stehlen nicht, auch nicht aus einer verfallenden Kirche. Die Missionare scheiterten ebenso wie die ehrgeizigen jungen Politiker, die mit gelben und roten Wahlscheinen den Indios „Bürgerrechte“ verliehen.

Einstmals gab es auch Götterbilder. In Tiahuanaco steht das Sonnentor, aus zwei tonnenschweren Trachytblöcken errichtet. Noch heute schiebt sich nicht einmal eine Messerklinge zwischen sie. Aber man streitet, ob die Incas diese Tempelstätten schufen oder ein anderes, vergangenes Volk. Man weiß nicht recht, ob die heutigen Indios Nachkommen der Incas sind oder von anderer Herkunft.

In Tiahuanaco fragt niemand danach. Die englischen Ingenieure, die dort vor 40 Jahren die Eisenbahn bauten, beantworteten das Problem auf ihre Weise: Sie verwendeten Opfersteine, Sandsteingötzen und Urnen als willkommenes Dichtungsmaterial für ihren Damm. Noch hat keiner gewagt, ihn wieder abzutragen, um alter Götter willen . . .

Dies liegt im Dunkeln. Die Zukunft auch, denn mit wirtschaftlichen Mitteln allein ist es nicht getan. Wenn man allein ist, vergißt man das Fragen.

Denn die Schneefelder des Illimani erglühn im letzten Licht. Rosa Wolken überziehen den Himmel, färben sich ein, werden schwer, verblassen. Die Silhouetten von Kakteen werden schärfer. Von kaum einem Menschen erkannt, schließen sich die roten Sonnen ihrer Blüten. Hier und dort gehen in weiter Entfernung Indianer über die Ebene. Die Köpfe der auf den Rücken gebundenen Kinder wippen im Takt der Schritte. Ich erinnere mich an die stummen bettelnden Augen aus einem schmutzverkrusteten Gesicht. An die hingeebenen kleinen Hände, die mit den schwarzen Strähnen und den Zöpfen ihrer Mutter spielten, unbekümmert, während sie Orangen aus den Abfalltonnen eines Konsulats suchte.

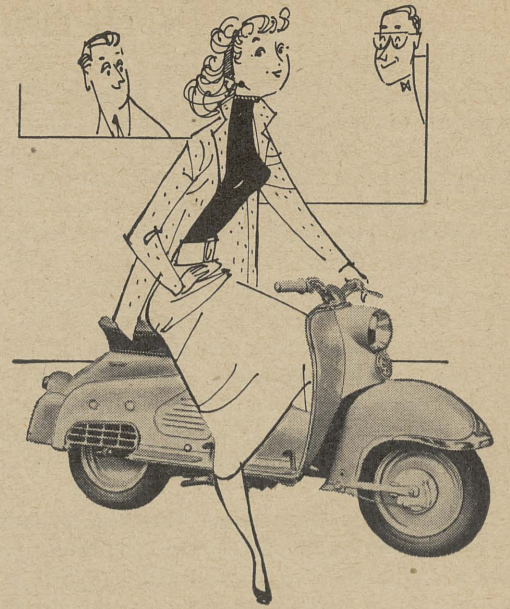
Unverständliche Welt, in der es für die einen keine Schulen, keine Krankenhäuser, keine Friedhöfe gibt. Und viele frieren. In der die anderen ihre knallgelben Mercuries fahren. In deren Hotel Copacabana gibt es nur Zimmer mit Bad. Und Palmen im Vorraum. Und französische Speisekarten für USA-Bürger und Kupferbosse.

Wer weiß von denen noch von den Urwäldern des Matto Grosso, den sie heute überflogen? Oder von den Kratern erloschener Vulkane, als sich die Maschine von der chilenischen Stadt Arica bis zum altiplano hochschraubte? Oder von den Wüsten Nordargentiniens und Perus?

Wer weiß noch von Kinderhänden, die abgerissene Kakteenblüten hinhielten. Verstaubte Hände, verstaubte Blüten — wer hat sie berührt?

Unsere Welt ist zusammengeschrumpft, aber dem anderen sind wir nicht näher gekommen.

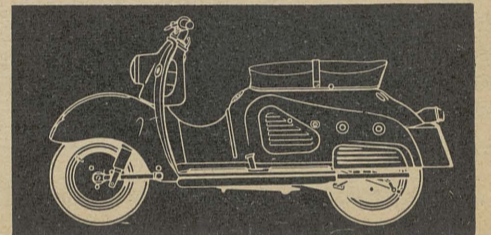
N. Junker



Damit kann man sich sehen lassen

Dem ästhetischen Gefühl des Menschen von heute, seiner Freude an klaren Formen und schönen Farben, entspricht die Bella 203 in wirklicher Harmonie.

Mit diesem Motorroller von ZUNDAPP können Sie sich tatsächlich überall sehen lassen, er hat gute Manieren! Seine Formschönheit und Eleganz zeigen außerdem anderen, daß Sie mit gutem Geschmack zu wählen verstehen.



Bella 150 ccm 7 PS, Bella 200 ccm 10 PS

Starke und wirtschaftliche Zündapp-Zweitaktmotore in bekannt gutem Fahrwerk, unter vorbildlicher Karosserie. Schon ab DM 375,- Anzahlung.

ZUNDAPP-WERKE G.M.B.H. NÜRNBERG - MÜNCHEN - WERK NÜRNBERG

Zeitschriftenschau

Wir empfehlen unseren Lesern folgende Zeitschriftenartikel zur Lektüre:

WISSENSCHAFT

Abhandlungen über das Problem der Wahrnehmung.

In Studium Generale. 1957, H. 4.

Natur und Geschichte. Die Anfänge der griechischen Geschichtsschreibung.

Hannah Arendt in Dt. Universitätszeitung. 1957, H. 8.

Literatur und Gesellschaft. Literatursoziologie als Wirkungsgeschichte der Dichtung.

Martin Greiner in Dt. Universitätszeitung. 1957, H. 8.

KULTUR

Export in unserer Sprache. Das Goethe-Institut im Dienste der Kulturpolitik.

Burghard Freudenfeld in Dt. Zeitung u. Wirtschafts-Zeitung v. 13. 4. 57.

Grundfragen der Kulturanthropologie.

Erich Rothacker in Universitas. 1957, H. 5.

Der Arzt und die Wahrheit.

Helmut Thieliücke in Universitas. 1957, H. 5.

POLITIK

Europa und die westliche Welt. Die ethisch-politischen Grundlagen ihrer Einheit, Eduard Spranger zum 75. Geburtstag.

Edgar Alexander in Das Parlament v. 17. 4. 57, Beil.

Die große Atomdiskussion. Dokumente und Berichte.

in Die politische Meinung. 1957, H. 12.

Plaidoyer für Ideologie. Ein Brief für Deutschland.

Jeanne Hersch in Dt. Zeitung u. Wirtschafts-Zeitung v. 11. 5. 57.

Die Stabilität der Währung und die heutige Wirtschaftspolitik.

Reinhard Kamitz in Universitas. 1957, H. 5.

Zum Thema Leitbilder.

In Offene Welt. 1957, H. 48.

Europäische Reise in Afrika.

Otto Lenz in Die politische Meinung. 1957, H. 12.

Gibt es zwei deutsche Staaten? Eine völkerrechtliche Studie.

Walter Frh. Marschall von Bieberstein in Dt. Zeitung u. Wirtschafts-Zeitung v. 27. 4. 57.

Preissteigerungen und Währungsstabilität. Einige Bemerkungen zu den Argumenten der Währungs-Defaitisten.

Ernst Mosisch in Politische Studien. 1957, H. 84.

Als Leutnant in Algerien. Aufzeichnungen eines Pariser Chefredakteurs.

J.-J. Servan-Schreiber in Der Monat. 1957, H. 104.

Die Wirtschaft macht den Anfang. Europas gemeinsamer Markt.

Salomon Wolff in Der Monat. 1957, H. 104.

HALLGOWACH macht munter

„Überall in Apotheken und Drogerien ab DM 1,-“

kein Tal. Noch einmal: Keine Felder, kein strotzendes Grün eines Parks oder einer Wiese. Erde zwischen grauen, handgroßen Kieseln. Tiefe Furchen der Sturzfluten der Regenzeit. Doch wir tauchen mehr und mehr in die Flut der Lehm-bauten ein, Meterlange, plumpe Malereien an den Häuserwänden preisen: SILEZ Y CHAVEZ — die vermeintlichen Helden der Revolution. Mueren los falangistas: mögen die von der Opposition eingehen. Kaum ein Indianer kann lesen, aber diese Blutschreie versteht er. Ob schon die nächste Regenzeit das alles davonschwemmt?

Aber chromblitzende Chryslers überdecken diese armselige Kleckse. Die einen hocken sich im Morgengrauen an die Wände, suchen Schutz vor den frostigen Winden der Anden. Sie warten. Manchmal wird auch Reis verteilt oder Brotfladen. Die Herren von La Paz hingegen erproben die Beschleunigung ihrer neuesten Modelle. Nur „Damen“ gibt es keine. Auch keine Modenschau in einem Salon. Hier geht es um Kupfer und Zinn, neuestens auch um Erdöl. Alles ist Dollar.

Ich bin ermüdet, es ist mir zuviel geworden. Ich schlafe bei Freunden, in einem reichen Haus, wie es in Rio oder Buenos Aires stehen könnte.

Einstmals gab es Felder am Lago Titicaca. Dieses Meer ist 40mal so groß wie der Bodensee und gut seine 4000 m hoch. Auch dort wie in La Paz eine gigantenhafte Welt? Nein. Flache, versumpfte Ufer, von schmalen, grünen Schilfbändern umstanden. Staubböen aus der Hochebene werden vom See verschluckt. Da und dort eine Indianersiedlung. Berge von kleinen Fischen, die in kuppelförmigen Lehmöfen gebraten werden.

Am Lago Titicaca gibt es keinen Ausflugsverkehr, keine Gartenwirtschaften. Sein Tag ist ein anderer: lautlos gleiten

Noch eine Enzyklopädie

Wir sprechen heute viel von Bildung. Bildung soll kein Privileg weniger, sondern grundsätzlich allen möglich sein. Das ist sehr erfreulich, da es den Menschen über seine meßbare Leistung hinaus als Bürger, als Person würdigt. Dem ist aber doch mit Skepsis zu begegnen, wenn man glaubt, einer Bildungskonjunktur durch allerhand Einrichtungen — offizielle und private, kommerzielle und solche aus reinem Idealismus — zu genügen. Trotzdem ist natürlich jede echte derartige Bemühung zu begrüßen, sofern klar bleibt, wie weit das Unternehmen Anspruch erheben kann, bildend zu wirken und wie weit nicht. Immerhin spricht oft der Erfolg dafür, daß der Ansatz richtig war. Denken wir an die zahlreichen Taschenbuchausgaben anspruchsvollerer Literatur, die bei Fischer zum Beispiel unter der Devise stehen: „Das gute Buch für jedermann“.

Es ist nicht verwunderlich, wenn Herausgeber solcher Reihen den Plan fassen, auch ein kompendiöses Nachschlagewerk der Öffentlichkeit zu übergeben. Wird das im Bewußtsein der damit verbundenen Verantwortung getan, von berufenen Fachleuten vorbereitet und bearbeitet, so ist das ein lobenswertes Beginnen.

Nun sind vor einigen Wochen in der Fischer-Bücherei Frankfurt die ersten Bände des schon länger geplanten Lexikons herausgekommen, (die übrigens beim Verlag schon nicht mehr zu haben sind). Der Titel heißt „Fischer Lexikon“. In den einzelnen Bänden — insgesamt sollen es 34 werden — wird je ein abgeschlossenes Wissensgebiet behandelt. Dieses Sachgebiet ist in verhältnismäßig wenige Teilgebiete untergliedert, die zusammenhängend abgehandelt werden. Diese Aufsätze folgen einander in alphabetischer Reihenfolge ihrer Gegenstände. Andere für das Wissensgebiet wichtige Stichwörter werden innerhalb des Textes durch Kursivdruck hervorgehoben. Sie sind alle am Ende des Bandes in einem alphabetischen Register zusammengefaßt, das einen leicht finden läßt, welcher Abschnitt einem Aufschluß über die betreffende Frage zu geben vermag. Diese Anordnung, die im Text auf die strikt alphabetische und deshalb beziehungslose Folge der Stichwörter verzichtet, bietet tatsächlich den Vorteil, den Stoff einerseits leicht auffindbar, andererseits aber in sachgemäßem Zusammenhang zu bieten.

Das Fischer Lexikon stellt sich in die über Jahrhunderte reichende Reihe enzyklopädischer Werke, die je das Wis-

sen ihrer Zeit zusammenfassen und weiteren Kreisen zugänglich machen wollten. In ausdrücklicher Bezugnahme auf Äußerungen der französischen Enzyklopädisten des 18. Jahrhunderts wählt es daher seinen Untertitel „Enzyklopädie des Wissens“, der die eben genannte Anordnung des Stoffes bedingt. (Trotz der Ähnlichkeit des Namens ist eine Konkurrenz zu der schon seit längerem erscheinenden Reihe „rowohlts deutsche enzyklopädie“ durch die ganz andere Planung und Anordnung des Stoffes, durch die ganz andere Zielsetzung nicht zu erwarten; im Gegenteil: die beiden Reihen können sich gut ergänzen.)

Was bringt uns das Fischer Lexikon? Es will informieren und auch da zu Kenntnissen verhelfen, wo man innerhalb der bestehenden Vielfalt des Wißbaren von Berufs wegen nicht zu Hause sein kann, wo aber häufig sachliche, ideelle oder historische Gründe für das verborgen liegen, was uns umgibt, was wir bewältigen müssen und was wir sind. Das Werk kann uns nach seiner Anlage an das herantreiben, was gedacht und erforscht worden ist, es kann uns Ergebnisse vermitteln, es kann uns auf weitere Literatur hinweisen. Allerdings hieße es ein derartiges Lexikon überfordern, wollte man von ihm in der Diskussion der bestehenden Fragen eingeführt werden. Es wird also selbst bei hohem und höchstem Rang eines jeden der Bände, die wir nach Vorliegen der ersten mit Spannung erwarten, immer ein Nachschlagewerk bleiben, trotz fundierter Aussagen von Wissenschaftlern, niemals eigentlich Wissenschaft bieten können. Es wird dabei sogar schwer sein, stets die Gefahr der Simplifikation zu meiden. Und schließlich dürfen wir kein Rezept für Bildung erhoffen. Am Rande sei vermerkt, daß wir uns gefreut hätten, wäre uns der Stab der verantwortlichen Mitarbeiter, vor allem der beteiligten Wissenschaftler schon jetzt möglichst vollständig vorgestellt worden.

Richard Kliem O. P.

Staat und Politik ist der erste Band aus der Reihe „Bücher des Wissens“, die der Fischer-Verlag herausgibt. Der Verlag hat damit dem an politischen Theorien und politischen Begriffen interessierten Leser eine Möglichkeit gegeben, seine Kenntnis der Grundbegriffe der politischen Wissenschaft zu überprüfen. Die Begriffe sind von bekannten Experten in einer gut verständlichen Sprache den modernen Erfordernissen entsprechend formuliert worden. Das Buch kann zwar das Fehlen einer modernen deutschen politischen Enzyklopädie nicht ersetzen, dazu ist es zu wenig umfangreich und beleuchtet auch die historischen und philosophischen Grundlagen der politischen Begriffe zu wenig.

Es ist aber auch ein Verdienst des Verlages, durch die Herausgabe dieses Buches drastisch auf diesen Mangel hingewiesen zu haben.

Fachleute werden das Buch Staat und Politik schon deswegen schätzen, weil es eine Sammlung der wichtigsten politischen wissenschaftlichen Literatur enthält.

Hat der Fischer-Verlag durch dieses Buch seine Absicht angedeutet, die Herausgabe einer politischen Enzyklopädie oder auch nur eines Lexikons zu erwägen? Ein Verlag, der ein solch beschwerliches wissenschaftliches Unternehmen ausführen würde, könnte gewiß sein, dann im deutschen wissenschaftlichen Verlagswesen, den hervorragendsten Platz einzunehmen.

O. S.

LIEBE ZUM ANDERN

STEINBECK BEI DER STUDIOBÜHNE

Die Studiobühne brachte zu Beginn des Semesters John Steinbecks 1937 als Roman konzipiertes und im gleichen Jahr noch dramatisiertes Stück „Von Mäusen und Menschen“ heraus. Zwei abgerissene Landarbeiter, die vom Glück bescheidener Selbständigkeit träumen, sind in Südkalifornien auf Arbeitssuche. George, der unkomplizierte Tagelöhner — abwechselnd Arbeitstier und Bordellbesucher — sorgt rührend für seinen Freund Lennie. Dieses schwachsinnige Riesenbaby beschwört durch seine unberechenbaren Zärtlichkeiten ein ständiges Wanderleben herauf.

Der Spannungsbogen der äußeren Handlung geht aus von der Frage des schwierigen Gelderwerbs für die Verwirklichung ihrer Traumpläne und schließt zugleich die Existenzfrage ein, ob es einen Ausbruch aus der unbefriedeten Heimatlosigkeit in einen, wenn auch noch so bescheidenen Sinn gibt. Soweit scheint es sich nur um Gesellschaftskritik zu handeln, für die Steinbeck eine Zeitlang in Anspruch genommen wurde. Hinter dieser Problemschicht offenbart sich jedoch eine weitere, undurchsichtiger. Die Figuren sind in fatale Daseinsformen verwickelt, aus denen es kein Entrinnen gibt. Die eigentliche innere Spannung des Stücks besteht in der Enthüllung von Lennies rätselhafter Gestalt. Der

feiste Kerl will Mäuse streicheln und zerdrückt sie dabei. Georges Bindung an Lennie zeigt den gleichen absurd scheinenden Zug: er sorgt für ihn ohne eigenen Vorteil, wird ihn aber doch umbringen müssen. Mit tragödienhaften Motivverflechtungen (Tötung des Hundes, unvernünftiger Invalide, ausgestoßener Neger) maskiert sich die im klassischen Sinne undramatische Situationsmarkierung von George und Lennie. Im Handicap der Sprache wird dies deutlich: der Dialog beider Figuren stellt einen weiteren Teufelskreis unheimlichen Zwanges dar; ihre „Zwiesprache“ läuft wie eine gesprungene Schallplatte; sie ist kein Dialog mehr.

Für den Zuschauer geht hierbei allerdings ein Teil der Verbindlichkeit verloren. Die vordergründig pathologische Seite enthebt ihn der lästigen Identifikation. Die Dinge sind vom Persönlichen ins Entfernte, vom Vergleichbaren ins Abwegige verschoben. Dies drückte sich in der Inszenierung von Klaus Schlette besonders stark aus. Sie war auf Atmosphäre angelegt: Lethargie, Abgestumpftheit, träges Dasein mühten sich über die Bühne. In gewollt breit und zäh gehaltenen Stimmungsbildern wurde die Handlung vorgetragen. Das Bühnenbild von W. Petters und F. Gerhards richtete sich ganz nach den Forderungen der Regie, die George und Lennie die Hälfte der Zeit sich zwar eindrucksvoll, aber unsichtbar auf dem Boden tummeln ließ. Die Studentenhausbühne erwies sich wieder einmal als unzulänglich. Die wie für filmische Großaufnahmen überlängten Szenen blieben daher nur den ersten drei Zuschauerreihen auch optisch verfolgbar.

Die Besetzung des Stückes war geschickt. Die Akteure durften teilweise ihre eigenen Rollen spielen, so daß die üblichen Peinlichkeiten des Laienspiels fast ausfielen. Alfred Konitzer lieh der Maske des Candy soviel an Armseligkeit wie er konnte und opferte dem Spiel sogar seine Haare. Dieter Habermeyer versuchte sich als komplexbeladener Chefsohn. Gaby Reichart — sonst frisch und zackig — steckte allen Ehrgeiz in den einzigen weiblichen Part, eine Nutte. Willy Wehrhahns Temperament entsprach ganz dem von Slim, gelassen und beruhigend. Fritzdieter Gerhards Carlson wirkte in der unaufdringlich gespielten Rolle sehr echt.

Winfried Groth bot als George für Kenner der Studiobühne seine schauspielerische Glanzleistung. So gut hat dieser Jurist noch keine Rolle verkörpert. Haltung und Spiel entsprachen seiner angemessenen Pysiognomie in einem Maße, daß George wirklich Gestalt wurde. Groth füllte sie ganz aus, selbst wenn er nur herumzustehen hatte. — Den Lennie spielte Bühnenchef Klaus Schlette selbst und fügte seiner seit Jahren privilegierten Reihe von exzentrischen Kraftgestalten eine neue Variante hinzu. Ausgezeichnet die Partien der Verstörtheit! Aber Schlette war offensichtlich in den von ihm im Programm „idyllisch-lyrisch“ genannten Part seiner Rolle zu stark verliebt. Dadurch ging die entscheidende Nuance der Gestalt Lennies verloren, die den anderen, ebenso menschlichen Bereich, die zerstörerische Kreatur, deutlich macht. Schlette gab ein liebes dummes Dickerchen, das im Pseudokinderton der Weihnachtsmärchen auf Rührung hoffen durfte. Das Problematische melodramatisch aufgeweicht, ergibt für die szenische Realisation den Effekt von unverbindlichen Stimmungen, im Zuschauer die Liebe zum anderen, nicht zum nächsten.

Eindruck, Beifall und Besuch waren für die Studiobühne ein großer Erfolg.

W. W.

16. Welturaufführung

Das Theater, welches das schlechteste auf der Welt sein will und nicht nur darauf stolz ist, sondern auch seine Propaganda damit bestreitet, ist zur festen Einrichtung im Frankfurter Kulturleben geworden. Der brave Bürger unserer Stadt weiß, daß man im Keller der Schmiere einmal leger sein darf, daß dort improvisiert wird, daß dort über Homosexualität und Regierung eindeutige Witze gemacht werden. Ja, inzwischen wissen es die Brävsten, und inzwischen ist auch die Improvisation, der Bohème-Stil des Kellers zur Institution geworden, zur verkrusteten Einrichtung für die Befriedigung romantischen Bedürfnisses.

Vielleicht in diesem Bewußtsein, vielleicht aber auch mit dem Wunsch, sich als Dichter unvergänglicheren Ruhm zu sichern, als es einem „bloßen Kabarettisten“ vergönnt ist, hat Rudolf Rolfs den Versuch unternommen, einmal sein eigenes Schema der gewohnten Kabarettform zu durchbrechen. Die „Rinnstein-Tragödie“ hat nicht nur im Titel Ähnlichkeit mit der Dreigroschenoper, auch die Moritatenform, die Songs, die handelnden Personen und die Sprache erinnern unmittelbar an Brecht. Dies zu äußeren Merkmalen, denn weitere Vergleiche täten Brecht Unrecht. Der Inhalt ist bei Rolfs „die dramatisierte Erkenntnis, daß der Bürger seine Gelegenheiten zum Eingreifen in das Geschehen versäumt“, das läßt ihn den moralischen Zeigefinger erheben. Leider vermissen wir, wenn auch nur im Ansatz, den Gedanken, daß es vielleicht doch nicht so sehr die Schuld der einzelnen „Bürger“ ist (Plakatankleber, Teenager, Zeitungsverkäufer und Nutte), wenn sie achselzuckend und ängstlich das Leben weitergehen lassen, dem Recht nicht zu sich verhelfen und damit — ihnen natürlich unbewußt — neuen militärischen Massenmorden die Bahn ebnen. Das Stück ermahnt durch das Schauspiel der Passivität zur Aktivität. Dazu hätte es allerdings nicht hilflos pathetischer oder halbphilosophischer Szenen bedurft. Das erste Anliegen des Autors leidet unter der dramatischen Form. Mit einem Wort: die Tragödie ist, daß Rolfs auf sie nicht verzichtet hat. Das lose Aneinanderreihen von kabarettistischen Sketchs, wie es sonst in der Schmiere üblich ist, will uns entschieden wirksamer erscheinen als eine mühsam zusammengelimte Imitation besserer Vorbilder.

Die Rinnstein-Tragödie hat durchaus gute Einzelszenen, so die Glossierung des Faschings als des Tummelplatzes der Prostitutionsamateure; sie hat auch geistreiche Wortspiele, die gut ankommen (wie Definition des Generals als des Henkers mit ethischem Notausgang) — leider aber rollen auch zahlreiche ausgediente Retourkutschen über die Bühne. Vieles ist alte Masche, zum Repertoire aller bestehenden Kabarets gehörend, Routinewitz. An der Reaktion des Publikums merkt man übrigens deutlich: Zoten wirken am besten — und warum nicht in die Schmiere gehen, um glucksend und wiehernd unbefriedigte Sexualität abzureagieren? Man kommt dort entgegen, und der Geist wird billig.

S. Herkommer

Marginalien zur Bildungsgeschichte

Sternbergers Essays betreiben Kulturphysiognomik. Sie beschreiben und deuten Prägungen des 19. Jahrhunderts und der Jahrhundertwende, die für den Heutigen — und sei es auch nur in negativer Reaktion auf die geistige Landschaft der Väter — bedeutsam werden. Sternbergers Arbeitsweise ist nicht die des geistesgeschichtlichen Anatomen, der die gestapelten Kulturleichen sezirt, um die einzig ihm wichtigen Teile, die dahinterstehenden Ideen, säuberlich herauszulösen und zu präparieren, und dann die zerfetzten Körper zurückläßt — er gleicht eher einem guten Porträtisten, der in Ehrfurcht vor dem einzelnen das äußere Erscheinungsbild liebevoll präzise schildert und dabei die Gnomé, den Sinn, gleichsam ein Zusammen von Grund, Zweck, Weise und Bedingung, unaufdringlich einbezieht.

Die hier zusammengestellten Essays sind innerhalb von 20 Jahren aus verschiedenen Anlässen entstanden. Sie behandeln vergangene Kunststile, politische Bewegungen, gesellschaftliche Haltungen dort, wo sie in einer charakteristischen Figur, in einer

Photocopien, Lichtpausen, Photodruck, Reproduktionen, Großphotos, Diapositive, Mikrofilm.



typischen Formel, in einem prägnanten Ereignis sich konzentrieren. Die Skala ist groß. Um nur einige Themen zu nennen: „Über den Jugendstil“, „Germans to the front“, „Über die Kunst der Photographie“, „Begriff des Vaterlandes“, „Ein Versuch zur Verbesserung des Menschen“ (über J. B. Basedow).

Doch immer wieder visiert Sternberger, wie schon in seinem Buch „Panorama oder Ansichten des 19. Jahrhunderts“, Kulturäußerungen, besonders der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts an, in denen, wie er richtig erkennt, im stärkeren Maße heutige Strömungen sich schon anbahnen, als gemeinhin angenommen wird. Seine Haltung dabei ist kritisch, doch nicht ohne leicht genüßliches Wohlwollen den Gegenständen gegenüber. Die Form seiner hellen und trefflich geschriebenen Essays ist dabei ebenfalls, bald wissenschaftlich erörternd, bald referierend, bald von anekdotenhafter Kürze. Es sind Marginalien zu unserer Bildungsgeschichte, die sich mit anhaltender Spannung lesen lassen.

V. K.

Für Studierende

Vorzugspreis mtl. DM 2,90

In den Semesterferien portofreier Versand an die Heimatanschrift

Bestellungen und kostenlose Probenummern beim AStA

VERLAG CURT E. SCHWAB G.M.B.H., STUTTGART W, SILBERBURGSTR. 193

Deutsche Zeitung
und Wirtschafts Zeitung

Die Begegnung



ie Träume enden nicht: ein paar Schritte weiter und schon sitzt der Drache bereit und speit seine Galle über mich. Ich könnte ihm meine Fahrkarte leihen, daß er in die Provinz abdampft: aber er läßt sich auf keine Verhandlungen ein. Er denkt sich seinen Teil und lauert mit gelblichen Augen auf, den Geifer als Schnurrbart um die Lefzen:

ein eitler Fratz, was seine Posen anbetrifft. Ich kenne ein Lied, das seine Seele rührt (womit ich seine Schwäche meine), ich kenne jedoch jede Strophe so gut, daß es mich schmerzt, meine Empfindungen auszuüben. Immer derselbe Aufwand, um dem Tier einen Spaß zu machen, immer dieselbe Tonart, immer Moll. Mir langt es, und meine Angst reicht nicht mehr aus, das Hohelied meiner Beschwörung anzustimmen. Also schweige ich und grolle.

Er blinzelt mich an und wirft seine Zunge nach mir. Ich ducke mich hinter einen Baum und male mir aus, was jetzt noch alles kommt. Die Lage ist sehr ungünstig. Der Baumstamm kann mich nur teilweise verbergen. Einmal sind es die Arme: ein andermal die breiten Schultern, die er mit seiner langen klebrigen Zunge erwischt. Der mangelnde Schutz jagt mich immer wieder ins Freie. In hastigen Hakensprüngen versuche ich dem Arbeitseifer meines Feindes zu entgehen. Mir fehlt jedoch die Übung: es zeigen sich wohl Ansätze zu einer guten Flucht, aber kaum wiege ich mich in Sicherheit, stößt er mir seine Zunge ins Genick, daß ich vornüber taumle und zu denken anfangen. Ich werde aber nicht singen: manchmal gewinne ich einen kleinen Vorsprung. Er schaut schläfrig hinter mir drein und rafft sich nur ungern zu meiner Verfolgung auf, aber er bleibt mir auf den Fersen.

Ich weiß, wenn ich nicht bald singe, werde ich unter seinen Zungenschlägen zusammenstürzen, ohnmächtig und erbittert zugleich, daß man nicht ungestört leben kann. Schmerz wandert durch meine Glieder. Es reißt mich aber immer wieder hoch. Undeutlich sehe ich ihn vor mir. Schweiß nimmt mir die Sicht. Gierig und unflätig hockt er auf seinen Hinterpfoten, etwas hochgerekkt, um mich nicht aus den Augen zu verlieren.

Jetzt das Lied und er schmiegt sich friedlich an die Erde, sein sensibles Schwanzende zuckt im Staub. Er windet sich und lauscht mit der ganzen Hingebung, zu der ein Drache fähig ist.

Ich schweige noch. Die Möglichkeit einer Rettung macht mich leichtsinnig. Es wird Zeit, denn meine Lippen sind schon geschwollen, so daß meine Stimme sich in ein Röcheln und Pfeifen zu verlieren droht, und ich habe Angst, daß ich nicht mehr die Kraft finde, auf die Melodie zu achten. Er ist darin sehr empfindlich.

Um meine Qual zu verkürzen, beginne ich zu singen, alle guten Vorsätze vergessend. Erst allmählich schwingt sich meine Stimme ins Musikalische und zwingt den Drachen in die Knie. Er schaukelt mit dem Kopf und ist selig. Mehr kann ich von einem Drachen nicht erwarten. Was soll ich anderes tun? Ich singe und verachte mich. Sein Possenspiel bringt mich immer wieder aus der Fassung. So eine Wirkung habe ich nicht erwartet. Man muß sich hassen.

Ekel überfällt mich während meines Triumphes. Er sinkt vornüber und zittert vor Andacht. Ich halte erschöpft inne und suche mir verärgert einen Platz, wo ich mein Haupt hinlegen kann, um Strophe für Strophe zu vergessen, um ein neues Leben fern von allen Drachen anzufangen, und doch weiß ich, daß mich mein Eifer während dieser Rast dazu verführt, eine weitere Strophe zu erfinden. H. H.

Ungekonnter Schmetterling

Die Ausstellung: Musée d'art moderne de Paris. Unbeholfenes Gehen über die Fläche des Saales, von der Mitte mustern Blicke undeutlicher Personen. Er setzt seine Brille auf und fühlt, daß sich Röte über sein Gesicht ausbreitet.

Braque. Picasso: Spinnwebige Frau. Er steht minutenlang. Dann Klee: Entsexualisierte Lust am Spiel mit Kot. Jedoch assoziativ Satre: Der Versuch, das Bild in mich hineinzureißen, es anzueignen. Es zu beherrschen.

Im Nebensaal, schrilles Entzücken: Renoir. Himmlisch. — Er hört die ungesagten Ausrufezeichen, Ausrufezeichen sind ein Zeichen von Ausdrucksschwäche. Teenager, denkt er. Warme, weiche Teenager, leise Berührung. Angewidertes Fortgehen.

Er geht, schnelle Schritte, Manteltaschenhände. Ampelgefahren, dann die Brücke. Er verharrt, Wellenhüpfen erscheint betulich, darüber das Seil, triefend, zartes Klirren im Wasser, der Bug, scharf, sehr entschieden, ein langes Deck zert hinter ihm, Rauchgewirbel, Beiboottanzen. Er denkt den Sommer, schwebendes Schwimmen, wellengedrängt, das Zischen des Bugs, riesig der hängende Anker, dann fühlt er das harte Eisen unter den Händen und sieht perliges Wasser auf Armmuskeln zittern, er zieht sich hoch, er reitet über den Strom, gegen den Strom, er ist sehr glücklich. (Ich bin das Messer, das durch Wasser drängt.)

Er beschließt, in der Nähe des Bahnhofs zu essen. Blonde Kellnerin, er wird mit ihr reden, er wird sehr gelangweilt, spielerisch, einen kleinen Scherz machen, sehr nebenbei (nonchalant), sie kommt und er sagt seine Bestellung, sie lächelt feuchtmündig. Er überlegt, ob sie einen Geliebten hat, sicher hat sie eine Geliebten, assoziierendes Gedankengelichter. Er ißt hastig, vorhabend, zündet eine Zigarette an. Nichtssagende Spaziergängerblicke, auf der Durchreise, werden sie denken, ein junger Herr auf der Durchreise, er nimmt hier sein Essen ein. Er sieht uninteressiert aus, warmes Sonnenschein vermisch mit dunstender Zigarette, der Gedanke an behagendes Fliegensurren.

Straßenleute gehen pedantisch, Schaufensterscheiben spiegeln auf dunklem Hintergrund, er dehnt sich gerade, er findet, daß er gut aussieht, er unterscheidet von den anderen, l'enfer ce sont les autres. Er versuchte die Vorstellung, er sei unterwegs, er wird erwartet, zu einer party, Nachmittagsparty, sehr fröhliche junge Herren umstehen Mädchen, geringschätziges Zigarettenchnippen, Likörgläser, dann: Tanzen, langsames Warten auf Dämmerung, die Weichheit bringt, leise Worte, fragmentarische Zärtlichkeit (: ein Mädchenarm, dünner Arm um meinen starken Hals gefaltet). (Beieinander — sein — ohne — etwas.)

Er geht kleine Ziellosigkeiten, haltloses Interesse besieht Mädchen, das Suchen nach der Sensation, So-Sein und Da-Sein, und dazwischen die Erregungen, Reizungen, Provokationen. Das Mädchen hat fast-blaue Haare und selbstsichere Schritte, sie wirkt sehr bestimmt, aber ihre Augen glänzen Hilflosigkeit, er tritt hinter ihr in klirrendes Dunkel einer Espresso-Bar, setzt sich, fast-blaue Haare tragen neben blonden, Laute mischen, ab und zu fängt er ihre Augen. Sie spürt tastendes Verlangen, sie beschließt, daß er sympathisch ist. Sie läßt fingerspitz Münzen gleiten, schlängelt sehr wissend zwischen Stuhlreihen, fast-blaue Haare. Fräulein — zahlen — bitte. Music-box — fast-blaue — Haare. Loverman. — Kalte Nacht reibt Gesicht, bonbongetupfte Reklame buchstabieren und wissen, daß man nicht zu ihr gehört. Ganz kalt denken und wissen, daß man allein ist und einsam ist und fremd ist und ungekonnt ist. (Das Mädchen Paula, rostig aussehende Haare strähnen über weiße Stirn

und ihre brüchige Stimme sagt sehr zärtlich: Ungekonnter Schmetterling. Fragile Finger über Augenlider.)

Er schließt sorgfältig die Haustür. Sein Zimmer ist groß, es wirkt sehr unbewohnt und kalt, ein Schrank dehnt sich unverhältnismäßig. Er erinnert einen Klebezettel, irgendwo an der Tür eines Jazzkellers, Lebende Tiere, vor Zugluft schützen. Er fröstelt und atmet ein Lachen, ohne Laut.

Peter Märthesheimer

Ballade von den klugen Rechnern

Die klugen Rechner planen alles ein: alle Dinge der Welt und dich und mich und unsere Kinder, die geboren werden in kommender Zeit.

Die klugen Rechner tragen die Logarithmentafel unserer Anfälligkeit in den Geheimfächern ihrer Gehirne. Die funktionieren!

Die Grenzwerte ihrer Verworfenheit sublimieren die klugen Rechner ins Undurchschaubare ihrer makellosen Zweireiher. Die sitzen auf Falte!

Die klugen Rechner transponieren das Integral unserer Bedürfnisse in den sanften Bereich ihres Mitgeföhls. Das netzt uns die Augen!

Wäßrigen Blickes entziffern wir nie die Gleichung der klugen Rechner mit der sie, zumindest seit Babylon, die Dreiecke unserer Herzen berechnen.

Zur Ausrottung der klugen Rechner müssen wir die Mathematik abschaffen in den Elementarschulen der Menschlichkeit.

(Kluger Rechner bedarf es zur Durchführung dieses Planes!)

Helmut Lamprecht

DER FUND

Offenbar hatte Heinrich keine Anlagen zu einer kriminellen Existenz. Die Verteidigung hätte wohl in der Unschuld seines Blicks ihr Hauptargument gefunden, wenn es zu einem Prozeß gekommen wäre. Doch dazu kam es nicht.

In den Feierabendstunden notzüchtigte Heinrich ein Stückchen Land draußen vor der Stadt, tagaus, tagein und nur so. Und als er eines Tages aus dem vorjährigen Salatbeet eine Eierhandgranate ausgrub, erschrak er. Nicht plötzlich, langsam, mit zunehmender Erkenntnis des außergewöhnlichen Umstandes. Er nahm von seinem Fund Abstand und schickte sich an, zu tun, was zu tun war.

Unterwegs geriet er in Zweifel. Möglicherweise würde man seine Granate gar nicht mit einem Spezialwagen abholen. Sie würde gar nicht wie die leis tickenden Bomben frühmorgens durch geräumte Straßenzüge gefahren. Man würde alles an Ort und Stelle abmachen, sang- und klanglos. Nicht einmal seinen Namen in die Zeitung drucken.

Heinrich beschloß, seine ganz private Sensation zu haben, alles für sich zu behalten, die Gehobenheit der Stimmung und die Granate.

Mit gebührendem Respekt bemaß er den Umkreis, in dem er das Feld um seinen tod- und verderbenbringenden Fund absteckte und verzäunte. Von da an lebte Heinrich feierabends mit der ‚Bombe‘.

Nachdem sie nach acht Wochen noch keinen Anlaß zu besonderem Mißtrauen gegeben hatte, dösig weiterrostete, und Heinrich den zunehmend ideologischen Charakter seiner Sensation sich nicht mehr verheimlichen konnte, wagte er die ersten Annäherungen, brachte es schließlich zu recht vertraulichem Umgang und trug die ‚Bombe‘ eines Abends in der Hosentasche heim.

Heinrich fiel einem bis dahin unbeachteten Umstand zum Opfer. Die Granate war sozusagen noch im Status der Unschuld, Heinrich damit im Besitz einer Waffe und zu allen Konsequenzen der Ungegesetzlichkeit verpflichtet.

Er kündigte fristgerecht, um sich ungestört der Beschäftigung eines zünftigen Outlaws widmen zu können, von der er allerdings noch keine genauere Vorstellung hatte. Zunächst behalf er sich mit dem Diebstahl von Milchflaschen und Brötchen, die er morgens vor den Haustüren fand. Seine Einfallslosigkeit kümmerte ihn, er versuchte sie dadurch wettzumachen, daß er sich im halbverschütteten Keller eines Trümmergrundstücks einnistete und die Zugänge durch ein ausgeklügeltes Alarmsystem von Zwirnsfäden und Konservendbüchsen so vorsichtig verwahrte, als säße eine mordschnaubende Bande und nicht ein Milchflaschen-Amateur im Bau.

Immerhin gewann Heinrich durch Ausdauer sogar bei der Polizei ein gewisses Ansehen. Zumal er später — des Alleinseins offenbar müde — sich den Versuchen gewaltsamer Familiengründung hingegen haben soll, wobei er allerdings nie zum Letzten, d. h. nie zur Handgranate griff. Doch die Fahndungen verliefen ergebnislos. Die Polizei konnte nicht wissen, daß Heinrich tagsüber im Gerichtsgebäude den Strafprozessen beiwohnte — in der Absicht, zu plagieren und seiner Existenz den nötigen Hintergrund zu verschaffen. Heinrich blieb unentdeckt.

Der Polizist 512 war auch bei seinen tiefnächtlichen Runden ein recht schüchternen Beamter, d. h. er hielt gewisse Notwendigkeiten der Natur für unvereinbar mit der Erhabenheit eines Wachgangs, d. h. er nahm im Nebenbeigehen — wenn auch mit schlechtem Gewissen — gern einen möglichst vollständigen Szenewechsel vor, um seine Runde dann an dem Punkte wieder aufzunehmen, an dem die Natur sie unterbrochen hatte. So geriet der Polizist in Heinrichs Garn. Das Scheppern der Konservendbüchsen erschreckte ihn sehr, er verhielt, und zwar so, daß ihm gar der spürbare Grund seines Exkurses abhanden kam, was bei seiner Gemütsart die Lage nur erschwerte; er fühlte sich erappt, auf Abwegen ohne Notwendigkeit.

Heinrich, schlaftrunken, war zur kampflosen Übergabe bereit. Er kroch hervor und gestand, im unerlaubten Besitz von Waffen zu sein. Der Polizist, froh, seinen Abweg durch eine Amtshandlung rechtfertigen zu können, faßte sich schnell, wenn auch unvollständig, und gab zu, derartiges geahnt zu haben, und darum gekommen zu sein. Leider müsse er konfiszieren, er bitte um Einhängigung. Heinrich kramte seine ‚Bombe‘ hervor. Mag sein, daß der Polizist in dem rostigen, hosentaschenwarmen Eisen ein würdiges Corpus delicti erkannte, mag sein, daß die Herstellung des dienstlichen Gleichgewichts für die Natur nicht ohne Folgen blieb: der Polizist 512 entfernte sich ziemlich schnell.

Die Zeitung meldete, der Aufmerksamkeit des dort diensttuenden Beamten sei die Eierhandgranate im Rinnstein der Melchiorstraße, in der Höhe des Hauses Nr. 4, nicht entgangen. Das gefährliche Objekt sei schon wenige Stunden nach der Auffindung in aller Stille zur Explosion gebracht worden.

Heinrich hat eine neue Stelle angenommen, ringt wieder mit der Krume draußen vor der Stadt, tagaus, tagein und nur so. Ephraim

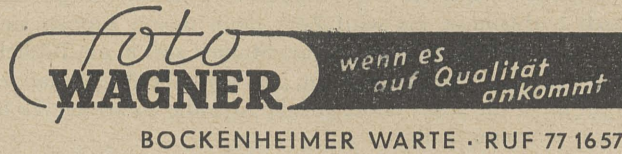
Von Makulaturbleichen

Wenn man doch auch Makulaturbleichen hätte, das Papier noch einmal wieder bedrucken zu können, wenn die Dessins darauf aus der Mode gekommen oder eigentlich gar nicht recht Mode werden wollen! — Ich sehe gar nicht ein, warum man gleich jeden Wisch eines Anfängers mit eben der permanenten Farbe druckt, mit welche die Werke der Meisterhand gedruckt werden. Denn so gering auch immer die Dauer des Wisches sein mag, so dauert er doch immer so lange als das Papier, worauf er gedruckt ist, und das ist viel zu lange. Nun aber erfordert unser Durst nach Wissenschaft von der einen Seite immer mehr Papier und von der andern unser Freiheitssinn immer mehr Lumpen zu Bandagen und Scharpie. Wo will das am Ende hinaus? Da wäre nun mein unmaßgeblicher Vorschlag, Druckerfarbe von verschiedener Dauer zu erfinden, wenigstens noch eine außer der jetzigen. Diese müßte so beschaffen sein, daß man sie in einer einzigen Nacht wieder wegbleichen könnte. Geschähe dieses durch einen wohlfeilen Zusatz zum Wasser, so riskierte man nicht, bei dem gewöhnlichen Gebrauch in der Haushaltung etwas von dem Buche durch Wasser zu verlieren. Wäre nun der Wert des Buches entschieden, so druckte man die folgenden Auflagen, oder wäre es der Wert des Mannes, gleich die erste auf die jetzige Weise. Was das für eine Freude für einen jungen Schriftsteller sein müßte, wenn er nun zum erstenmal mit stehenbleibenden Buchstaben gedruckt würde! Es wäre eine Art von literarischer Majorennität. Lichtenberg

Problem und Bedeutung der Zeitgeschichte

Was dem Studenten der Geschichtswissenschaft an unseren Universitäten immer wieder auffällt, wenn er sich in die Vorlesungsverzeichnisse vertieft, ist der Umstand, daß er so gut wie nie Ankündigungen über zeitgeschichtliche Gegenstände findet. Gerade, daß er noch ein Kolleg über Bismarck oder die Vorgeschichte des ersten Weltkriegs zu hören bekommt. Erkundigt er sich nach den Gründen dieser merkwürdigen Zurückhaltung seiner Lehrer, so wird er meist hören, daß sich die Geschichtswissenschaft nicht mit Dingen beschäftigen könne, die noch nicht „Geschichte“, sondern „noch Politik“ seien. Es mag dies zunächst einmal dem verbreiteten positivistischen Wissenschaftsideal einer Sichtung „wertfreier Fakten“ entsprechen. Jedoch kann dieser Hinweis nicht genügen, um die Diskussion des sich hier stellenden Problems abzuschneiden. Er könnte nämlich, radikal gefaßt, den Wert von Geschichtswissenschaft überhaupt in Frage stellen. Es ist eine Binsenweisheit, daß eine objektive Bewertung schon bei vergangenen Epochen äußerst schwierig ist wegen zahlreicher atheoretischer Faktoren, die namentlich die geisteswissenschaftliche Urteilsbildung beeinflussen. Es soll ferner zugegeben werden, daß jene Faktoren um so wirksamer werden, je näher ein historischer Gegenstand an unsere Zeit heranrückt. Diese Schwierigkeiten sollten die Geschichtswissenschaft indessen nicht zum Abdanken vor den zeitgeschichtlichen Problemen nötigen. Vor allem deshalb nicht, weil die offizielle Furcht vor voreiligen und nicht ganz sachgerechten Urteilen recht fragwürdige Konkurrenten auf den Plan ruft, wovon ein Blick in unsere Illustrierten, unsere Memoirenliteratur und sonstige politisch-geschichtliche Belletristik jeden überzeugen kann. Meist ohne die geringsten Mittel historischer Quellenkritik, dienen die genannten Erzeugnisse in der heutigen Gesellschaft faktisch als Geschichtsquellen. Wo Historiker aus Furcht, sich zu engagieren, scheu zurückhält, finden unter Umständen Demagogen aller Schattierungen ein reiches Betätigungsfeld. Es ist wohl

nicht so sehr der Mangel an Zivilcourage, der unsere Historiker davon abhält, sich zeitgeschichtlichen Themen zu widmen. Schuld trägt auch das Geschichtsbild, das sich fast ohne Nuancen bei allen Historikern findet. Schon von der Schule sind wir es gewöhnt, daß der geschichtliche Verlauf unter dem Aspekt der „Nationwerdung“ betrachtet wird. Gegenüber der ungeheueren Komplexität gerade der jüngsten Ereignisse erscheint diese Vorstellung nicht mehr hinreichend. Wer beispielsweise erfahren will, wie es zum „Dritten Reich“ kommen konnte, muß eine ganze Reihe außerpolitischer Momente mitberücksichtigen, etwa weltanschaulicher, sozialhistorischer, ökonomischer, triebpsychologischer Art. Vom Gegenstand selber her drängt sich eine solche erweiterte



Betrachtungsweise auf. Es soll hier keinem abstrakten Soziologismus oder Psychologismus das Wort geredet werden. Jedoch muß der Historiker künftig mehr als bisher den sozial- und wirtschaftshistorischen Tatsachen Rechnung tragen. Wer sich nur mit politischer Geschichte befaßt, wird auch diese nicht verstehen. Daß es heute durchaus möglich ist, sich mit zeitgeschichtlichen Fragen zu beschäftigen, beweist die Existenz des Münchener „Institut für Zeitgeschichte“ mit seinem vierteljährlichen Organ, das bereits hervorragende Dokumentationen zu Vorfällen während des letzten Weltkriegs herausgebracht hat. Es wäre zu wünschen, daß auch an anderen Universitäten zeitgeschichtlichen Problemen mehr Beachtung geschenkt würde.

A. S.

Frankfurter „Soziologische Exkurse“

„Kein deutsches ‚textbook‘ der Soziologie also ist zu erwarten, kein Leitfadens, nicht einmal eine Einführung, und es ist auf keinen Wettstreit mit den Büchern solcher Intention abgesehen, die während der letzten Jahre herauskamen. Was geboten wird, sind Materialien und Betrachtungen, die sich auf einzelne Begriffe und Sachgebiete beziehen und in ihrer Konstellation doch eine gewisse Vorstellung vom Ganzen vermitteln mögen.“

Max Horkheimer
Theodor W. Adorno
im Vorwort zu den „Exkursen“

Oft wird geredet, um nicht denken zu müssen. Am besten erreicht dies, wer sich dem Schwall der Worte überläßt. Schon bald wird er in allgemeinen Redensarten festsetzen. Zum Denken aber gehört wesentlich das Vermögen, Begriffe in ihrem Umfang und ihrer Bewegung exakt bestimmen zu können. Eine Hilfe, dies zu lernen, bieten — soweit es die soziologische Diskussion angeht — die „Soziologischen Exkurse“, die in der Reihe der „Frankfurter Beiträge zur Soziologie“ im Auftrag des Instituts für Sozialforschung erschienen sind.

Die Exkurse sind eine Gemeinschaftsarbeit des Instituts und beruhen auf Vorträgen, die von seinen Mitgliedern entworfen wurden und nun in diesem Band mit Erweiterungen und Ergänzungen zusammengefaßt sind. Diese Form der Entstehung bedingt zugleich auch den Inhalt, der zwanglos zunächst vom Begriff der Soziologie ausgeht; dann werden einige ihrer Grundbegriffe wie Gesellschaft, Individuum, Gruppe und Masse bestimmt und am Ende größere Problemkreise wie zum Beispiel das Verhältnis von der Soziologie zur empirischen Sozialforschung oder der Komplex „Vorurteil und Ideologie“ behandelt. Aber nicht in der Form, daß dem Leser Begriffe wie Münzen geboten werden, die er glatt einstreichen kann. Insofern unterscheidet sich dieses Buch wesentlich von der freiwilligen Erkenntnisarmut und intellektuellen Selbstbeschränkung mancher Taschenbücher, die diesen Mangel durch Stoffhuberei auszugleichen versuchen. Die Fülle der Worte wird zu einem Nichts, wenn nicht eine bewegende Kraft hinter ihnen steht, die versucht, über das je Bestehende hinauszukommen. Indem die Worte in ihrer Fülle sich aber auf sich selbst beschränken, fallen sie hinter sich zurück und leisten nur den zweifelhaften Beitrag, daß Wissen verschlungen wird, ohne daß der Lernende zum Handeln kommt. Ja, sie verwehren es ihm geradezu. Das Wissen aber hat nur dann Kraft und Gehalt, wenn es sich den Weg nicht abschneidet, die Probleme der Welt selbst mit bewältigen zu wollen. Nur indem es über sich hinausgeht, findet es zu sich selbst. Hat es diese Hoffnung aufgegeben, ist es nicht wert, gelesen und ernstgenommen zu werden.

Der vorliegende Band verbindet in seiner vom Üblichen abweichenden Behandlung soziologischer Probleme Eindringlichkeit und Klarheit. Wesentlich ist, daß auch Probleme wie das Verhältnis von geistigen Gebilden und sozialen Strukturen — dargestellt am Modell der Kunst- und Musiksoziologie — behandelt werden. Vor allem dient der Band wohl dazu, das Verständnis für soziologische Fragestellung zu wecken. Insofern ist er besonders denen zu empfehlen, die das Studium der Sozialwissenschaften beginnen wollen. Ihnen kann er vielleicht doch als „Leitfaden“ dienen, auch wenn die Verfasser des Vorworts, die Professoren Horkheimer und Adorno, schreiben, daß mit

dem Buch kein Leitfaden zu erwarten sei. Und hierin geben wir ihnen recht, daß die üblichen „Fäden“ dieser Art wohl meist zu eng gesponnen sind, daß, wer sich daran klammert, nicht weit kommt. Vielleicht sind aber gerade die Bücher, die sich nicht als „Wegweiser“ aufspreizen, gut dazu geeignet, die Richtung zu weisen, in der gegangen werden muß?

Horst Helmut Kaiser

„Soziologische Exkurse“ nach Vorträgen und Diskussionen im Rahmen der „Frankfurter Beiträge zur Soziologie“ im Auftrag des Instituts für Sozialforschung. Herausgegeben von Theodor W. Adorno und Walter Dirks. Band 4. Europäische Verlagsanstalt Frankfurt, 188 Seiten, Preis: 12,— DM Ganzleinen, 10,— DM kartoniert.

Italien zwischen Schwarz und Rot

Eine deutsche Betrachtung über Italien ist fast immer eine Schwärmerei über die Schönheit der Landschaft, die Lieblichkeit des Klimas, ein Lobspruch über die künstlerischen Leistungen des italienischen Volkes. Der politische Betrachter dagegen interessiert sich meistens nur für die Schattenstellen der italienischen Szene und kommentiert diese mit der Herablassung des Besseren, der in südländischer Aktivität immer nur das Spielerische erkennen will.

So ist es nicht verwunderlich, in Deutschland genügend Literatur über Dichtung, Baukunst oder Filmschaffen im modernen Italien zu finden, nicht aber über die Probleme der harten Wirklichkeit. Mangelndes Verständnis für die sozialen und politischen Fragen des Nachbarlandes resultiert daraus — eine Tatsache, die bei der heutigen engen Verflechtung des Lebens der europäischen Nationen nicht unbedenklich ist. Hans Hinterhäuser versucht in seinem kleinen Buche „Italien zwischen Schwarz und Rot“ die für uns manchmal schon kompliziert erscheinende politische Entwicklung Italiens seit 1945 zu entwirren. Es ist nicht leicht, in dem engen Rahmen, den ein Taschenbuch stellt, diese Darstellung zu geben. Die Aufzählung dürre Tatsachen, die Wiedergabe statistischen Materials allein kann nicht genügen! Denn viel mehr, als im Nachkriegsdeutschland sind in Italien die Grenzen zwischen den einzelnen politischen Interessengruppen verwischt, die ideologischen Einflüsse differenzierter als bei uns. Um dies zu demonstrieren, greift der Autor zu einem Hilfsmittel, das einem Literaturkritiker recht nahe liegt: Die Schilderung des literarischen Lebens, das von denselben Männern gemacht wird, die in der Auseinandersetzung um die gesellschaftlichen Zustände recht profiliert Stellung bezogen haben.

Kurze Abrisse der kulturellen und religiösen Lage, des Bildungs- und Erziehungswesens, der Lebensverhältnisse ergeben den Hintergrund und zusammen mit den Stimmen, die sich in der Literatur erheben, den Schlüssel zu der chronologischen Schilderung der Ereignisse, wie sie besonders in den einführenden Kapiteln dargeboten wird. Auf diese Weise gelingt es Hinterhäuser schließlich, der Aufgabe, die er sich gestellt hat, gerecht zu werden. Weise ist seine Selbstbeschränkung auf eine rein referierende Darstellung, die jene Gefahren, die sich aus Anlage und Stoff seines Werkes ergeben, umgehen hilft. Sehr gute Hinweise auf Quellenwerke, notwendige Erklärungen, die sich aus der Natur der Sprache ergeben, und ein reichhaltiges Sachregister und Personenverzeichnis bringen Abrundung und Anregung zu weiterer Information.

Ein Buch also, das dem interessierten Leser eine brauchbare Einführung in die gesellschaftlichen Probleme des modernen Italiens gibt, darüber hinaus aber auch wegen seiner kunstkritischen Bezüge zu loben ist.

Heiko Körner

Hans Hinterhäuser, Italien zwischen Schwarz und Rot (Urban-Bücher, Bd. 21) — W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 225 Seiten, broschiert, 3,60 DM.

NÄCHSTER EINSENDESCHLUSS:
1. JUNI 1957

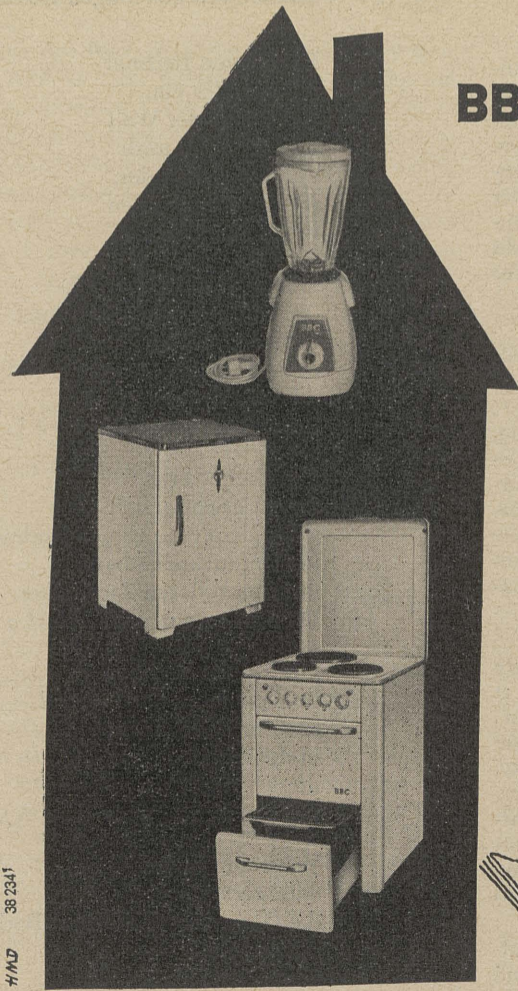
BBC -Haushaltgeräte

machen

das

Leben

leichter



Elektroherde ab DM 296.50
Kühlschränke ab DM 589. —
Küchenmaschinen ab DM 228. —

Wir senden Ihnen gern kostenlos
bedruckte Prospekte zu.



BROWN, BOVERI & CIE. AG., MANNHEIM



Wilhelm Jansen
Sinalco-Vertrieb
Frankfurt am Main
Oederweg 9-11
Telefon 55 29 18 / 55 68 01



Briefe an die Redaktion

Erhöhte Anforderungen?

In den wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen wurden in den vergangenen Jahren fast überall wesentliche Erkenntnisse neu gewonnen oder vertieft. Die Dozenten haben dieser Entwicklung in ihren Vorlesungen notwendig Rechnung getragen. Jeder Studierende, dem die wissenschaftliche Arbeit ein ernstes Anliegen ist, wird dies begrüßen.

Zugleich wird er die Anpassung der Studienmöglichkeiten an diese Entwicklung fordern.

Möglichkeiten der Anpassung eröffnen sich durch eine Vergrößerung der Anzahl der Seminare mit gleichzeitiger Begrenzung der Teilnehmerzahl oder eine Neugestaltung der Seminare, die eine bessere pädagogische Arbeit der Dozenten und eine bessere Kontaktnahme der Studenten untereinander ermöglicht.

Mit größter Skepsis ist jedoch die durch einige Mitglieder der juristischen Fakultät eingeleitete Entwicklung einer Verschärfung der Prüfungsanforderungen zu beobachten. Sie zwingt die Kandidaten zu einer Wissensanhäufung, die ihr Erkenntnisvermögen überfordert.

Ein objektiver Vergleich der Anforderungen, die in den Jahren 1951 und 1956/57 im privatrechtlichen Teil der Prüfung für Diplom-Kaufleute, -Handelslehrer und -Volkswirte an die Kandidaten gestellt wurden, zeigt eine beträchtliche Erhöhung des Schwierigkeitsgrades der Klausuren und der Prüfungsmaßstäbe. Die Anzahl der juristischen Vorlesungen und Übungen für Betriebs- und Volkswirte hat sich jedoch nicht verändert. Es wird heute wie damals versucht, den Studierenden ein sehr umfangreiches Wissensgebiet in einer Kürze nahezubringen, die ein Begreifen des Stoffes kaum zuläßt.

Die eigentliche juristische Ausbildung der Kandidaten hat längst der Repetitor übernommen, der den Studierenden für ein gutes und manchem schwer erschwierliches Honorar die notwendigen Kenntnisse vermittelt und sie in der unerlässlichen Klausurtechnik unterrichtet, die sie in den wenigen juristischen Übungen mit einer Beteiligung von rd. 200-300 Mann nur schwer und unvollständig erlernen können.

Ein Blick auf die Ergebnisse der schriftlichen Prüfungsarbeiten stimmt nachdenklich im Hinblick auf die Anforderungen, denn das Ergebnis von 57% als ungenügend erachteter Prüfungsarbeiten des vergangenen Januar-Termines und ähnliche vorausgegangene Ergebnisse berechtigen nicht nur zur Kritik an den Kandidaten, die diese Leistungen zuwege brachten.

Die Bedenken entzündeten sich an dem offensichtlich sehr hohen Maßstab, der hier angelegt wurde. Ist dieser Maßstab berechtigt?

Er läßt bei den Kandidaten der kommenden Semester die Neigung aufkommen, noch mehr als bisher juristisches Wissen anzuhäufen, zu dem die Kenntnisse in den übrigen Prüfungsfächern kommen müssen.

Für einen großen Teil der Kandidaten stellt die Vorbereitung des Faches Privatrecht ein Verzicht auf eine gründliche Vorbereitung in den Fächern dar, deren genaue Kenntnis eine Voraussetzung zur Ausübung ihres zukünftigen Berufes ist. Im Prüfungsfach Privatrecht können sich die Kandidaten aber bestenfalls zu Halbwissern schulen.

Diese Situation liegt zweifellos weder im Interesse der Studierenden noch der Dozenten. Deshalb sollten die rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Johann Wolfgang Goethe-Universität, eine interne Studien- und Prüfungsreform beraten. Die Reform sollte sich auf folgende Gebiete erstrecken:

1. auf die bessere Einordnung juristischer Vorlesungen in den Vorlesungsstoff der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät.

Dabei ist besonders zu fordern: eine Erhöhung der Anzahl der juristischen Vorlesungen auf dem Gebiet des Privatrechts, insbesondere des Gesellschaftsrechts, sowie eine Erhöhung der Zahl der Übungen.

2. auf eine Festlegung der Maßstäbe für die Prüfung in Privatrecht und öffentlichem Recht.

Hierzu ist zu fordern, daß lediglich diejenigen Dozenten zur Prüfung der Kandidaten im Privatrecht herangezogen werden dürfen, die in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät lesen. Dabei sollten entsprechend der Übung in den anderen Hauptfächern der Prüfung den Kandidaten drei Fälle zur wahlweisen Lösung vorgelegt werden. Die schriftlich bearbeiteten Fälle sollten dem Vorlesungsstoff des Dozenten entnommen sein, der diese stellt. Die Lösung der Probleme der Studien- und Prüfungsreform darf nicht länger aufgeschoben oder auf beliebige Gremien abgewälzt werden. Der Schaden, den die gegenwärtigen Prüfungsmethoden dem Bildungsstand des Kandidaten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät zufügen, belasten ihn auch in seiner zukünftigen Berufsarbeit, auf die er sich aus Zeitmangel nur ungenügend vorbereiten kann und lassen ihn auf vielen Gebieten zu einem überall gefürchteten Halbwissner werden.

Gerhard Fischer

„Herr“ oder nicht „Herr“

In der Februar-Nummer, Seite 11, wird unter „Akademische Abfertigung“ auch die Universitätskasse von Herrn Assessor Alexander Böhm angegriffen. Dieser Angriff ist völlig unmotiviert und beleidigend. Er stützt sich darauf, daß auf den Umschlägen, in denen die Gehaltsstreifen verschickt werden, die Anrede „Herr“ fehlt. Daraus wird geschlossen, die Kassenverwaltung sei unhöflich; noch schlimmer, die Verwaltung erwecke den Eindruck, als betrachte sie Professoren und Studenten als ihr zur Verfügung gestelltes Material — vor meinem geistigen Auge sehe ich einen Metzger, der etwas durch den Wolf dreht —.

Zum Schluß wird anerkannt, daß Teile der Universitätsverwaltung vorbildlich arbeiten „aber es gibt auch die anderen“. Damit ist natürlich die Universitätskasse gemeint, die nach dieser wahrhaft tieferschürfenden Beweisführung natürlich schlecht arbeitet.

Aber zur Sache: Es ist in ganz Deutschland üblich, daß bei Wurfendungen, die an einen gleichbleibenden Personenkreis periodisch versandt werden, aus Gründen der Arbeits- und Kostenersparnis die Anschriften im Adremaverfahren gefertigt werden. Hierbei wird stets das Wort „Herr“ weggelassen, weil auf den kleinen Adremaplatten nur eine beschränkte Zahl von Buchstaben Platz findet. Beispielsweise wird die Frankfurter

Studentenzeitung DISKUS an ihre Leser auch mittels Adremabeschriftung versandt, und man sucht vergeblich nach der von Herrn Assessor Böhm so sehr vermiften Anrede „Herr“.

Ich bin überzeugt, daß Herr Assessor Böhm dieses Verfahren bzw. diese Geschäftsgepflogenheiten nicht bekannt sind, sonst hätte er sich gewiß nicht die Universitätskasse zum Ziel seines Angriffes gewählt, denn unter meiner Leitung wurde schon immer größter Wert auf höfliche Form gerade im Schriftverkehr gelegt. Daß die Umschläge mit Adremabeschriftung im sonstigen Schriftverkehr nicht benutzt werden, brauche ich nicht zu erwähnen.

Wilhelm Steinebach, Oberrentmeister

Von Radieschen und anderem Gemüse

Kann die Lyrik so etwas dem normalen Sterblichen zumuten? Oder ist die Muse hier nicht doch etwas zu Unrecht angegangen worden! Für so etwas ist der Name Dichtung wohl nicht angebracht. Es geht eben doch nicht etwa nach dem Motto: Frisch gezagt ist halb gesponnen. Je umständlicher desto besser, Leitsatz zieht nicht. Aber wenn wenigstens etwas unverständliches da wäre: Unsinn kann nicht verstanden werden.

Die Quintessenz des Reimgekringels liegt wohl in der letzten Zeile — wenn man das „O“ als Zahl nimmt. Sie wurde ja durch den größeren Druck wieder hervorgehoben.

Natürlich, ich verkenne Sie, Herr Kop, und ich verkenne die Situation des Experimenters, aber ich bin im tiefenästhetischen Bereich ein vollkommener Laie. Dafür aber auch nicht voreingenommen.

Dieser Stil gehört in gewisse Lebensabschnitte, wo man durchweht wird von dem schönen, tragenden Gefühl der totalen Leere und Ausgesaugtheit; wo man der duseligen Stimmung, endlos in den schwerelosen Raum zu fallen, in möglichst komplizierten und unverständlichen Metaphern Ausdruck geben muß — in der Hoffnung, doch „verstanden“ zu werden. Ohne sich ehrlich zu stellen, aus Scham vor eigener Preisgabe. Es ist gerade die Zeit, in der Verstehen bedeutet, besonders kritisch und wachsam zu sein, das sich des „Dichters“ Gezagtheit nicht zu einem selbstbespiegelnden und selbstergebenen wirklichen Rausch steigert.

Deshalb sollte man solche Verse besser nur ins eigene Poesiealbum schreiben und für zwanzig Jahre gut verschließen. Danach wird man sie schon freiwillig dem „reinigenden Feuer“ übergeben.

Es gibt ein hübsches Gedicht von Chr. Morgenstern, das fiel mir ein, nur daß da auf recht drastische Weise Sinn drin ist:

Ein Wiesel
Saß auf einem Kiesel
Inmitten Bachgeriesel.
Wißt ihr weshalb?
Das Mondkalb
Verriet es mir im Stillen:
Das liebe Tier tat's um des Reimes willen.

Jürgen Weiss

Mag es sein, daß auch dem Verfasser diese Geburt Wehen bereitet hat, die größeren Schmerzen bereitet sie zweifellos dem Leser, der des optischen Eindrucks wegen versucht ist, in diese schizophrene Lyrik einzusteigen. Ob die Redaktion mit der Veröffentlichung dieses Gedichtes bewußt bis zur Aprilausgabe gewartet hat?

Was soll dies Gedicht? Eine spontane Selbsterkenntnis des Dichters, der sich plötzlich mit seinem radieselkleinen Genius konfrontiert sieht? Seelische Irrlichter eines Gequälten vor dem Examen? (— „O“, das war sein letztes Wort, dann zog ihn der Magister fort.)

Wie wäre es, Herr Kop, mit einem Kommentar, der jedoch mindestens so lang sein müßte wie Ihr Gedicht? Vielleicht würde Ihre Lyrik mit dieser Krücke existenzfähig? Schade auch, daß die letzten Zeilen noch mit unbewaffnetem Auge zu lesen sind.

Heinz Faulstich

Zur Richtigstellung

Es ist begrüßenswert, daß Sie in der letzten Nummer Ihrer Zeitung dem drängenden Problem der Studienförderung einen Leitartikel widmeten. Dem aufmerksamen Leser muß es jedoch mißfallen, wenn sich in einem Leitartikel eine Anzahl sachlicher Fehler befindet.

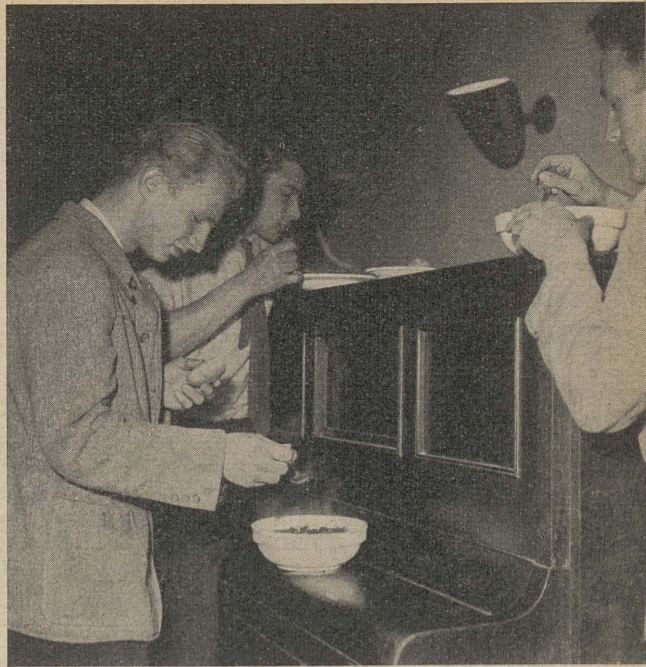
Es stimmt, daß vor Beginn des letzten Wahlkampfes 1953 der Bundeskanzler den VDS-Vorstand empfing und die Gründung einer studentischen Bundesdarlehenskasse versprach. Es stimmt aber nicht, daß es dabei blieb. Vielmehr fanden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern statt und dabei ist die Gründung der Darlehenskasse an der Haltung der Länder gescheitert.

Es stimmt nicht, daß der VDS erst, wie man es aus Ihrem Artikel entnehmen muß, nach Erhöhung des Haushaltsplansatzes für die Studentenförderung von 5 Millionen auf 23 Millionen durch den Haushaltsausschuß, seine Streikdrohung aussprach. Es stimmt vielmehr, daß erst auf Grund der Streikdrohung des VDS, der Haushaltsausschuß die Erhöhung des Ansatzes dieses Titels vornahm.

Es trifft nicht zu, daß es erst des Streiks der Ingenieurstudenten bedurfte, damit sich der Bundesinnenminister für die Anwendung des Honnefer Modells aussprach. Vielmehr war das Bundesinnenministerium an hervorragender Stelle an der Ausarbeitung dieses Modells einer Studienförderung beteiligt. Im Jahresbericht 1955 der Bundesregierung wurde die Ausarbeitung dieses Modells dann auch ausdrücklich erwähnt und als ein besonders wichtiges Ergebnis der Arbeit des Bundesinnenministeriums bezeichnet. So waren auch schon im Rahmen des ersten Haushaltsplansatzes von 5 Millionen für die Studentenförderung, 2 Millionen für die Studienförderung nach dem Honnefer Modell vorgesehen.

Was soll das Wort Nachholbedarf beinhalten? Wollen die Studenten höherer Semester, die jetzt erst in die Förderung aufgenommen werden können und vorher ihr Studium mit Werkarbeit verdienen mußten, eine Nachzahlung erhalten, etwa im Stil der Nachzahlungen im Rahmen der Rentenreform?

Es ist schon eine sehr weite Auslegung dieser Vorschrift, wenn man daraus die Zuständigkeit des Bundes auch für die Förderung der Studierenden an Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen herleitet. Da man jedoch unmöglich behaupten



Die Hörerzahlen der Universität Frankfurt steigen ständig. Wie das Sekretariat mitteilt, ist im Sommersemester 1957 mit einer Gesamtstudentenzahl, einschließlich Gasthören und Ausländern, von etwa 7600 zu rechnen.

Die Mensaverhältnisse sind unzureichend. Zahlreiche Kommilitonen sind täglich gezwungen, das Essen stehend einzunehmen. Dabei erweist sich das Piano als zwar zweckentfremdetes, jedoch unumgängliches Hilfsmittel. Dem Baumt sei ein Lokaltermin empfohlen!

Foto: Schölzel

kann, daß an den Ingenieurschulen wissenschaftliche Forschung betrieben wird, ist es leider auch unmöglich hier eine Zuständigkeit des Bundes zu konstruieren.

Und nun noch eine kleine Berichtigung Ihrer Kenntnisse der studentischen Selbstverwaltung. Es mag stimmen, daß der Vorstand jahrelang nach dem von Ihnen geschilderten Prinzip gewählt wurde, es stimmt jedoch nicht, daß der Vorstand, wie Sie glauben von den Delegierten der Landesverbände gewählt wird, sondern diese Wahl findet auf der Mitgliederversammlung des VDS statt, auf der Delegierte, die nicht gleichzeitig AStA-Vorsitzende sind, — und die meisten Delegierten sind das nicht — nicht einmal Stimmrecht haben.

Hermann Schmitt

Photodruk
preisgünstig für alle
Drucksachen.
Dissertationsdruck.

Die **photocopie** Gesellschaft
WESTENDSTR. 47, Tel. 172441

Einst und jetzt

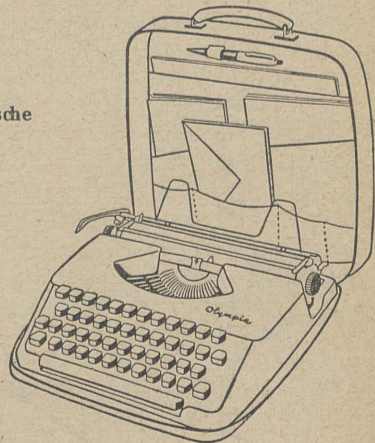
Aus alten Marburger Studentengesetzen

Da jeder Studierende sich durch Fleiß, Ordnung und eine gesittete Lebensart auszeichnen muß, und man gemeinlich nicht mit Unrecht aus seinen Universitätsjahren auf seine künftige Amtsführung und sittlichen Wandel schließen kann, so soll dem, der keine Kollegia besucht, sondern sich dem Müßiggang ergibt, sowie dem, der seine Zeit in Spiel- und Saufgelagen tödelt (wenn die ihm gegebene Ermahnung nicht fruchten will), das Consilium abeundi erteilt werden, damit Unfleiß und unordentliche Lebensart nicht auch andere vergiften und den heilsamen Zweck der Lehranstalten vernichten mögen.

Alle Schlägereien bleiben durchaus untersagt. Alle, die durch einen falschen Begriff scheinbarer Ehre verführt, sich verleiten lassen, jemand herauszufordern oder sich auf die ergangene Ausforderung zu stellen, werden mit unerbittlicher Relegation bestraft. Eben diese Strafe erleiden die Anhetzer, Secundanten und diejenigen, auf deren Zimmer eine Schlägerei vorfällt. Weder die Ausflucht, daß nur Rappiere gebraucht worden, noch irgendein erkünstelter Vorwand, um die Schlägerei weniger strafbar zu machen, soll rechtliches Gehör finden.

Für Ausbildung und Beruf

Modell SF
mit Reißverschlus tasche



Klein- und Reiseschreibmaschinen, formschön, stabil und leicht transportabel, modern ausgestattet und zuverlässig

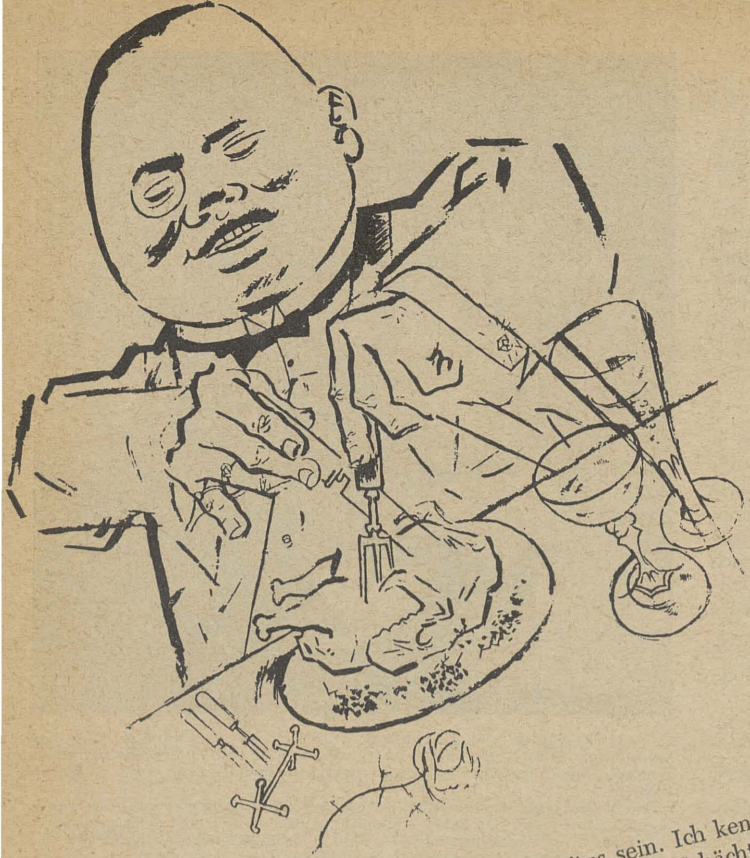


Für
besseres
Schreiben

OLYMPIA WERKE AG · WILHELMSHAVEN
Prospekte und Vorführung unverbindlich durch den Fachhandel



Modern reisen...
Modern zahlen
über ein Postscheckkonto
Jedes Postamt
berät Sie gern



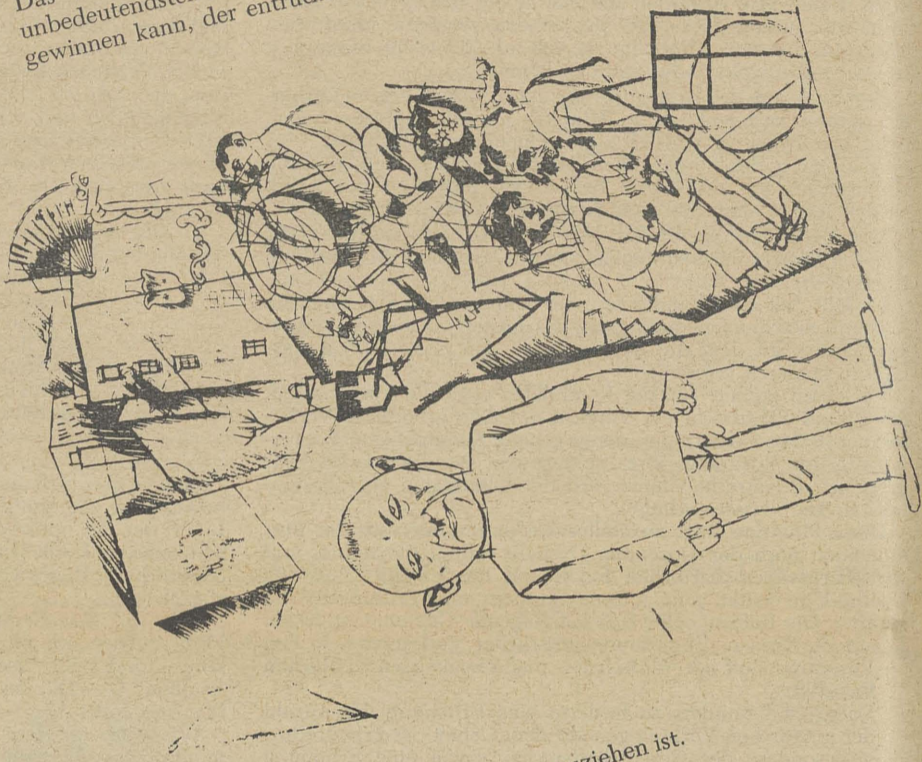
Die Sozialpolitik muß ein Ritus sein. Ich kenne welche, die ganz so aussehen, als ob sie die Schächter des goldenen Kalbes wären.



Das Weib hat einen bedeutenden Augenblick, in welchem das Schicksal, auf den unbedeutendsten Augenblick des Mannes angewiesen zu sein, einen Gesichtsausdruck gewinnen kann, der entrückt und entsetzt, eine wahrhaft tragische Wonne spiegelt.

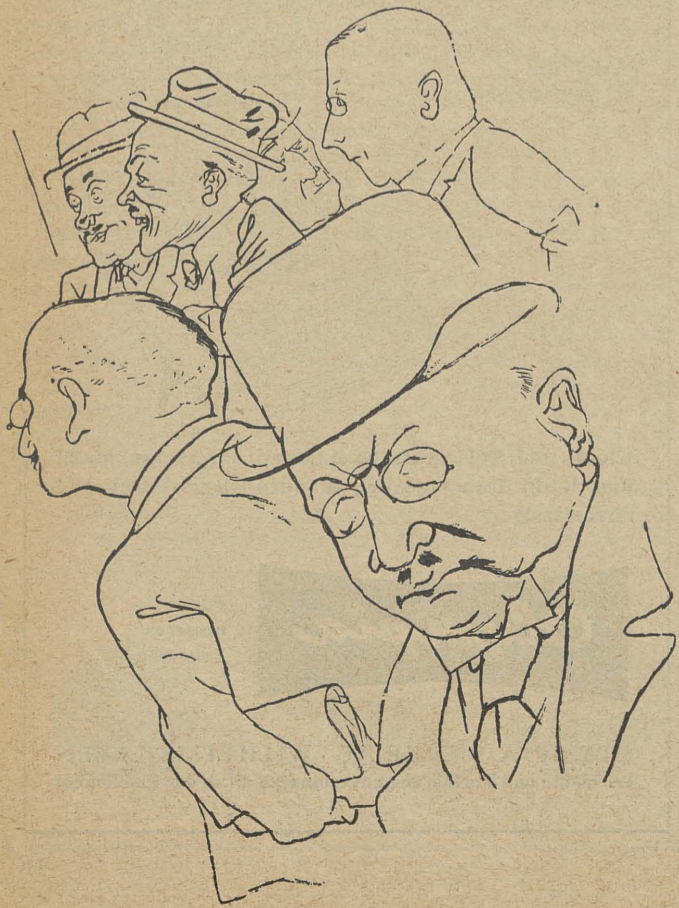


Eine Zigarre, sagt der Altruist, eine Zigarre, mein Lieber, kann ich Ihnen nicht geben. Aber wenn Sie einmal Feuer brauchen, kommen Sie nur; die meine brennt immer.



Die Welt ist ein Gefängnis, in dem Einzelhaft vorzuziehen ist.

SPIESSEREIEN



Nichts ist unergründlicher als die Oberflächlichkeit des Weibes.

Der Humor eines Kegelklubs wirft, wenns sein muß, auch Bomben mit Witzen.



Bilder entnommen: George Grosz: Der Spiesser Spiegel.
Arani Verlag Berlin 1955.
Text entnommen: Karl Kraus: Beim Wort genommen
Kösel Verlag München 1955.
Auswahl und Arrangement: Hanno Reuther.